

# **Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie IV**

**Von**

**Hajo Riese, Heinz Rieter,  
Harald Scherf, Joachim Starbatty**

**Herausgegeben von Harald Scherf**



**DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN**

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 115/IV**

**SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 115/IV**

---

**Studien zur Entwicklung  
der ökonomischen Theorie IV**



**D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N**

# **Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie IV**

**Von**

**Hajo Riese, Heinz Rieter,  
Harald Scherf, Joachim Starbatty**

**Herausgegeben von Harald Scherf**



**DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN**

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie / hrsg.  
von Harald Scherf.** — Berlin: Duncker und Humblot, 1985.

(Schriften des Vereins für Socialpolitik,  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissen-  
schaften; N. F., Bd. 115)  
Teilw. hrsg. von Fritz Neumark

NE: Scherf, Harald [Hrsg.]; Neumark, Fritz [Hrsg.];  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissen-  
schaften: Schriften des Vereins ...

4. Von Hajo Riese ... — 1985.  
ISBN 3-428-05824-0

NE: Riese, Hajo [Mitverf.]

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten  
© 1985 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41  
Gedruckt 1985 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61  
Printed in Germany

ISBN 3-428-05824-0

## **Vorwort**

Die Jahrestagung 1983 des Dogmenhistorischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik stand im Zeichen der großen Jubiläen des Jahres 1983: des hundertjährigen Todestages von Karl Marx und der hundertsten Geburtstage von Joseph Schumpeter und John Maynard Keynes. Ohne das Werk dieser großen Ökonomen erschöpfend für die Gegenwart bearbeiten zu wollen, haben die Mitglieder des Ausschusses am 24. und 25. März 1983 in Göttingen einige Aspekte der großen Jubilare diskutiert und sind dabei auf viele offene Fragen ihrer Interpretation gestoßen. Grundlage für unsere angeregten Gespräche waren Referate der Herren Backhaus, Frankfurt; Riese, Berlin; Rieter, Bochum; Scherf, Hamburg; Starbatty, Tübingen.

Harald Scherf



## Inhaltsverzeichnis

### Keynes' Geldtheorie

Von <i>Hajo Riese</i> , Berlin .....	9
--------------------------------------	---

### Hypothesen zur Erwartungsbildung bei Keynes und Schumpeter

Von <i>Heinz Rieter</i> , Bochum .....	27
--	----

### Die Staatskonzeption bei Keynes und Schumpeter

Von <i>Joachim Starbatty</i> , Tübingen .....	73
---	----

### Die Anfänge des ökonomischen Denkens von Karl Marx

Von <i>Harald Scherf</i> , Hamburg .....	107
--	-----



# **Keynes' Geldtheorie**

Von *Hajo Riese*, Berlin

## I

Die folgenden Ausführungen stellen keine dogmengeschichtlichen Reflexionen im engeren Sinne dar, als sie keine Exegese von *Keynes'* geldtheoretischer Position und deren Entwicklung bezeichnen; vielmehr beschäftigen sie sich mit den Anforderungen an eine Geldtheorie, die insofern das Epitheton „keynesianisch“ verdient, als sie einen Gegenentwurf zum Neutralitätspostulat der modernen, auf der Quantitätstheorie fußenden Geldtheorie liefert.

Die Erfüllung dieses Anspruchs verlangt eine Auseinandersetzung mit der herrschenden Geldtheorie, die in der im wesentlichen von *Patinkin* und *Friedman* als Realkassentheorie begründeten Version<sup>1</sup> in beträchtlichem Umfang eine Keyneskritik darstellt; die Arbeit bedeutet somit zugleich eine Antikritik der neoklassischen Keyneskritik. Sie weist demnach einen dogmengeschichtlichen Aspekt insoweit auf, als sie eine Rehabilitierung von *Keynes'* Geldtheorie anstrebt.

## II

Trotz *Leijonhufvuds* monumentaler, nun schon fast 20 Jahre zurückliegender Rekonstruktion des monetären *Keynes*<sup>2</sup> und dessen Verteidigung gegenüber dem Postkeynesianismus<sup>3</sup>, wie er sich am deutlichsten im IS-LM-Modell manifestiert, wird *Keynes* von der Forschungspraxis weiterhin als Einkommenstheoretiker eingeschätzt. Er bleibt der Negierer von Says Gesetz (oder, in einer modernen Vision, von Walras' Gesetz), wobei zwar der monetäre Beitrag unterschiedlich beurteilt (und vor allem unterschiedlich erfaßt) werden mag, in jedem Fall aber die Verletzung des Vollbeschäftigungsgleichgewichts als Kern von *Keynes'* Ökonomie diagnostiziert wird, gleichgültig, ob dafür, wie im IS-LM-

---

<sup>1</sup> *Patinkin* (1956), 2 (1965); *Friedman* (1956), deutsch (1970 a).

<sup>2</sup> *Leijonhufvud* (1966), deutsch (1973).

<sup>3</sup> Während *Leijonhufvud* den Einkommen-Ausgaben-Ansatz als keynesianisch bezeichnet (und ihn dem „originalen“ *Keynes* gegenüberstellt), wird hier, dem Sprachgebrauch folgend, von einem postkeynesianischen Ansatz gesprochen.

Modell, monetäre Ursachen angeführt oder, wie in der „Neuen Makroökonomie“, Gütermarktrestriktionen eingeführt werden.

Der auf *Clower* zurückgehende Versuch der „Neuen Makroökonomie“, *Keynes* mit der walrasianischen Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts zu versöhnen<sup>4</sup>, dokumentiert dabei am eindrücklichsten die Eliminierung der monetären Elemente aus dem Theoriegebäude. Denn wenn der keynesianischen Ökonomie eine Mikrofundierung unterstellt wird, die auf einer Verletzung von Walras' Gesetz beruht, indem eine „zweite“ Budgetrestriktion eine Marktkonstellation bewirkt, bei der ein Überschußangebot auf dem Arbeitsmarkt mit einem Überschußangebot auf dem Gütermarkt korrespondiert, so wird eine Phänomenologie der Einkommensbildung präsentiert, für die nurmehr die Interaktion von Güter- und Arbeitsmarkt die Existenzbedingungen einer keynesianischen Ökonomie begründet. Unter diesem Vorzeichen bleibt dann die monetäre Sphäre, falls sie überhaupt in diesen Ansatz integriert wird, ein quantitätstheoretisch fundierter Appendix der Güterwelt<sup>5</sup> — ein Rückschritt selbst im Vergleich zum IS-LM-Modell, das immerhin die Steuerungsfunktion des Geldes gegenüber dem Gütermarktsystem betont.

Nun lädt *Keynes'* wissenschaftliche Biografie zu allem anderen als dazu ein, sein Œuvre aus der Perspektive einer Gütermarkttheorie zu interpretieren. Für seine Zeitgenossen war er vielmehr ein Geldtheoretiker par excellence — und auch sein letztes großes Werk, die „General Theory of Employment, Interest and Money“ (1936), steht dazu nicht im Widerspruch, wenn man sie in den Kontext seiner großen Arbeiten von der „Indian Currency and Finance“ (1913) über den „Tract on Monetary Reform“ (1923) bis zur „Treatise on Money“ (1930) einbettet. *Leijonhufvuds* Verdienst besteht nicht zuletzt darin, herausgearbeitet zu haben, daß die „General Theory“, so gesehen, eine monetäre Theorie darstellt, die gegenüber ihren Vorfätern um den einkommens- und beschäftigungstheoretischen Aspekt erweitert wurde<sup>6</sup>.

Dabei hat *Leijonhufvud Keynes'* Œuvre zugleich dahingehend interpretiert, daß sich dessen Bruch mit der Quantitätstheorie nicht erst mit der „General Theory“, sondern bereits mit der „Treatise“ vollzog und damit nicht an seine Einkommenstheorie gebunden ist<sup>7</sup>. Diese These gründet sich darauf, daß der „Tract“ noch ganz im Kontext der Quantitätstheorie mit ihrer Interdependenz von Geldvolumen und Preisniveau steht, während die Fundamentalgleichungen der „Treatise“ das

---

<sup>4</sup> Siehe neben *Clower* (1965), deutsch (1963) insbesondere *Malinvaud* (1977).

<sup>5</sup> Als Beispiel mag dienen *Barro* und *Grossman* (1976).

<sup>6</sup> *Leijonhufvud* (1973), S. 35 ff.

<sup>7</sup> *Leijonhufvud* (1973), S. 41.

Preisniveau bereits auf Einkommenskategorien, den nominellen Anstieg des Faktoreinkommens („Einkommensinflation“) und der Diskrepanz von Investition und Ersparnis („Gewinninflation“) zurückführen. In der Tat spricht vieles dafür, der „Treatise“ auch eine einkommens-theoretische Leistung zuzuschreiben, weil sie neben der mit der Quantitätstheorie kompatiblen Einkommensinflation den — als Gewinninflation bezeichneten — Preisniveaueffekt der IS-Beziehung deduzierte, während dann die „General Theory“ den Mengeneffekt der IS-Beziehung betonte.

Aber ungeachtet der methodischen Schlüssigkeit dieser Keynesinterpretation darf nicht übersehen werden, daß die quantitätstheoretische Orientierung des „Tract“ instrumentell bleibt, zwar den Kategorien, keineswegs aber dem Gehalt der Quantitätstheorie folgt. Denn ganz im Gegensatz zu deren Normen ist *Keynes* von der Vorstellung durchdrungen, daß die Parameter, die dem quantitätstheoretischen Ableitungszusammenhang zugrunde liegen, insbesondere angesichts einer zyklisch bedingten Kassenhaltung der Individuen instabil sind und deshalb der Geldpolitik die Aufgabe zufällt, durch eine diskretionäre Geldpolitik diese Fluktuationen zu konterkarieren<sup>8</sup>. Man sieht, daß bereits der Keynes des „Tract“ jener Instabilitätstheoretiker war, als der er sich dann später in der „Treatise“ und in der „General Theory“ auswies und damit entscheidend von einer quantitätstheoretischen Position abwich, für die angesichts der Stabilität der Verhaltensweisen der Individuen die Geldpolitik lediglich durch eine Verstetigungsstrategie („Geldmengenregel“) das von der Geldvolumenexpansion ausgehende Störelement des Wirtschaftsprozesses auszuschalten hat.

Man wird somit der Entwicklung von *Keynes'* Denken am ehesten gerecht, wenn man es als Hinwendung von einer Theorie der Ressourcenallokation, die dem „Tract“ zugrunde liegt, über eine Profittheorie, die die „Treatise“ charakterisiert, zu einer Theorie der Beschäftigung in der „General Theory“ interpretiert. Dabei bleibt jedoch der Kern der korrespondierenden Theorie der Geldpolitik unverändert: Im „Tract“ wie in der „Treatise“ und in der „General Theory“ unterstellt *Keynes* eine Instabilität des Marktsystems, die die Geldpolitik zu konterkarierenden Interventionen zum Zwecke der Stabilisierung von Marktprozessen zwingt. Das Postulat einer diskretionären Geldpolitik ist somit bereits im frühen *Keynes* angelegt<sup>9</sup> — und dokumentiert dadurch seine Gegenposition zur neoklassischen Theorie der Geldpolitik.

---

<sup>8</sup> *Keynes* (1923), (1971 a), S. 65 ff.

<sup>9</sup> Sie läßt sich dabei bis auf sein Frühwerk „Indian Currency and Finance“ zurückverfolgen, in dem er unter der Ägide eines Goldvisenstandards der Geldpolitik die Aufgabe zuweist, Kapitalbewegungen zu initiieren, die Leistungsbilanzbewegungen ausgleichen und dadurch einen Goldabfluß (aus

## III

Die Diagnose, daß *Keynes* als ein Instabilitätstheoretiker anzusehen ist, liefert zugleich einen Zugang zu den methodischen Grundlagen seines Theoretisierens. Da sich methodologisch der „harte Kern“ einer ökonomischen Theorie (das sogenannte Paradigma) in ihrer Gleichgewichtsvorstellung zeigt<sup>10</sup>, stellt sich die Frage nach den Existenzbedingungen des Gleichgewichts, das eine keynesianische Ökonomie repräsentiert. Auf diese Frage kann es nur die Antwort geben, daß ihr die Quantitätstheorie in dem Sinne zugrunde liegt, als sie die Interaktion von Geld- und Gütersphäre formuliert.

Diese These ist selbstverständlich allein methodischer, nicht inhaltlicher Natur. Sie beinhaltet deshalb auch keineswegs, daß die Quantitätstheorie für den Fall eines Vollbeschäftigungsgleichgewichts Gültigkeit aufweist. Diese Vorstellung liegt vielmehr der neoklassischen Kritik an *Keynes'* Geldtheorie zugrunde und hat auch weitgehend seine eigene Position zu der von ihm so bezeichneten „klassischen Schule“ bestimmt. Vielmehr wird sich zeigen, daß gerade umgekehrt das Neutralitätspostulat der Quantitätstheorie nur unter eingeschränkten und äußerst unrealistischen Bedingungen Gültigkeit hat und sich von daher eine Kritik an der neoklassischen monetären Ökonomie geldtheoretisch und nicht allein einkommenstheoretisch begründen läßt.

Der Rekurs auf einen Quantitätstheoretiker *Keynes* bedeutet daher allein, daß er insofern die markt- und entscheidungstheoretische Grundlage der Quantitätstheorie akzeptiert, als für die Geldsphäre wie für die Gütersphäre genuine, aus dem Prinzip des Wirtschaftens — der Koinzidenz von Bedürfnis und Seltenheit — resultierende Knappheitspreise deduziert werden. Dabei zeigt sich der inhaltliche Gegensatz zwischen neoklassischer und keynesianischer monetärer Ökonomie an der unterschiedlichen preistheoretischen Fundierung von Geld- und Gütersphäre: Während für die neoklassische monetäre Ökonomie das reziproke Preisniveau den Knappheitspreis für Geld bildet (er begründet die Interdependenz von Geldvolumen und Preisniveau) und der Zinssatz als Knappheitspreis des Gütermarktes (in seiner makroökonomischen Version) fungiert, leitet die keynesianische Ökonomie

dem „dominierenden“ Land Großbritannien) verhindern. Siehe *Keynes* (1913), (1971 b), S. 13 f.

<sup>10</sup> Dieses methodologische Postulat erhält seine Begründung dadurch, daß die Analyse von Ungleichgewichten, temporären Gleichgewichten und dynamischen Prozessen stets eine Vorstellung von einem (vollständigen) Gleichgewicht impliziert, das der jeweiligen Analyse den Hintergrund liefert. Deshalb ist es auch nicht zulässig, der Ungleichgewichtsökonomie den Charakter eines spezifischen Paradigmas zu verleihen und sie gegen die Gleichgewichtsökonomie auszuspielen.

den Zinssatz als Knappheitspreis für Geld ab, wobei das Preisniveau Ausdruck (der Rekonstitution) der Gleichgewichtsbedingungen des Gütermarktes ist.

Dieser fundamentale inhaltliche Unterschied zwischen neoklassischer und keynesianischer monetärer Ökonomie, auf den noch ausführlich einzugehen sein wird, berührt jedoch nicht die methodische Gleichartigkeit beider Ansätze, eine preistheoretisch fundierte Interaktion von Geld- und Gütersphäre abzuleiten. Diese Theorie der Interaktion liefert deshalb auch das Abgrenzungskriterium zu einer Theorie, die, wie in der „Neuen Makroökonomie“, die Allokationsbedingungen der keynesianischen Ökonomie am Modell des (neoklassischen) Allgemeinen Gleichgewichts orientiert. Insbesondere *Hahn* hat in zahlreichen Aufsätzen mit aller Deutlichkeit herausgearbeitet, daß eine Bestimmung eines vollständigen Gleichgewichts keine Erfassung der Geldfunktion erlaubt, weil Geld in dem Sinne unwesentlich bleibt, als es zur Beschreibung und Bestimmung des Gleichgewichts unnötig ist<sup>11</sup>. Erst wenn die Analyse von Gleichgewichtsbedingungen durch eine Sequenzanalyse ersetzt wird, die einen Tausch zu jedem Zeitpunkt — „trading at every date“ — anstelle seiner Bindung an die Gleichgewichtslösung erlaubt, erhält Geld die Funktion, den Tauschprozeß zu ökonomisieren, ohne daß sich allerdings daraus analog zur Quantitätstheorie eine Theorie der Interaktion abgrenzbarer Vermögensmärkte (ausdrückbar in absoluten Preisen) und Gütermärkte (rückführbar auf relative Preise) ergeben würde.

Hinzu kommt, daß ein vollständiges Gleichgewicht daran gebunden ist, die Übereinstimmung der Entscheidungen der Individuen nicht allein für die laufenden Märkte, sondern auch für die Zukunftsmärkte auszudrücken<sup>12</sup>. Ein Zukunftsmarkt unterscheidet sich dabei von einem laufenden (oder gegenwärtigen) Markt dadurch, daß er auf Kontrakten beruht, die eine Lieferung von Gütern zu einem künftigen Zeitpunkt vorsehen<sup>13</sup>. Gleichgewicht impliziert dann, daß alle Märkte, die künftigen wie die laufenden, bereits in der Gegenwart operieren: Die Zukunft wird in die Gegenwart hineingeschoben<sup>14</sup>. Demgegenüber formuliert die Quantitätstheorie durch die Fundierung einer Interdependenz von Geldvolumen und Preisniveau ein Mehrperiodenmodell, das auf einem sich selbst reproduzierenden Gleichgewicht beruht. Damit aber unterstellt sie konträr zu den Existenzbedingungen des Modells des Allgemeinen Gleichgewichts, daß die gegenwärtigen Märkte auch in die

---

<sup>11</sup> *Hahn* (1973), S. 230; siehe ferner insbesondere *Hahn* (1965).

<sup>12</sup> *Arrow* und *Hahn* (1971), S. 33.

<sup>13</sup> *Arrow* und *Hahn* (1971), S. 122.

<sup>14</sup> *Arrow* und *Hahn* (1971), S. 33.

Zukunft wirken, sich somit die Gegenwart in die Zukunft hineinschieben läßt.

Diese (notgedrungen kurзорische) Analyse läßt allein die Schlußfolgerung zu, daß Quantitätstheorie und Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts unvereinbare Forschungsprogramme mit unterschiedlichem Erkenntnisinteresse repräsentieren. Nicht ohne Grund unterzieht Hahn als Vertreter der Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts und damit als Exponent der neoklassischen Gütermarkttheorie Patinkins und Friedmans neoklassisch fundierter Quantitätstheorie einer schärferen Kritik, als sie jemals ein Keynesianer geübt hat<sup>15</sup>. Zugleich wird der tiefere Grund deutlich, warum eine sich am Modell des Allgemeinen Gleichgewichts orientierende Interpretation der keynesianischen Ökonomie, wie sie die „Neue Makroökonomie“ liefert, in eine Sackgasse münden muß.

Damit zeigt sich, daß die Quantitätstheorie nicht den Anspruch erheben kann, analog zur Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts eine rigorose Theorie zu begründen. Aus einer methodologischen Perspektive erweist sie sich im Lichte des Modells des Allgemeinen Gleichgewichts<sup>16</sup> als ein heuristisches Prinzip, das die Nichtexistenz von Zukunftsmärkten und die Existenz von Geld berücksichtigt, ohne dabei auf die Formulierung eines (vollständigen) Gleichgewichts zu verzichten<sup>17</sup>. Forschungsstrategisch wird dabei dieses heuristische Prinzip durch das (durch die Realitätserfahrung gewonnene) Bestehen eines durch die Budgetrestriktion „Geld“ bestimmten Vermögensmarktes und eines durch die Budgetrestriktion „Ressourcen“ bzw. „Einkommen“<sup>18</sup> gesteuerten Gütermarktes und ihrer Interaktion im Markt- system gerechtfertigt. Dabei macht das Erkenntnisinteresse, diese

<sup>15</sup> Siehe Hahn (1971); Hahn (1980).

<sup>16</sup> Diese Einschränkung ist notwendig, weil nicht auszuschließen ist, daß ein werttheoretischer Gegenentwurf zur Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts formulierbar ist — beispielsweise auf der Grundlage einer profit-orientierten Produktionsökonomie —, der der Quantitätstheorie oder, offensichtlicher, der keynesianischen Ökonomie ein mikrotheoretisches Fundament liefert, das ihr den Charakter einer rigorosen Theorie gibt. Siehe dazu Riese (1983).

<sup>17</sup> Die Interpretation der Allokationsbedingungen der Quantitätstheorie als ein temporäres Gleichgewicht ist deshalb unzweckmäßig, weil sie im Kontext der Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts verbleibt.

<sup>18</sup> In der neoklassischen Ökonomie stellt der Vektor der Ressourcen die Budgetrestriktion dar, aus dem sich das Einkommen als abhängige Variable des Tauschprozesses bildet, während in der keynesianischen Ökonomie das Einkommen als unabhängige Variable des Tauschprozesses fungiert, nachfrage-theoretisch durch die Investition bzw. den Konsum, produktionstheoretisch durch die Vorgabe des (zur Produktion notwendigen) Kapitalwertes („Geldvorschuß“) bestimmt wird.

Realitätserfahrung theoretisch zu fundieren, den gemeinsamen Nenner von neoklassischer und keynesianischer monetärer Ökonomie aus. In diesem Sinne basieren beide auf der Quantitätstheorie: Sie kann deshalb die methodische Grundlage der folgenden Auseinandersetzung zwischen beiden Theorieansätzen liefern.

#### IV

Beginnen wir mit der Kritik der Quantitätstheorie in ihrer modernen, in den 50er Jahren insbesondere von *Patinkin* und *Friedman* als Realkassentheorie formulierten Version. Diese Quantitätstheorie unterscheidet sich von ihren Vorgängern dadurch, daß sie deren Dichotomie von Geld- und Gütersphäre überwindet, indem sie die Geldhaltung entscheidungstheoretisch fundiert. Sie versteht sich als Theorie der Nachfrage nach Geld, genauer gesagt, als Realkassenhaltungstheorie, in der Geld einen nichtpekuniären Ertrag „nur als Naturalien in der üblichen Form der Bequemlichkeit, Sicherheit etc. erbringt“, wobei „die ‚reale‘ Größe dieses Ertrages pro Nominaleneinheit eindeutig von dem dieser Einheit entsprechenden Gütervolumen oder vom allgemeinen Preisniveau abhängt“<sup>19</sup>.

Die Realkassenhaltungstheorie bildet dabei die entscheidungstheoretische Grundlage zur Ableitung jenes Marktmechanismus, der im Gleichgewicht die Proportionalität von Geldvolumen und Preisniveau herstellt. Damit aber erscheint der Angriff der keynesianischen Ökonomie gegen die Quantitätstheorie abgewehrt: Durch die Subsumtion der Geldhaltung unter das Nutzenkalkül der Haushalte wird die zinsabhängige Liquiditätspräferenz als dasjenige Moment, das die Nichtneutralität der Geldsphäre gegenüber der Gütersphäre begründet, zu einem temporären Phänomen: In Wahrheit, so der quantitätstheoretische Gegenentwurf, zeigt eine Geldvolumenexpansion, die zu einer Senkung des Zinssatzes führt, eine überhöhte Realkassenhaltung an, deren Einschränkung dann jenen Mechanismus zurück zum Gleichgewicht initiiert, das sich in einer Proportionalität von Geldvolumen und Preisniveau manifestiert.

Indem der Gütermarkt über die Ausgabentätigkeit der Individuen die Steuerungsfunktion des Wirtschaftsprozesses ausübt, fungiert das reziproke Preisniveau als Knappeheitspreis für Geld. *Friedman* kann deshalb auch ganz unbefangen den Zins als unabhängige Variable in die Geldnachfragefunktion einführen, ohne dabei zum Keynesianer zu werden, weil die Homogenisierung der Geldnachfragefunktion in bezug

---

<sup>19</sup> *Friedman* (1970 a), S. 80.

auf das Preisniveau<sup>20</sup> und nicht die Wahl der die Geldnachfrage beeinflussenden Variablen der neoklassischen monetären Ökonomie die Gleichgewichtsbedingungen liefert<sup>21</sup>.

Nun soll an dieser Stelle die nutzentheoretische Kritik an der Dienstleistungsfunktion der Geldhaltung und hier insbesondere deren Projektion auf ein Gütervolumen nicht erörtert werden<sup>22</sup>, weil dieses Konzept, wie gezeigt wurde, seine methodische Berechtigung als heuristisches Prinzip zur analytischen Erfassung der Interaktion von Geld- und Gütersphäre erhält. Entscheidend ist vielmehr, ob der Marktmechanismus, der dem Realkasseneffekt zugrunde liegt, ein zureichendes entscheidungstheoretisches Fundament besitzt. Nicht die Theorie der Geldnachfrage für sich genommen, sondern die mit ihren Implikationen verknüpfte Fassung des Geldangebots bildet den Schlüssel zur Überprüfung der Quantitätstheorie.

Dabei zeigt sich, daß ihr Ableitungsmechanismus darauf beruht, daß der Knappheitspreis der realen Geldmenge Null ist. Mit der Fassung des reziproken Preisniveaus als Knappheitspreis der nominellen Geldmenge<sup>23</sup> ignoriert die neoklassische monetäre Ökonomie die Notwendigkeit, einen Knappheitspreis der realen Geldmenge zu bestimmen. Muß jedoch ein Individuum für eine Einheit Realkasse einen positiven Zins zahlen bzw. weist die reale Geldhaltung marginale Opportunitätskosten auf, so kann die Gleichgewichtslösung nicht paretooptimal sein, da sich die Realkassenhaltung kostenlos ändern läßt<sup>24</sup>. Damit aber bleibt eine dem Pareto-Kriterium genügende Gleichgewichtsbedingung an marginale Opportunitätskosten von Null gebunden. Die Quantitätstheorie unterstellt damit, daß die reale Geldmenge ein freies Gut ist, somit ihre Sättigungsmenge nachgefragt wird.

Nun hat gerade Friedman herausgearbeitet, daß die Sättigungsmenge dann nachgefragt wird, somit die marginalen nichtpekuniären

<sup>20</sup> Das bedeutet, daß allgemein aus der keynesianischen inhomogenen Geldnachfragefunktion  $M^d = L(i, Y)$  mit  $M^d$  als Geldnachfrage,  $i$  als Zinssatz und  $Y$  als Nominaleinkommen die homogene Geldnachfragefunktion  $M^d = P \cdot L'(i, y)$  bzw.  $M^d/P = L'(i, y)$  mit  $P$  als Preisniveau und  $y$  als Realinkommen ( $Y = P \cdot y$ ) wird.

<sup>21</sup> Friedman (1970 a), S. 86. Siehe in diesem Zusammenhang auch Friedmans „Common Model“, in dem auf der Grundlage einer homogenen Geldnachfragefunktion das Modell „neoklassisch“ durch die Vorgabe des Realinkommens (bei Vollbeschäftigung), „keynesianisch“ durch die Vorgabe des Preisniveaus geschlossen wird und damit die „neoklassische“ Version ein vollständiges Gleichgewicht (bei konstanter Realkasse), die „keynesianische“ Version ein temporäres Gleichgewicht (bei variabler Realkasse) repräsentiert. Friedman (1971), S. 29 ff.

<sup>22</sup> Hahn (1971), S. 69.

<sup>23</sup> Siehe z. B. Friedman (1975), S. 176.

<sup>24</sup> So bei Hahn (1971), S. 69.

Erträge der Geldhaltung dann Null werden, wenn die pekuniären Erträge der Geldhaltung dem Zinssatz des Gleichgewichts entsprechen, wobei der „frühe“ Friedman das Neutralitätspostulat der Quantitätstheorie an eine direkte Verzinsung der Geldhaltung bindet, während der „späte“ Friedman eine „optimale“ Geldhaltung deduziert, bei der die marginalen nichtpekuniären Erträge der Geldhaltung von Null durch eine Deflationsrate, die dem Realzins entspricht (und den Nominalzins Null werden läßt), erreicht werden<sup>25</sup>. Aber bei der Ableitung des Realkasseneffekts wird dann diese Implikation des Neutralitätspostulats übersehen, wird, deutlicher formuliert, unterstellt, daß der Ableitungsmechanismus von ihr unberührt bleibt.

Das aber ist keineswegs der Fall. Denn indem die Neutralität der Geldhaltung in bezug auf den Zinssatz, die zugleich die Neutralität der Geld- gegenüber der Gütersphäre wahrt, darauf beruht, daß sich die marginalen pekuniären Erträge und die marginalen pekuniären Kosten der Geldhaltung gerade ausgleichen und deshalb die Sättigungsmenge an Geld nachgefragt wird, wird die Geldversorgung aus der Markökonomie herauskatapultiert, da ein Individuum unter diesen Umständen keine pekuniären Erträge aus einem Geldangebot erwarten kann<sup>26</sup>. Der Verzicht auf pekuniäre Erträge bedeutet zugleich den Verzicht auf ein Geldangebot.

Damit aber ist das Neutralitätspostulat der Quantitätstheorie an die Prämisse einer exogenen Geldversorgung des Publikums gebunden. Friedmans Bild vom Hubschrauber, der Geld abwirft<sup>27</sup>, stellt nicht allein einen Kunstgriff dar, um geldtheoretische Zusammenhänge zu klären, sondern bildet die notwendige Bedingung des Ableitungsmechanismus: Der Umstand, daß die Individuen angesichts einer kostenlosen Geldversorgung ihre Realkassenhaltung so steuern können, daß ihre Opportunitätskosten Null sind, bedeutet zugleich, daß sie die Sättigungsmenge an Realkasse halten.

Es zeigt sich, daß die Neutralitätsbedingung der Quantitätstheorie den Marktprozeß zwischen Geldangebot und Geldnachfrage zerschneidet. Die neoklassische monetäre Ökonomie kann Kreditbeziehungen lediglich als Ausfluß des intertemporalen Tausches, als Reflex von Sparen und Entsparen, nicht jedoch als Phänomen des Geldangebotsprozesses erfassen. Ob Hubschrauber oder Zentralbank — stets drängt ein

<sup>25</sup> Friedman (1953); Friedman (1969), deutsch (1970 b).

<sup>26</sup> Aus einer tauschtheoretischen Perspektive läßt sich diese Implikation auch so ausdrücken, daß die Individuen deshalb eine Sättigungsmenge nachfragen, weil sie mit dem Kauf des Gutes zugleich seinen Preis refundiert bekommen.

<sup>27</sup> Friedman (1970 b), S. 14.

exogen fixiertes Geldangebot zu einer entsprechenden Geldnachfrage, unabhängig davon, ob dieses Geldangebot für die Geldvermittler überhaupt marktkonform ist.

Das aber bedeutet, daß marktkonforme Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldndern mit einer Neutralität der Geldsphäre gegenüber der Gütersphäre unvereinbar sind. Gläubiger und Schuldner können allein deshalb auf Märkten agieren, weil die Geldhaltung nicht die pekuniären Erträge des Gleichgewichts erzielt<sup>28</sup>. Als Folge fallen die Kosten der Geldhaltung unter das Einkommensverwendungskalkül der Haushalte; sie werden so gesteuert, daß die marginalen nichtpekuniären Erträge der Geldhaltung dem Zinssatz entsprechen.

Somit läßt sich die Analyse der entscheidungs- und markttheoretischen Implikationen des Neutralitätspostulats der Quantitätstheorie dahingehend resümieren, daß keineswegs der Realkasseneffekt, sondern allein ein Nominalzins von Null bzw. eine mit dem Nominalzins verzinsten Geldhaltung die Geldneutralität zu begründen vermag. Damit aber zeigt sich zugleich, daß die Schwächen der neoklassischen monetären Ökonomie nicht zuletzt methodischer Natur sind: Indem sie mit dem Realkasseneffekt einen Mengeneffekt zum Angelpunkt ihres Interaktionsmodells macht, begibt sie sich dessen preistheoretischer Fundierung, obwohl doch gerade sie ihr eigenes methodisches Selbstverständnis aus der Analyse preistheoretischer Zusammenhänge bezieht.

## V

Damit wird *Keynes'* geldtheoretische Position glänzend bestätigt. Insbesondere weist sie eine allgemeinere Grundlage auf, als es *Keynes* in der „General Theory“ (und in den vorhergehenden Arbeiten) explizierte. Den Schlüssel liefert auch hier die Notwendigkeit einer entscheidungstheoretischen Fundierung des Geldangebots: Da das Geldangebot dem Entscheidungskalkül des Vermögensbesitzers unterliegt, auf einer Wahl zwischen der Aufgabe und dem Halten von Liquidität be-

---

<sup>28</sup> Die herrschende Forschungspraxis pflegt diesen Umstand auf eine Inflationssteuer zurückzuführen, die der Staat (direkt oder indirekt über die Zentralbank) dadurch erhält, daß sein Geldangebot eine Ressourcenaneignung bzw. entsprechende Zinserträge zu erzielen erlaubt. Die Neutralitätsbedingung der Quantitätstheorie bleibt dann gewahrt, wenn der Staat die Steuer über eine entsprechende Verzinsung der Geldhaltung den Individuen refundiert. Eine derartige Interpretation des Geldangebotsprozesses ändert jedoch nichts an der Unterstellung einer Geldversorgung, die insofern ihren exogenen Charakter behält, als sie nicht den Präferenzen der Geldanbieter bzw. Geldvermittler untersteht. Die Inflationssteuerthese dient deshalb allein der Klärung der Finanzierungsbedingungen der Verzinsung der Geldhaltung. Siehe zur einschlägigen Diskussion *Phelps* (1973).

ruht<sup>29</sup>, erweist es sich als ein monetäres Phänomen, das nicht unter gütermarktbestimmte Realkategorien subsumierbar ist.

Damit aber wird, methodisch gesehen, die Inhomogenität von *Keynes'* Geldnachfragefunktion gerechtfertigt, weil sie der formale Ausdruck der Unabhängigkeit der Geldsphäre von der Gütersphäre ist. Entsprechend impliziert die Homogenisierung der Geldnachfragefunktion durch die herrschende Forschungspraxis eine Subsumtion der Geldsphäre unter die Gütersphäre, die eine entscheidungslogische Fundierung des Geldangebots verbietet. So gesehen, bedeutet die Interpretation der Quantitätstheorie als Theorie der Geldnachfrage zugleich den Verzicht auf eine markttheoretische Fundierung des Geldangebotsprozesses.

Die Undeutlichkeit von *Keynes'* Geldtheorie röhrt deshalb daher, daß sie inhaltlich in gleicher Weise wie ihr neoquantitätstheoretisches Pendant — und die cambridge-walrasianische Kassenhaltungstheorie als gemeinsame Vorläufer — eine Theorie der Geldnachfrage bleibt. Die Reformulierung der Liquiditätspräferenztheorie, die Einführung des zinsabhängigen Moments in die Liquiditätspräferenztheorie durch *Keynes* bildete das Credo nicht zuletzt einer der keynesianischen Ökonomie verpflichteten Forschungspraxis der Nachkriegsära.

Aber an dieser Interpretation der keynesianischen Geldtheorie haben *Keynes'* Nachfahren — und zwar neoklassischer wie keynesianischer Provenienz — ebensoehr Schuld wie der Meister selber. Denn die im 15. Kapitel der „General Theory“ entwickelte Theorie der Geldnachfrage bleibt kurzfristiger Natur, da sie bereits die Existenz des Zinses voraussetzt: „worauf es ankommt“, so *Keynes*, „ist nicht das absolute Niveau von  $r$ , sondern der Grad seiner Abweichung von dem, was als ziemlich sicheres Niveau von  $r$  betrachtet wird, unter Berücksichtigung jener Berechnungen der Wahrscheinlichkeit, auf die man sich verläßt“<sup>30</sup>. Aber selbst in dieser Passage klingt noch die Vorstellung von einem Verzicht auf ein Geldangebot an, die bereits der Begriff der Spekulationskasse reflektiert — eine Vorstellung, die *Friedmans* Geldnachfragefunktion durch ihre allgemeine Fassung völlig fremd bleibt.

Im 12. Kapitel und — in unserem Zusammenhang von größerem Interesse — im 17. Kapitel der „General Theory“ entwickelt *Keynes*

<sup>29</sup> Das Halten von Liquidität durch Vermögensbesitzer muß streng von der Geldhaltung der Haushalte unterschieden werden; während sich letztere aus der Dienstleistungsfunktion des Geldes ergibt und damit güterorientiert ist, stellt erstere einen Verzicht auf ein Geldangebot dar. Sein preistheoretischer Ausdruck ist deshalb die (von *Keynes* so bezeichnete) Liquiditätsprämie, nicht jedoch wie bei der Geldhaltung der Haushalte eine nutzentheoretisch bestimmte Kategorie.

<sup>30</sup> *Keynes* (1936), deutsch (1936), S. 169.

jedoch durchaus Ansätze einer langfristigen Geldtheorie. Das zeigt sich besonders deutlich an der Einführung der Liquiditätsprämie als preistheoretischer Ausdruck für die „Annehmlichkeit und Sicherheit“, die das Halten von Geld (den Vermögensbesitzern) gewährt. Diese Liquiditätsprämie läßt sich nur so interpretieren, daß sie Ausfluß der Einschätzung des Vermögensrückflusses ist, ihr Steigen somit eine (konjunktur- und krisenbedingte) wachsende Unsicherheit der Refundierung von Geld anzeigen und damit das preistheoretische Äquivalent eines Rückganges des Geldangebots darstellt.

Ein sich aus einer Änderung der Liquiditätsprämie ergebender Zinssatz reflektiert somit geänderte Schuldner-Gläubiger-Beziehungen: in der Nachfrage nach Geld durch ihre Subsumtion unter das Einkommensverwendungskalkül der Haushalte, im Angebot an Geld durch eine Veränderung der Bereitschaft der Aufgabe von Geld.

Das Versagen der nachkeynesianischen Forschungspraxis besteht somit darin, daß sie es versäumte, die kurzfristigen Aspekte von Keynes' Zinstheorie in den Kontext seiner allgemeinen zinstheoretischen Überlegungen zu stellen. Insbesondere hat sie übersehen, daß Keynes' kurzfristige Geldtheorie ihre theoretische Qualität gerade dadurch erhält, daß sie sich in eine Theorie monetärer Zinsbestimmung einbetten läßt, indem die Wahl zwischen dem Halten und der Aufgabe von Geld den Zinssatz steuert, und dadurch einen Gegenentwurf zur neoklassischen Güterzinstheorie formuliert, für die die Wahl zwischen Konsum und Konsumverzicht den Zinssatz bestimmt. Dagegen hat die Nachkriegsära Keynes als bloßen Schöpfer einer kurzfristigen Geldtheorie apostrophiert, deren langfristige Aspekte in die tradierte neoklassische Geldtheorie münden — eine Position, die sogar ausgesprochene Keynesianer wie *Harrod* vertreten<sup>31</sup>.

Die Unterscheidung zwischen einer kurzfristigen und einer langfristigen keynesianischen Geldtheorie erlaubt zugleich die Feststellung, daß für die keynesianische Ökonomie in gleicher Weise wie für die neoklassische Ökonomie eine Geldvolumenexpansion kurzfristig eine Senkung des Zinssatzes, langfristig jedoch — als Folge eines kontinuierlichen Inflationsprozesses — seine Erhöhung bewirkt. In der Tat handelt es sich dabei um einen Wirkungsmechanismus, der inhärenten Marktgesetzen folgt, aber nicht den spezifischen entscheidungs- und markttheoretischen Kern einer bestimmten Theorie — ihres Paradigmas — berührt — ein Umstand, der bestätigt, daß die Usance der neoklassischen Forschungspraxis, wie beispielsweise in *Friedmans* „Common Model“, die keynesianische Geldtheorie als kurzfristig, die neoklassische Geldtheorie in ihrer quantitätstheoretischen Version dagegen

---

<sup>31</sup> *Harrod* (1969), S. 173 ff.

als langfristig zu interpretieren, innerhalb des Kontexts des neoklassischen Paradigmas verbleibt, was im übrigen *Friedman* dadurch dokumentiert, daß sein Modell generell eine homogene Geldnachfragefunktion enthält.

Nicht das Steigen des Zinssatzes im Gefolge der Inflation, sondern seine Begründung konstituiert den Unterschied zwischen keynesianischer und neoklassischer Geldtheorie. Denn während diese die Erhöhung des Zinssatzes aus der Interaktion von Geld- und Gütersphäre deduziert, da die zur Aufrechterhaltung der Allokationsbedingungen des Gütermarktes notwendige Konstanz des Realzinses (als Güterzins) eine Erhöhung des Nominalzinses um die Inflationsrate verlangt, führt für jene das Streben der Vermögensbesitzer nach Sicherung ihres Vermögensrückflusses zu einer Erhöhung des Zinssatzes und reflektiert damit unmittelbar allein die Allokationsbedingungen des Vermögensmarktes, die dann allerdings mittelbar von der Inflationsrate des Gütermarktes beeinflußt werden. Die markttheoretische Gemeinsamkeit von keynesianischer und neoklassischer Ökonomie, als Folge des Inflationsprozesses eine Erhöhung des Zinssatzes zu deduzieren, reflektiert daher nichts anderes als den Umstand, daß beide Theorien auf einer Interaktion von Geld- und Gütersphäre basieren.

Aber ungeachtet des gemeinsamen inflationstheoretischen Gehalts darf nicht der gewichtige Unterschied übersehen werden, daß für die neoklassische Ökonomie eine Geldvolumenexpansion jenseits der kurzfristigen zinssenkenden Wirkungen zu einer Rekonstitution des ursprünglichen Zinssatzes führt (und das Preisniveau proportional zur Geldvolumenexpansion erhöht), während für die keynesianische Ökonomie neben diesem Effekt veränderte Schuldner-Gläubiger-Beziehungen ebenfalls eine dauernde Senkung des Zinssatzes (und eine entsprechend verminderte Erhöhung des Preisniveaus) zu bewirken vermögen.

Die entscheidungstheoretische Gültigkeit dieses sog. Keyneseffekts läßt sich an der Beziehung zwischen Zinssatz und Vermögensbewertung überprüfen. Für die neoklassische monetäre Ökonomie führt eine durch eine Zinssenkung bewirkte Höherbewertung des Vermögens zu Ausgaben, durch die der Zins wiederum seine ursprüngliche Höhe erreicht und dadurch die ursprüngliche Vermögensbewertung wiederherstellt. Dieser Mechanismus reflektiert das Apriori der neoklassischen monetären Ökonomie, dem Vermögensmarkt eine Eigenständigkeit zu verwehren, indem er unter die Gütersphäre subsumiert wird.

Für die keynesianische Ökonomie zeigt demgegenüber die Höherbewertung des Vermögens, die aus einem durch die gewachsene Bereitschaft der Aufgabe von Liquidität bedingten Sinken des Zinssatzes

resultiert, einen Reichtumszuwachs an. Mit der Erfassung der Möglichkeit einer zinsbedingten Vermögensvermehrung dokumentiert die keynesianische Ökonomie die Eigenständigkeit des Vermögensmarktes gegenüber der Gütersphäre, während die neoklassische Ökonomie darauf angewiesen bleibt, eine Vermögensvermehrung auf einen Konsumverzicht zurückzuführen, ihn als eine präferenztheoretisch fundierte Nichtausgabe zu interpretieren.

## VI

Mit der monetären Zinsbestimmung erhält die Geldsphäre die Steuerungsfunktion des Wirtschaftsprozesses. Indem *Keynes* deduziert, daß die Höhe des Geldzinses über Einkommen und Beschäftigung entscheidet, erweist er sich als jener Beschäftigungstheoretiker, der ein — bezogen auf das heuristische Prinzip einer Analyse der Interaktion von Geld- und Gütersphäre — vollständiges Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung formuliert. Damit weist er die nachkeynesianische Forschungspraxis in die Schranken, die implizit (wie im IS-LM-Modell oder in der Neoquantitätstheorie) oder explizit (wie in der „Neuen Makroökonomie“) die keynesianische Ökonomie auf ein temporäres Gleichgewicht, das Abweichungen vom neoklassisch fundierten Gleichgewicht deduziert, beschränkt.

Die Liquiditätsprämie bildet damit die Barriere, die die Höhe der Produktion beschränkt. Sie ist, wie *Keynes* im 17. Kapitel der „General Theory“ ausführlich erörtert<sup>32</sup>, der preistheoretische Ausdruck des Umstandes, daß Geld dank seiner hohen Liquiditätseigenschaft die Funktion eines Wertaufbewahrungsmittels ausübt. Die Liquiditätsprämie bildet damit die Essenz einer Theorie der Geldwirtschaft.

Aber das 17. Kapitel dokumentiert zugleich, daß sich aus der monetären Zinsbestimmung die theoretischen Grundlagen der Niedrigzinspolitik, die *Keynes* seit dem „Tract“, als Instrument gegen die Unterbeschäftigungstendenzen der 20er Jahre dann spätestens seit der „Treatise“, mit Vehemenz vertreten hat, ergeben. Daß die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes die Ursache von Arbeitslosigkeit darstellt, formuliert *Keynes* in aller Deutlichkeit: „Wenn andere Waren sich selbst überlassen sind, würden somit ‚natürliche Kräfte‘, das heißt die gewöhnlichen Kräfte des Marktes, dazu neigen, ihren Zinsfuß hinunterzubringen, bis der Durchbruch von Vollbeschäftigung für Waren allgemein die Unelastizität des Angebots hervorgebracht hätte, die wir als ein normales Merkmal des Geldes unterstellt haben. In der Ab-

---

<sup>32</sup> *Keynes* (1936), S. 191 ff.

wesenheit von Geld ... würden somit die Zinssätze das Gleichgewicht erreichen, wenn Vollbeschäftigung besteht.

Das heißt, Arbeitslosigkeit entwickelt sich, weil die Menschen dem Mond nachjagen; — es ist nicht möglich, Menschen zu beschäftigen, wenn der Gegenstand des Verlangens (das heißt Geld) etwas ist, was nicht erzeugt werden kann, und dessen Nachfrage nicht ohne weiteres unterdrückt werden kann. Es gibt nur das Heilmittel, die Bevölkerung zu überzeugen, daß Grünkäse sozusagen die gleiche Sache ist, und eine Grünkäsefabrik (das heißt eine Zentralbank) unter öffentlicher Leitung zu haben<sup>33</sup>.“

Diese Passage liefert den Schlüssel zu Keynes' politischer Theorie: Angesichts der Realität einer Geldwirtschaft wird eine Politik des *als ob* notwendig, bei der der Wirtschaftspolitik die Aufgabe zufällt, alles zu tun, um dennoch Vollbeschäftigung zu erreichen. Damit aber unterwirft sich Keynes' Theorie der Geldpolitik den Normen der neoklassischen Allokationstheorie mit ihrem Vollbeschäftigungspostulat — mit dem alleinigen Unterschied, daß die Nichtneutralität des Geldes die Geldpolitik nicht mehr wie in der neoklassischen Theorie auf eine Verstetigung der Geldvolumenexpansion („Geldmengenregel“) reduziert, sondern eine Niedrigzinspolitik erfordert, um einen Abbau der restriktiven Wirkungen der Geldfunktion zu ermöglichen.

Aber dabei stellt sich die Frage, ob eine Niedrigzinspolitik dieses Ziel erreichen kann. Im Angesicht der weltwirtschaftlichen Situation in den 20er Jahren auf die Situation einer Depression fixiert, hat Keynes den inflationstheoretischen Implikationen seiner Geldtheorie kaum Augenmerk gewidmet<sup>34</sup> — und in Konsequenz ebenfalls die inflatorischen Effekte einer Niedrigzinspolitik ignoriert. Auch wenn es quasi zum Standardrepertoire einer Keynesexegese gehört, daß die Kategorien der „General Theory“ in „Lohneinheiten“ gemessen werden<sup>35</sup>, so haben dennoch weder die nachkeynesianische Forschungspraxis noch der Keynes der „General Theory“ jemals thematisiert<sup>36</sup>, daß diese Unterstellung die Wirksamkeit einer Politik des leichten Geldes an eine Lohnkontrolle, somit an administrierte Löhne, bindet — und damit das markttheoretisch widersprüchliche Ergebnis zeitigt, daß ein Sockel von

---

<sup>33</sup> Keynes (1936), S. 197.

<sup>34</sup> Da die „General Theory“ lediglich für den Fall der Vollbeschäftigung (bzw. für den Übergang zur Vollbeschäftigung) einen Anstieg des Preisniveaus postuliert, reflektiert sie — angesichts des historischen Umfeldes, in dem sie entstand, verständlich — lediglich eine Situation tiefer Depression mit umfangreichen unausgelasteten Kapazitäten. Siehe dazu Keynes (1936), S. 249 ff.

<sup>35</sup> Keynes (1936), S. 36 f.

<sup>36</sup> Beiläufig thematisiert Keynes diese Bedingung beispielsweise in einem Schriftwechsel mit Lück. Siehe Lück (1939), S. 49.

Arbeitslosigkeit die Voraussetzung einer Politik bildet, die gerade der Überwindung von Arbeitslosigkeit dient<sup>37</sup>.

Diese Inkonsistenz in *Keynes'* Theorie der Beschäftigungspolitik weist auf die Unvereinbarkeit seiner Geldtheorie mit seiner Theorie der Geldpolitik hin. Denn gerade seine Einsicht, daß die monetäre Fundierung des Zinses der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes eine markttheoretische Qualität gibt, macht es unverständlich, daß er der Meinung sein konnte, daß sich über eine Politik des leichten Geldes die Liquiditätsprämie senken läßt. Eine Geldpolitik wiederum, die die Liquiditätsprämie unverändert hoch läßt, bewirkt gerade nicht die Neutralisierung der Restriktionen, die der Vollbeschäftigung entgegenstehen, sondern führt bestenfalls zu einem vermehrten Halten von Geld oder mündet, ebenso wahrscheinlich, in einen Inflationsprozeß, in dessen Gefolge dann der Zins über kurz oder lang steigen muß.

In gleicher Weise bilden die außenwirtschaftlichen Beziehungen eine offene Flanke in *Keynes'* Theorie der Geldpolitik. Denn eine Politik des leichten Geldes impliziert, daß dem Vermögensbesitzer nicht die Möglichkeit offensteht, sein Vermögen ins Ausland zu transferieren, sei es wegen einer niedrigen Verzinsung, sei es wegen einer erwarteten Inflationsrate im Inland. Aber immerhin hat *Keynes* bereits in der „Treatise“ auf die Notwendigkeit von Kapitalverkehrskontrollen hingewiesen und später sogar für die Nachkriegsära direkte Importkontrollen befürwortet<sup>38</sup>. Wie sehr sich *Keynes* bewußt war, daß sich Beschäftigungspolitik lediglich bei einer Kontrolle der außenwirtschaftlichen Beziehungen verwirklichen läßt, zeigt sein Aufsatz „Nationale Selbstgenügsamkeit“ aus dem Jahre 1933, in dem er eine Autarkiepolitik gegen das Freihandelspostulat ausspielt<sup>39</sup>.

Auch wenn *Keynes'* Position angesicht der derzeitigen Weltarbeitsteilung hochgradig unrealistisch erscheint, so ist ihm doch zugute zu halten, daß er im Gegensatz zur postkeynesianischen Forschungspraxis die nationalwirtschaftlichen Implikationen einer Vollbeschäftigungspolitik nicht ignoriert hat. Dieser Umstand mag auch dazu beigetragen haben, dem Inflationsproblem wenig Aufmerksamkeit zu widmen, da ihm unter der Ägide einer Autarkiepolitik insofern ausschließlich innenwirtschaftliche Bedeutung zukommt, als den Vermögensbesitzern die Flucht in fremdes Geld verwehrt ist. (Das konstitutive Merkmal des Inflationsprozesses, daß ihn eine Flucht in Sachwerte beschleunigt, bleibt jedoch von der Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke unberührt.)

<sup>37</sup> Auch dieses Argument weist auf die Bindung der Niedrigzinspolitik an eine tiefe Depression hin.

<sup>38</sup> *Keynes* (1930), deutsch (1931), S. 599 ff.; *Keynes* (1980), S. 285 ff.

<sup>39</sup> *Keynes* (1933).

Aus der Perspektive der ökonomischen Theorie, deren liberale Norm, daß autonom handelnde Individuen den Wirtschaftsprozeß steuern, die Unterstellung verbietet, daß Vermögensbesitzer Geld lediglich in einheimischer Währung halten, läßt sich jedoch die Unvereinbarkeit zwischen Keynes' Geldtheorie und seiner Theorie der Geldpolitik nicht aufheben. Sie weist darauf hin, daß Keynes ungeachtet seiner Einsicht, daß die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes ein restriktives Moment des Wirtschaftsprozesses bildet, insofern der klassischen Orthodoxie verhaftet bleibt, als er die Frage nach der Allokation von Ressourcen und damit den Bedingungen von Vollbeschäftigung stellt. Keynes ist in dem Sinne kein Merkantilist, als ihm die Frage nach den geldökonomischen Bedingungen der Bewirtschaftung von Ressourcen völlig fremd ist, ihm somit fremd bleibt, daß das Knappthalten von Geld kein inhärentes Übel einer Geldwirtschaft darstellt, sondern ihre Existenzbedingungen ausdrückt. Damit kann er auch nicht erfassen, daß sich Unterbeschäftigung aus dem Streben der Vermögensbesitzer, die Dominanz der Knappheit des Geldes gegenüber der Knappheit der Ressourcen aufrechthält, um ihnen so die Steuerungsfunktion im Wirtschaftsprozeß und die Fähigkeit zur Begründung von Gewinneinkommen zu erhalten, ergibt.

Auf diese Weise gerät Keynes' fundamentale Einsicht in die Notwendigkeit einer monetären Zinsbestimmung, der Erklärung des Zinses aus dem Knappthalten von Geld, in Widerspruch zu seiner Politik des leichten Geldes. Indem er die Zinspolitik als Instrument für das Vollbeschäftigungsziel einsetzen will, verfällt er dem Institutionalismus der Orthodoxie, für die die Zentralbank den Vermögensbesitzer dominiert; damit ignoriert er die alte merkantilistische Erkenntnis, daß im Gegenteil der Interventionismus der Geldpolitik durch die Dispositionen der Vermögensbesitzer begrenzt wird, somit der Zinssatz ein Preis ist, der das Knappthalten von Vermögen reflektiert und deshalb nicht vom Institutionensystem manipuliert werden kann. Die ausgehenden 70er Jahre haben denn auch die Tragödie des politischen Keynes, daß die Zinspolitik nicht dem Ziel interner, sondern externer Stabilität dient, eindrucksvoll dokumentiert, indem eine Hochzinspolitik die Unterbeschäftigung stabilisierte.

### Literaturverzeichnis

- Arrow, K. J., und F. H. Hahn (1971), General Competitive Analysis. Amsterdam—New York—Oxford.
- Barro, R. J., und H. I. Grossman (1976), Money, Employment and Inflation. Cambridge—London—New York—Melbourne.
- Clower, R. W. (1965), deutsch (1963), Die keynesianische Gegenrevolution: eine theoretische Kritik. „Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik“, 99, S. 8 ff.

- Friedman, M.* (1953), Discussion of the Inflationary Gap. In: M. Friedman, Essays in Positive Economics. Chicago, S. 251 ff.
- (1956), deutsch (1970 a), Die Quantitätstheorie des Geldes: eine Neuformulierung. In: M. Friedman, Die optimale Geldmenge und andere Essays. München, S. 77 ff.
  - (1969), deutsch (1970 b), Die optimale Geldmenge. In: M. Friedman, Die optimale Geldmenge und andere Essays. München, S. 9 ff.
  - (1971), A Theoretical Framework of Monetary Analysis. New York.
  - (1975), Diskussion zu S. Fischer, Recent Developments in Monetary Theory und W. C. Brainard und R. N. Cooper, Empirical Monetary Macroeconomics: What have We Learned in the Last 25 Years? „The American Economic Review“, 65, S. 176 ff.
- Hahn, F. H.* (1965), On some problems in proving the existence of equilibrium in a monetary economy. In: F. H. Hahn und F. P. R. Brechling (Hrsg.), The Theory of Interest Rates. London—New York, S. 45 ff.
- (1971), Professor Friedman's Views on Money. „Economica“, N.F. 38, S. 61 ff.
  - (1973), On the Foundations of Monetary Theory. In: M. Parkin und N. Nobay (Hrsg.), Essays in Modern Economics. London, S. 230 ff.
  - (1980), Monetarism and Economic Theory. „Economica“, 47, S. 1 ff.
- Harrod, F. R.* (1969), Money. London and Basingstoke.
- Keynes, J. M.*, (1923), (1971 a), A Tract on Monetary Reform. The Collected Writings of John Maynard Keynes. Volume IV. London and Basingstoke 1971.
- (1913), (1971 b), Indian Currency and Finance. The Collected Writings of John Maynard Keynes. Volume I. London and Basingstoke 1971.
  - (1930), deutsch (1931), Vom Gelde. Berlin 1981.
  - (1933), Nationale Selbstgenügsamkeit. In: „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche“, 57 (1933), S. 561 ff.
  - (1936), deutsch (1936), Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1936.
  - (1980), The Collected Writings of John Maynard Keynes. Activities 1941 - 1946. Shaping the Post—War World: Bretton Woods and Reparations. Hrsg. v. D. Moggridge. Volume XXV. London and Basingstoke 1980.
- Leijonhufvud, A.* (1966), deutsch (1973), Über Keynes und den Keynesianismus. Köln 1973.
- Lück, W.* (1939), Monetäre Unabhängigkeit. Leipzig 1939.
- Malinvaud, E.* (1977), The Theory of Unemployment Reconsidered. New York 1977.
- Patinkin, D.* (1956), 2 (1965), Money, Interest, and Prices. New York 1965.
- Phelps, E. S.* (1973), Inflation in a Theory of Public Finance. „Swedish Journal of Economics“, 75 (1973), S. 67 ff.
- Riese, H.* (1983), Geldökonomie, Keynes und die Anderen. „Ökonomie und Gesellschaft“ Jahrbuch 1, Die Neoklassik und ihre Herausforderungen. Frankfurt/New York 1983, S. 103 ff.

# Hypothesen zur Erwartungsbildung bei Keynes und Schumpeter

Von Heinz Rieter, Bochum\*

## I. Zur Entwicklung der ökonomischen Erwartungstheorie

Vor bald dreißig Jahren schloß *Seidenfus* einen „historischen Aufriß“ zur Theorie der Erwartungen mit der Feststellung ab, „daß die Problematik der menschlichen Erwartungen seit eineinhalb Jahrhunderten als Bestimmungsgrößen im Wirtschaftsprozeß erkannt ist und im Verlaufe der beiden vergangenen Dezennien mehr und mehr Berücksichtigung in der ökonomischen Theorie gefunden hat.“<sup>1</sup> Den entscheidenden Impuls zu dieser vermehrten Hinwendung — darüber gibt es keinen Zweifel — gab *Keynes*, indem er das *Erwartungssphänomen* zum tragenden Pfeiler seiner „General Theory“ (1936) machte.<sup>2</sup> Dies

\* Überarbeitete Fassung des Referates, das ich am 24. März 1983 auf der Göttinger Tagung des Dogmenhistorischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik gehalten habe. Für wertvolle Hinweise, die mich zu verschiedenen Textrevisionen veranlaßt haben, danke ich zum einen den Tagungsteilnehmern, vor allem den Herren Helmut Arndt, Alfred Bürgin, Ernst Helmstädtler, Theodor Pütz, Hajo Riese, Bertram Schefold, Harald Scherf, Dieter Schneider und Joachim Starbatty sowie zum anderen den Herren Dieter Bender, Werner H. Engelhardt, Horst Georg Koblitz und H. Jörg Thieme, die so freundlich waren, das Vortragsmanuskript kritisch zu lesen. Herrn Clemens Trudewind, Psychologisches Institut der Ruhr-Universität Bochum, bin ich herzlich dankbar für seinen fachwissenschaftlichen Rat, der mir wesentlich geholfen hat, wichtige psychologische Aspekte des Themas zu erkennen und besser zu verstehen. — *Vorbemerkung zur Zitierweise:* Die den Autorennamen in Klammern hinzugefügten Jahreszahlen beziehen sich auf das Literaturverzeichnis am Ende des Beitrages. Der Einfachheit halber sind die meisten Verweise auf *Keynes* und *Schumpeter* nicht in Fußnoten, sondern gleich im fortlaufenden Text untergebracht.

<sup>1</sup> *Seidenfus* (1956, S. 124). Und *Paulsen* (1958, S. 137) schrieb: „Die Berücksichtigung der Erwartungen und ihrer teilweise psychologischen Bestimmungsgründe ist eine Entwicklung der neueren Wirtschaftstheorie.“

<sup>2</sup> Damit soll keinesfalls gesagt sein, *Keynes* sei der ‚erste‘ Erwartungstheoretiker in der Wirtschaftswissenschaft gewesen. Schon *Hawtrey* (1937, S. 439) stellte klar, daß „the fact that all economic activity is governed by expectations has been universally taken to be granted from the beginning of economic science“. *Marget* (1942, S. 177 ff., insbes. 181 f., Fn. 74, 190 f.; und S. 225 ff., insbes. 228, Fn. 18) hat diese Behauptung mit unübertraglicher Akribie zurück bis *Malthus*, *McCulloch*, *J. St. Mill*, *Thornton* und *Tooke* durch entsprechende Zitate belegt. Hinsichtlich *Tooke* siehe auch *Rieter* (1971, S. 198 ff.). Wenigstens aber gebührt zur Zeit von *Keynes* den diesbezüglichen Beiträgen der sog. *Stockholmer Schule*, insbesondere durch die konzeptionelle Trennung von erwarteten und geplanten Größen, die gleiche

nährte die Hoffnung, durch Einbeziehung der Erwartungen ökonomische Verlauferscheinungen (wie Konjunktur, Wachstum, Inflation) *inhaltlich* (theoretisch) genauer erfassen und *methodisch* die Dynamisierung ökonomischer Theorien voranbringen zu können. Darüber wurde bis in die sechziger Jahre heftig debattiert<sup>3</sup>. Gleichwohl konnte sich die vermeintlich unaufhaltsame Tendenz, Erwartungen „mehr und mehr“ in der Wirtschaftswissenschaft zu verankern, nicht allgemein durchsetzen. Die Analyse der wirtschaftlichen Erwartungen ist weder ein Kernstück der Volkswirtschaftslehre geworden, noch haben sich die verstreuten Ansätze zu einer allgemeinen Erwartungstheorie verdichten lassen. Im Querschnitt des Faches, wie ihn Lehrbücher dokumentieren, zeigt sich dies deutlich: Insbesondere Hypothesen zur Erwartungsbildung erscheinen mehr am Rande, und der Erwartungsbegriff findet sich oftmals wieder auf seine alltagssprachliche Bedeutung reduziert.

Andererseits ist seit Ende der sechziger Jahre eine spürbare Wiederbelebung der Erwartungsdiskussion auf speziellen Feldern zu verzeichnen. Die Etablierung neo-neoklassischer, insbesondere monetaristischer Gedanken ist eng damit verknüpft, daß in der Auseinandersetzung um die *Phillips*-Kurve die keynesianische Position durch Berücksichtigung der Inflationserwartungen geschwächt werden konnte<sup>4</sup>. Dies verschaffte primär der in ein starres Angebotsdruck/Nachfragezug-Schema verstrittenen Debatte über die Inflationsursachen und deren stabilitätspolitische Implikationen neuen Spielraum<sup>5</sup>. In ihm gedieh eine „neue Mikroökonomie“, die die Prämisse eines erwartungsorientierten und daher informationssuchenden Wirtschaftssubjektes mit dem Anspruch verbindet, zugleich Grundlage einer „neuen Makroökonomie“ zu sein<sup>6</sup>. All

---

Originalität, obschon *Ohlin* (1937, S. 54) — sicher zu bescheiden — *Keynes* allein die Palme zuerkannte. Siehe in diesem Zusammenhang auch *Steiger* (1971, insbes. S. 169).

<sup>3</sup> Vgl. u. a. *Hutchison* (1937), *Lachmann* (1943), *Katona* (1946) und (1951), *Hart* (1947), *Shackle* (1949), *Working* (1949), *Carter/Meredith/Shackle* (1954/57), *Seidenfus* (1956), *Bowman* (1958) sowie *Champernowne* (1963/64). Weitere Literaturhinweise bei *Weber/Streißler* (1961, S. 337 – 339).

<sup>4</sup> Vgl. zusammenfassend *Thieme* (1982, S. 26 f.).

<sup>5</sup> *Claassen* (1977, S. 500) ging sogar so weit zu behaupten: „Heute existiert eine gewisse Klarheit und Übereinstimmung in der Analyse des Inflationsablaufs. Die Inflationsrate ist hauptsächlich durch zwei Faktoren bestimmt: durch den Nachfrageüberschuß im Gütermarkt und durch die Inflationserwartungen. Der Nachfrageüberschuß ist seinerseits im wesentlichen bestimmt durch den Angebotsüberschuß im Geldmarkt, durch die Budgetpolitik des Staates und durch die Inflationserwartungen.“

<sup>6</sup> Vgl. u. a. *Laidler* (1975), dessen damalige Skepsis (ebd., S. 10) auch heute noch berechtigt erscheint: „Im Augenblick ist es keineswegs klar, wie diese verschiedenen Modelle individuellen Verhaltens zu einer allgemeinen Theorie zusammenzufügen sind; es ist noch nicht einmal klar, ob sie miteinander vereinbar sind. Doch haben sie gewisse Züge gemeinsam. Am stärksten fällt die außerordentliche Bedeutung ins Auge, die den Erwartungen beigegeben wird.“

diese Ansätze sind von der Vorstellung getragen, eine strikt ökonomische, d. h. auch soziologische und psychologische Hypothesen meidend, kohärente Erklärung wirtschaftlichen Handelns entfalten zu können. Diese Erklärung kann durchaus realistisch ausfallen, sofern sie ausdrücklich auf die typisch marktwirtschaftliche Gegebenheit abstellt, daß die Akteure meist unvollständig informiert und Informationen selten kostenlos zu erhalten sind. Solch Blickwechsel hat es erlaubt, die vorher stark vernachlässigte Frage der *Bildung* ökonomischer Erwartungen gleichrangig neben dem bislang dominierenden Problem der *Erwartungseffekte* zu behandeln. „Rationale“, „antizipative“, „adaptive“ Erwartungen lauten die bekannten Schlagwörter, unter denen in einer üppig wuchernden Literatur diese ‚neue‘ Theorie der Erwartung(sbildung) entwickelt wird<sup>7</sup>.

Theoriegeschichtlich betrachtet — und damit komme ich zum Thema — stört jedoch an der neuesten Erwartungsliteratur (insbesondere in ihren Surveys), daß für sie die moderne ökonomische Zeitrechnung offenbar auch in dieser Frage erst mit *Friedman* beginnt, sieht man von gewissen ‚Vorwegnahmen‘ ab, die *Irving Fisher* zugestanden werden<sup>8</sup>. Hier werden meines Erachtens die dogmenhistorischen Fäden zu einseitig gesponnen. Ich will in meinem Beitrag untersuchen, inwieweit sich diese Einschätzung stützen läßt anhand der erwartungstheoretischen Überlegungen von *Schumpeter* und *Keynes*, die 1983 hundert Jahre alt geworden wären. Beide haben sich explizit mit der Erwartungsproblematik beschäftigt. Mein Ziel ist es, einige ihrer Erwartungshypothesen neu zu bewerten. Vielleicht gelingt es, auf diese Weise der gegenwärtigen Erwartungstheorie, die sich bisher überwiegend auf Preis- und Inflationserwartungen beschränkt, gewisse Anregungen zu geben.

Trotz mancher Interdependenzen, die unleugbar vorhanden sind, ist es — schon aus Gründen der Arbeitsökonomie — notwendig, *Erwartungswirkungen(-effekte)* zum einen und *Erwartungsbildung* (also die Entstehung und Veränderung von Erwartungen) zum anderen gedanklich voneinander zu trennen. Die einschlägige Literatur attestiert interessanterweise *Schumpeter* wie *Keynes* ziemlich einmütig, daß sie zwar wertvolle Beiträge sowohl zur *Systembedeutung* der Erwartungen als auch zu deren *Wirkungen* im Wirtschaftsprozeß beigesteuert hätten, ihre Erörterung der *Erwartungsbildung* jedoch rudimentär geblieben sei und das analytische Niveau der anderen Beiträge nie erreicht habe. Wohl deshalb ist über die Hypothesen zur *Erwartungsbildung* bei

<sup>7</sup> Übersicht verschafften in jüngerer Zeit u. a. *Caspers* (1978), *Fuhrmann* (1982), *Kantor* (1979), *Kühn* (1979), *Neumann* (1979).

<sup>8</sup> Vgl. hierzu die kritische, auch in die theoriegeschichtlichen Details gehende Untersuchung von *Gebauer* (1982, z. B. S. 10 und 41 ff.).

*Schumpeter* und *Keynes* relativ wenig geschrieben worden. Versuche, dieses Thema gründlicher aufzuarbeiten, haben Seltenheitswert und sind — soweit mir bekannt<sup>9</sup> — teilweise unbefriedigend ausgefallen: Ihre Perspektive ist entschieden verhaltenswissenschaftlich in dem Sinne, daß von der Plattform eines ‚aufgeklärten‘ Behaviorismus aus geurteilt wird. Mit anderen Worten: Erwartungen werden als psychologische Einstellungen (Attitüden) begriffen, die als intervenierende Variablen im ökonomischen Reiz-Reaktions-Schema wirksam sind. Zu einem wesentlichen Teil hat man sich mit diesen insbesondere von *Katona*<sup>10</sup> nachhaltig beeinflußten Interpretationen auseinanderzusetzen.

Nach einer ersten Bestandsaufnahme der Erwartungshypothesen bei *Keynes* und bei *Schumpeter* (*Abschnitt II*) werde ich im *Abschnitt III* versuchen, einige ihrer Ansätze zur *Erwartungsbildung* im einzelnen zu diskutieren.

## **II. Erwartungshypothesen bei Keynes und Schumpeter — ein Überblick**

Um für diesen Überblick ein Raster zu haben, stelle ich mir den Komplex der *Erwartungsbildung* in folgende Segmente zerlegbar vor, wobei ich mir bestehender Wechselwirkungen durchaus bewußt bin:

- *Ursprung* (Ursachen) der Erwartungsbildung:  
Warum werden Erwartungen gebildet?
- *Träger* der Erwartungsbildung:  
Wer bildet Erwartungen?
- *Determinanten* der Erwartungsbildung:  
Welche Faktoren beeinflussen und an welchen vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Größen orientiert sich die Erwartungsbildung?
- *Ablauf* der Erwartungsbildung:  
Wie vollzieht sich die Informationsgewinnung und -verarbeitung (einschließlich -bewertung)?

### **1. Systembedeutung und Ursachen der Erwartungsbildung**

In *Keynes*' „Treatise on Money“ (1930) taucht der Erwartungsaspekt nur vereinzelt auf<sup>11</sup>, dabei mehr oder weniger verborgen in Aus-

<sup>9</sup> Ich denke vor allem an *Schmölders* (1956), *Schröder* (1956) und *Seidenfus* (1956) sowie die Dissertationen von *Brachthäuser* (1963) und *Machinek* (1968), die weitgehend im Fahrwasser der zuvor genannten Beiträge bleiben.

<sup>10</sup> Siehe vor allem *Katona* (1972). In diesem Beitrag versucht *Katona*, seine verstreuten früheren Ansätze in einer allgemeinen „verhaltenswissenschaftlichen“ Erwartungstheorie zusammenzuführen.

<sup>11</sup> *Keynes* (1932, insbes. S. 227 ff., 235, 244 ff.).

drücken wie „Stimmung“, „Vorliebe“, „Vertrauen“ oder „Antizipation“. In der „Allgemeinen Theorie“ (1936) hingegen ist er — auch begrifflich — allgegenwärtig<sup>12</sup>. Das Werk wird beherrscht von der Idee, in den Erwartungen *den Herd* wirtschaftlicher Unruhe zu vermuten. *Hicks* meinte spontan in seiner Rezension von 1936<sup>13</sup>, „it may be reckoned the first of Mr. Keynes' discoveries ...“, im Erwartungskonzept „the missing element“ der (dynamischen) Wirtschaftslehre gefunden und zur „general method of this book“ gemacht zu haben: „From the standpoint of pure theory, the use of the method of expectations is perhaps the most revolutionary thing about this book ...“ Das verdient hervorgehoben zu werden, da in den Modellen des sogenannten *Keynes*-Systems, wie sie die *Keynes*-Interpreten seitdem zahlreich konstruiert haben, *Keynes*' zentraler Gedanke einer durchgängigen Erwartungsorientiertheit wirtschaftlichen Handelns *aufgehoben* ist (in der doppelten Bedeutung des Wortes) in den Ceteris-Paribus-Bedingungen der jeweiligen Verhaltensfunktionen<sup>14</sup>. Die Erwartungen werden (wie andere institutionelle Faktoren) als autonome (exogene) Größen behandelt, deren Einfluß in den Funktionsparametern zur Geltung kommen soll. Er besteht — analytisch gesprochen — „nur noch‘ darin, Lage und Gestalt der Kurven mitzubestimmen. Ich bezweifle, ob diese Methodik voll der *Keynesschen* Vorstellung gerecht werden kann, alle wirtschaftlichen Entscheidungen (insbesondere über Produktion, Investitionen und Kassenhaltung) unmittelbar abhängig zu sehen von den auf eine unsichere Zukunft gerichteten Erwartungen der Wirtschaftssubjekte. Von *Keynes* 1937 in einem Brief an *Hicks* angedeutete Vorbehalte nähren meinen Zweifel<sup>15</sup>. Wie dem auch sei, tatsächlich setzten sich jene keynesianischen IS/LM-Modelle durch, die *gegebene* Erwartungen voraussetzen. Sie prägen auch heute noch das Bild, das die Literatur von

<sup>12</sup> *Keynes* (1936): Insbes. Chap. 5 „Expectation as Determining Output and Employment“ (S. 46 - 51), Chap. 11 „The Marginal Efficiency of Capital“ (S. 135 - 146), Chap. 12 „The State of Long-Term Expectation“ (S. 147 - 164), Chap. 15 „The Psychological and Business Incentives to Liquidity“ (S. 194 - 209), Chap. 22 „Notes on the Trade Cycle“ (S. 313 - 332); ferner S. 60, 94 f., 210, 237 f., 263 ff., 293 f., 298, 301 und passim. Wie *Keynes* (ebd., S. 37) schreibt, gehörte „the part played by expectation in economic analysis“ zu den „three perplexities which most impeded my progress in writing this book ...“.

<sup>13</sup> *Hicks* (1936, S. 240). Rückblickend erläuterte *Hicks* (1973, S. 8 f., Fn. 4) sein Diktum mit den Worten: „What I meant was the introduction of expectations as explicit variables in a formal ‘equilibrium’ theory.“

<sup>14</sup> Die Ausbildung dieser Tradition, die letztlich durch *Hicks*' (1937, insbes. S. 152 ff.) berühmte „suggested interpretation“ der „General Theory“ begründet wurde, ist besonders gut zu verfolgen bei *Timlin* (1942), Chap. III „The Role of Expectations in the Keynesian System“ (S. 26 - 37).

<sup>15</sup> Vgl. *Hicks* (1973, S. 9 f.), der jedoch (ebd., S. 10) den entgegengesetzten Schluß zieht: „I think I may conclude from this letter (as I have always done) that Keynes accepted the *SILL* diagram as a fair statement of his position—of the nucleus, that is, of his position.“ Im Sinne meines Vorbehaltes äußert sich *Moggridge* (1977, S. 133 - 135).

*Keynes'* Erwartungsansatz vermittelt. Auch *Leijonhufvuds* Versuch, den *Keynes* der Keynesianer wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, hat daran nicht viel geändert<sup>16</sup>. Eine ganz andere Frage ist es natürlich, ob *Keynes* (1936, S. VII) „the method of analysing the economic behaviour of the present under influence of changing ideas about the future“ wirklich konsequent durchgehalten hat und der für seine Analyse erhoffte Erfolg tatsächlich eingetreten ist. Auf diese Frage kann man sehr skeptisch antworten<sup>17</sup>; ich komme darauf zurück.

In dem Bestreben zu zeigen, daß es letztlich allein die Zukunfts-erwartungen sind, die Höhe und Veränderung der *Beschäftigung*, also die Sternvariable seines Modells (1936, S. 89), beeinflussen, entdeckt *Keynes* Erwartungseffekte in allen Bereichen wirtschaftlicher Aktivität<sup>18</sup>: Je nachdem, ob sie als Unternehmer oder Haushalte fungieren, würden die Wirtschaftssubjekte Einkommens(Lohn-, Zins-, Gewinn-)erwartungen, Absatz-, Kosten- und Erlöserwartungen, Konsumausgaben-, Spar- und andere Vermögenserwartungen bilden. Daneben gäbe es weitere Erwartungen, die sich beispielsweise auf die künftige Geldpolitik, die Änderung der Besteuerung oder die „stickiness“ der Geldlöhne beziehen. Regelmäßig schreibt *Keynes* diesen Erwartungen weitreichende wirtschaftliche Wirkungen zu<sup>19</sup>. In ihrer Systembedeutung herausgehoben finden sich zwei Erwartungseffekte<sup>20</sup>: Zum einen bezüglich der auf dem „Spekulationsmotiv“ basierenden „Liquiditäts-präferenz“, die als „Baisse-Stimmung“ („bearishness“) oder „Neigung zum Horten“ schon im „Treatise on Money“ vorgeprägt war<sup>21</sup>; zum anderen bezüglich jener Erwartungen, welche die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ (r) und damit wesentlich die Investitionsentscheidungen der Privaten determinieren. Soweit sich die Erwartungen infolge optimistischer und pessimistischer Stimmungen rhythmisch verändern,

<sup>16</sup> *Leijonhufvud* (1973, insbes. S. 236 f. und 288 f.).

<sup>17</sup> So z. B. *Leijonhufvud* (1973, S. 143): „Keynes' Theorie der Erwartungen war im besten Fall skizzenhaft, und er war sich dessen bewußt.“ Siehe auch ebd., S. 118. Oder *Chapmanowne* (1963/64, S. 192): „For although Keynes has so much to say about the effects of expectations about the future on present economic behavior, he seems to be not nearly so informative about the causation of these expectations.“

<sup>18</sup> Eine gute Übersicht gibt *Machinek* (1968, S. 93 ff.).

<sup>19</sup> Einzuchränken ist die Feststellung insoweit, als es Diskussionen darüber gegeben hat, ob und ggf. warum *Keynes* den *Einkommenserwartungen* keinen oder geringen Einfluß auf die Höhe der Konsumausgaben zugestand. Vgl. in diesem Zusammenhang z. B. *Seidenfus* (1956, S. 107, insbes. Fn. 34) und *Paulsen* (1958, S. 100 f.).

<sup>20</sup> Relativ umfassend werden beide Effekte — auch im Hinblick auf ihre (problematischen) erwartungstheoretischen Grundlagen — von *Schilcher* (1952, S. 140 - 161) erörtert.

<sup>21</sup> *Keynes* (1930, Vol. I, S. 142 und 144; siehe auch S. 250 ff.) bzw. *Keynes* (1932, S. XII - XIV und 116 - 119; siehe auch S. 203 ff.). Vgl. ferner *Keynes* (1936, S. 173) und *Hart* (1947, S. 415 f.).

würden sie über die r-Schwankungen auch die Konjunkturbewegung verursachen (1936, S. 143 f. und 313 ff.). Über die Erwartungswirkungen im *Keynesschen* System, ihre Kompatibilität und mikro- wie makroökonomische Bedeutung, haben die Volkswirte seit 1936 genug gestritten. Dies liegt jedoch weitgehend außerhalb einer Fragestellung, die sich hier auf die Erwartungsbildung konzentrieren will.

*Keynes* hat immer wieder eindrucksvoll die „*Ungewißheit der Zukunft*“ beschworen, mit der die Menschen stets zu rechnen hätten und auf die sie sich einzustellen suchten. Sie ist für ihn die eigentliche („tieferen“) Ursache der Erwartungsbildung und zugleich ihr Problem: Die Ungewißheit mache Erwartungen oft zu „changing views about the future“ (1936, S. VII). Nach seiner Überzeugung sind sie es vor allem, die jene „Verbindungen zwischen Gegenwart und Zukunft“ herstellen, um die sich die (dynamische) Wirtschaftstheorie intensiv zu kümmern habe<sup>22</sup>. Dabei müsse die Ökonomik beachten, daß nicht nur ‚echte‘ Erwartungen ausgeprägt werden, sondern häufig illusionäre, worauf noch genauer einzugehen sein wird. *Keynes* (1936, S. 46 ff.) unterscheidet ferner ausdrücklich zwischen *kurzfristigen* Erwartungen (bei gegebener Kapitalausstattung) und *langfristigen* (auch „psychologisch“ genannten) Erwartungen (bei variabler Kapitalausstattung). Letztere seien von entschieden größerer Bedeutung, da die Ungewißheit mit Ausdehnung des Zukunftshorizontes zunimmt (ebd., z. B. S. 46 f.).

Bei *Schumpeter* finden sich Hypothesen zur Erwartungsbildung hauptsächlich in seinen Theorien über die wirtschaftliche Entwicklung und über den Konjunkturzyklus. Im Unterschied zu *Keynes* sieht *Schumpeter* die Erwartungen *nicht* als das beherrschende Moment im Wirtschaftsprozeß an: „Die Ungewißheit über den künftigen Verlauf der Ereignisse läßt zweifelsohne viele Phänomene entstehen ...“, von denen die Erwartungen nur eines unter anderen (z. B. „ausgedehnte Angleichungsperioden“) seien (1939/61, S. 60 f.). Es könne auch nicht Aufgabe des Ökonomen sein, die wirkliche Vielfalt der Erwartungsbildung und ihrer Ursachen beschreiben zu wollen, „... obwohl wir allen Grund haben, das Fehlen zuverlässiger Tatsachenuntersuchungen über diesen Gegenstand zu beklagen ...“ (ebd., S. 61). Theoretisch sei nur das relevant, „was ins Gewicht fällt“, weshalb nicht „jedwede Art der Erwartung zugelassen“ werden dürfe (ebd., S. 62, s. auch 158 ff.). In den *statischen* Modellen der ‚reinen‘ Wirtschaftstheorie seien Erwartungen per definitionem ausgeschlossen, da in ihnen nicht wirtschaftliche Handlungen von Menschen, sondern funktionale Beziehungen zwischen

<sup>22</sup> Siehe dazu unbedingt *Champernowne* (1963/64), der *Keynes*‘ ‚Brückenschläge zwischen Gegenwart und Zukunft‘ systematisch beschreibt und kritisch beurteilt.

Güterquantitäten untersucht würden (1908, insbes. S. 28 ff.). Im Modell der „stationären Gesellschaft“ hingegen träten Routineerwartungen auf, deren Realisierung als weniger ungewiß gelten müsse, weil sie erfahrungsgemäß seltener enttäuscht würden (1939/61, S. 46). *Schumpeter* mißt diesem Tatbestand besondere Bedeutung bei, weil erst durch dessen Bewußtmachung richtig verständlich würde, warum es — im Modell der *dynamischen Wirtschaft* — z. B. den „Unternehmer überrascht . . ., daß das von ihm Erwartete nicht zutrifft“ (ebd., S. 46, insbes. Fn. 10). Solche enttäuschbaren Erwartungen kämen ins Spiel, „sobald wir bei der Analyse von einem Zustand des Ungleichgewichts ausgehen oder die Wirkungen von Störungen untersuchen, die mehr als isolierte Unterbrechungen der gewöhnlichen Routine sind. [Denn:] An diesem Punkt treten dann Erwartung und Antizipation auf, um das Vorhandensein unserer Gleichgewichtstendenz zu bedrohen“ (ebd., S. 60). Die Erwartung wirkt demnach als Störfaktor im Gleichgewichtsprozeß, was freilich insofern nicht immer so sein muß, „als sie in vielen Fällen die Bewegung zum Gleichgewicht hin und seine Erhaltung ganz wesentlich erleichtert, manchmal so stark, daß sie Ungleichgewichte verhindert . . .“ (ebd., S. 60). In jedem Fall bleibt festzuhalten, daß *Schumpeter* die Erwartungsbildung streng im Rahmen eines Gleichgewichtsmodells analysiert, das überdies — anders als bei *Keynes* — keine ökonomische Welt mit verwirrend schwankenden Erwartungen einzufangen sucht.

## 2. Träger der Erwartungsbildung

Träger der Erwartungsbildung sind bei *Keynes* Unternehmungen und Haushalte, jedoch auf recht unterschiedliche Weise. So gäbe es (1936, S. 46) „certain individuals or firms being specialised in the business of framing first type of expectation“ (kurzfristige Erwartung) „and others in the business of framing the second“ (langfristige Erwartung). Dazu zählten unbedingt die professionellen *Spekulanten* auf den organisierten Kapitalmärkten. Außerdem tummele sich auf diesen Märkten „a large number of ignorant individuals“, deren Erwartungsbildung den Gesetzen der „Massenpsychologie“ folge (ebd., S. 154). Die an diesen Wertpapierbörsen sich ausbildende, in der Kursentwicklung erkennbare „average expectation“ (ebd., S. 151) werde weitgehend von den real investierenden Unternehmern übernommen, die aus verschiedenen Gründen selbst kaum noch Ertragsabschätzungen vornähmen (ebd., S. 150 f. und S. 316, Fn. 1). Schließlich hat man das, was *Keynes* „representative“ oder „public opinion“ nennt (ebd., z. B. S. 203 f.), aber nie definiert, als Erwartungsträger in seinem System anzusehen.

In *Schumpeters* Analysen erscheinen eigentlich nur die Produzenten als Träger der Erwartungsbildung. Es sind einmal die „Schumpeter-

schen (dynamischen) Unternehmer“ und zum anderen die sie imitierenden „Wirte“. Die „Unternehmer“ arbeiten als „Träger des [ökonomischen] Veränderungsmechanismus“ (1926/31, S. 93, Fn. 3) die „Pläne für Innovationen aus, die mit verschiedenen (und in ihrer Vorstellung richtigen) Gewinnerwartungen verknüpft sind ...“ (1939/61, S. 139). In den „Imitatoren“ (1915, S. 31 f.) erkennt Schumpeter den „ordinary business man“ (Marshalls Ausdruck), den „Durchschnittsgeschäftsmann“ (1939/61, S. 150), der „seine Wirtschaft (betreibt), so gut er kann“ (1915, S. 117) und der „... nie, auch in schwierigen Lagen nicht, die Hoffnung verliert und immer glaubt, daß er ‚den Silberstreifen am Horizont‘ sieht ...“ (1939/61, S. 150). Dieser Typ sei vorwiegend in „Handel und Industrie“ anzutreffen, auf ihn habe sich das Augenmerk des Theoretikers besonders zu richten, denn die „Ereignisse an der Effektenbörsen und auf Spekulationsmärkten“ seien eher Randerscheinungen des ökonomischen Prozesses (ebd., S. 150, 161 und passim). Wohl als Seitenhieb auf Keynes deutbar, schreibt Schumpeter: „Es liegt eine Gefahr darin, von den wohlbekannten Tatsachen über die Börsen- und Bodenspekulation aus zu Verallgemeinerungen zu schreiten ...“ (ebd., S. 150); als Erwartungsträger mit gewissem Einfluß, etwa auf das Konjunkturgeschehen, läßt er auf diesen Märkten bestenfalls die „Eingeweihten“ gelten<sup>23</sup>.

### 3. Determinanten der Erwartungsbildung

Determinanten der Erwartungsbildung sind Keynes (1936, S. 147) zu folge sowohl „existing facts“ (er nennt z. B. den Kapitalbestand, die festgestellte Konsumgüternachfrage, aber auch geldpolitische Maßnahmen sowie das Ausmaß von Lohnsenkungen) als auch „future events“ (z. B. Änderungen im Verbrauchergeschmack, Preisniveaubewegungen, zukünftige Währungspolitik). Dabei haben aus bestimmten, noch zu erörternden Gründen bei den zukünftigen Ereignissen die der *nahen* Zukunft ein stärkeres Gewicht — auch bei der Bildung *langfristiger* Erwartungen (ebd., z. B. S. 164). Vergleicht man beide Einflußfaktoren, so dominieren sowohl bei der Formung kurzfristiger als auch langfristiger Erwartungen eindeutig die *aktuellen* Tatsachen der jeweiligen wirtschaftlichen Lage, denn: „It is reasonable, ... to be guided to a considerable degree by the facts about which we feel somewhat confident ...“ (ebd., S. 148, siehe auch S. 46 ff.). Keynes (ebd., S. 148) resü-

<sup>23</sup> Schumpeter (1939/61, S. 161). Die einflußreiche Erwartungsbildung dieses Personenkreises wurde von Keynes übrigens schon in „Vom Gelde“ (1932, S. 245) ausdrücklich erwähnt: Die Konjunkturwende „kann kommen durch einen Umschwung der Börsenstimmung, der dadurch hervorgerufen wird, daß einige Finanzleute, sei es aus Vorkenntnis oder aus Erfahrungen, die während früherer Krisen gesammelt wurden, etwas weiter sehen als die Geschäfts- und Bankwelt“.

miert: „... our usual practice being to take the existing situation and to project it into the future, modified only to the extent that we have more or less definite reasons for expecting a change.“ Einen besonderen Platz als Erwartungsdeterminanten nehmen im *Keynesschen* System bestimmte den Wirtschaftssubjekten vorschwebende *Grenz- und Schwellenwerte* ein (Löhne auf dem Tiefpunkt, Zinsen/Kurse auf dem Tiefst-, Höchst- oder Normalstand), insbesondere dann, wenn sich die relevanten ökonomischen Variablen solchen Werten nähern oder diese als erreicht angesehen werden (ebd., z. B. S. 207 f.). „Liquiditätsfalle“ und „Lohnrigidität“ sind die Stichworte für zwei besonders prominente Fälle. Des weiteren geht *Keynes* auf die Frage ein, inwiefern *vergangene* Erwartungen Einfluß auf die *heutige* Erwartungsbildung gewinnen können<sup>24</sup>. Besonders berücksichtigt er, daß Erwartungen über Erwartungen gebildet werden. Auf diese Weise können sich zum Beispiel in den Erlöserwartungen der Produzenten von Kapitalgütern langfristige Erwartungen ihrer Kunden niederschlagen (1936, S. 47 ff.). Vor allem geschieht dies aber an der Börse, wenn professionelle Börsianer in einem „Wettkampf der Gerissenheit“ die Erwartungen der anderen Spekulanten abzuschätzen versuchen, um wiederum ihre eigene Erwartungsbildung daran zu orientieren (ebd., S. 154 ff.), mit der Konsequenz: „We have reached the third degree where we devote our intelligences to anticipating what average opinion expects the average opinion to be. And there are some, I believe, who practise the fourth, fifth and higher degrees“ (ebd., S. 156).

Bei *Schumpeter* ergeben sich die Determinanten der Erwartungsbildung für den ‚Wirt‘ „aus den Tatsachen der täglichen Erfahrung“, während sie der ‚Unternehmer‘ bei seinen *Innovationsentscheidungen* „ganz aus der Schätzung“ ableiten muß (1939/61, S. 108). Welche Einflußgrößen dabei konkret in Frage kommen, hängt für *Schumpeter* davon ab, ob man den „primären Prozeß“, d. h. den „wirtschaftlichen Grundvorgang“ (z. B. der Konjunktur) oder den nur „akzessorischen Sekundärvorgang“ betrachtet, der „fördernd, formend, aber nicht notwendig“ ist (1915, S. 8 ff., insbes. S. 16, Fn. 4, und S. 17; 1939/61, S. 155). Im Fall des ersten Vorgangs regieren allein die „Daten des wirtschaftlichen Kalküls“<sup>25</sup>, letztlich Preise und Mengen; im Fall des zweiten wird die Erwartungsbildung auch beeinflußt von „außerökonomischen“ Faktoren,

<sup>24</sup> *Keynes* (1936, S. 47 ff. und 203). Die Berücksichtigung der „past experience“ im *Keynes*-Modell ist bekanntlich von *Leijonhufvud* (1973, S. 277 f.) besonders untersucht und mit der folgenreichen Schlußfolgerung verknüpft worden, daß das Modell eine Informationshypothese impliziere, die nicht verträglich sei mit dem walrasianischen Gleichgewichtsmodell geräumter Märkte.

<sup>25</sup> *Schumpeter* (1915, S. 19). Einschränkend gilt (ebd.): Bei raschen Innovationswellen „muß die Sicherheit der Wirtschaftspläne und die Verlässlichkeit der jeweils erfahrungsgemäß ungefähr bekannten Daten leiden“.

nämlich „politischen Momenten“, „Zufällen wie gute oder schlechte Ernten“, „Irrtümern“, „Stimmungen“, „Panik“ oder „Hysterie“ (1915, S. 10 und 16 ff.). Diese Faktoren seien jedoch keinesfalls die Ursachen der Konjunktur oder der wirtschaftlichen Entwicklung, sie seien vielmehr Folgeerscheinungen solcher ökonomischen Grundprozesse (müssen also ihrerseits auf ökonomische Größen rückführbar sein). Als Verursachungsfaktoren wirken sie — wenn überhaupt, und dann nur „für kurze Zeit“ — im Prozeßverlauf (1939/61, S. 150 und 158). Als Fazit müsse gelten: „Eine Erwartung, die nicht durch die objektiven Tatsachen bedingt war, hat nie mehr als kurzlebige Auftriebe und Rückschläge hervorgebracht“ (ebd., S. 158). Ergo: Die Wirtschaftstheorie könne sie insoweit vernachlässigen! Gleichermaßen gelte bezüglich der Erwartungen *über* Erwartungen (über Erwartungen usw.), also für jenes Determinationsproblem, das Keynes so sehr beschäftigt hat. Für Schumpeter endet es in einer „Paradoxie“, die uns jedoch „nicht zu beunruhigen braucht“, solange die Menschen „unterschiedlich zur Voraussicht begabt sind“ (ebd., S. 60, Fn. 24).

#### 4. Ablauf der Erwartungsbildung

Am bemerkenswertesten und zugleich umstrittensten sind Keynes' Hypothesen zum Ablauf der Erwartungsbildung. Zunächst dürfte für ihn festgestanden haben, daß Erwartungen *diskontinuierlich* gebildet werden (1936, z. B. S. 198 und 204). Die einmal geformte Erwartung werde durchgehalten, solange ‚wesentliche‘ Veränderungen der Einflußgrößen (z. B. das Erreichen von Schwellenwerten) entweder nicht stattfinden oder nicht erwartet werden. Bei der Beurteilung solcher erwarteten Änderungen ist nicht allein die wahrscheinlichste Voraussage maßgebend. „It also depends on the *confidence* with which we make this forecast—on how highly we rate the likelihood of our best forecast turning out quite wrong. If we expect large changes but are very uncertain as to what precise form these changes will take, then our confidence will be weak.—The *state of confidence*, as they term it, is a matter to which practical men always pay the closest and most anxious attention“ (ebd., S. 148). Diese Form der Erwartungsbildung hielt Keynes für weit verbreitet: Die Gegenwart werde einfach in die Zukunft projiziert, solange keine spürbaren Änderungen der Bestimmungsfaktoren zu erwarten sind. Sie sei an den Wertpapierbörsen sogar institutionalisiert durch eine entsprechende Konvention, an die sich die Marktteilnehmer stillschweigend halten: „*conventional judgement*“ (ebd., S. 152 ff.). Die Eigenschaft der Erwartungen, relativ unelastisch zu sein, werde ferner durch die Neigung der Wirtschaftssubjekte begünstigt, ‚Normalvorstellungen‘ zu entwickeln, in dem Sinne z. B., „what is considered a fairly safe level“ des langfristigen Zinssatzes

(ebd., S. 201 und 203 f.). Solche ‚Normalvorstellungen‘ seien zudem recht stabil. Keynes begründet dies auch damit, daß „allgemein gehegte Erwartungen (dazu) tendieren ..., verwirklicht zu werden, einfach weil die Verhaltensweise, die von den Erwartungen bestimmt wird, die künftigen Daten mit bildet.“<sup>26</sup> Mit dieser Hypothese einer „self-fulfilling prophecy“ (Robert K. Merton), auch als „Gesetz sich selbst rechtfertigender Erwartungen“ geläufig, wird in der Nationalökonomie seit alters her gern argumentiert<sup>27</sup>. — Was die Kommunikation zwischen den Erwartungsträgern anlangt, sei — wie oben bereits erwähnt — die Orientierung an anderen (repräsentativen, öffentlichen) Meinungen gang und gäbe. Hinsichtlich der *Informationsverarbeitung* trennt Keynes den Fall, in welchem „the change in the news affects the judgement and the requirements of everyone in precisely the same way“ von jenem Fall, in dem „the change in the news is differently interpreted by different individuals ...“ (1936, S. 198). — Endlich fällt auf, daß Keynes (nicht nur methodisch) anscheinend zwei Prozesse der Erwartungsbildung unterscheidet: den „normalen“ und den „anormalen“. Eine „normal basis of expectation“ (ebd., S. 264) bestehe, wenn „normal economic motives“ und zuverlässige Voraussicht vorhanden sind (ebd., S. 293). Durch „abnormal or revolutionary circumstances“ (ebd., S. 91), die ‚Stimmungen‘ wie ‚politisches Mißtrauen‘ oder ‚allgemeine Unzufriedenheit‘ erzeugten und den ‚Teufelskreis von Optimismus und Pessimismus‘ in Gang brächten (ebd., S. 263 f.), würden die „normalen“ Erwartungswerte verzerrt, weil die Erwartungsbasis unsicherer werde. Dieser Gedanke ist integraler Bestandteil der Keynesischen Konjunkturerklärung (ebd., S. 313 ff.).

Im Hinblick auf den Ablauf der Erwartungsbildung trifft Schumpeter (mit Vorbehalten) die Unterscheidung zwischen „richtigen“ und „unrichtigen“ Erwartungen (1939/61, S. 62), die dem Keyneschen Begriffs-paar „normale/anormale Erwartungen“ methodisch ähnelt. „Richtige“ Erwartungen würden sich in einem „sich selbst überlassenen Wirtschaftsprozeß“ bilden, der „frei von jenen Momenten, die man als ‚Störungsursachen‘ zu bezeichnen pflegt, vor sich ginge“ (1915, S. 6). „Unrichtige“ Erwartungen und damit „falsches Verhalten“ kommen vor,

<sup>26</sup> Paulsen (1958, S. 138). Zum Beispiel bei Keynes (1936, S. 203): „Any level of interest which is accepted with sufficient conviction as likely to be durable will be durable ...“ Siehe in diesem Zusammenhang auch Paulsen (1958, S. 217 f.).

<sup>27</sup> Siehe beispielsweise Marshall (1920, S. 592), der mittels dieses Prinzips zeigt, wie man Depressionsarbeitslosigkeit kurieren kann: „Confidence by growing would cause itself to grow ...“ Oder — ebenfalls in konjunktur-theoretischem Kontext — Marshall (1923, S. 250): „As credit by growing makes itself grow, so when distrust has taken the place of confidence, failure and panic breed panic and failure.“ Auch heutzutage nimmt das Merton-Prinzip, besonders in der Konjunkturlehre, einen kaum in Frage gestellten Stammpunkt ein; vgl. z. B. Zinn (1977, S. 77).

wenn „Wesenheiten wie ‚Optimismus‘, ‚Pessimismus‘, ‚Sparinstinkt‘“, „spekulative Antizipation“, „Schwindel“ oder sonstige „Irrtümer“ den ökonomischen Grundprozeß stören (ebd., insbes. S. 7, 15, 20; 1939/61, S. 85 und 149). In der Problemerfassung berühren sich hier sicher die Ansichten beider Autoren, nicht jedoch in der Problemlösung. Sie ziehen entgegengesetzte Schlußfolgerungen, wobei sich beide auf eigene Beobachtungen der Wirtschaft berufen<sup>28</sup>. Während *Keynes* den Störfaktoren *dauerhaften ökonomischen Einfluß* zuschreibt, sieht *Schumpeter* ihr Wirken als für die Volkswirtschaft nebensächliches und vor allem *vorübergehendes* Problem an. Die Bedeutung dieser Einflüsse würde „wahrscheinlich weit übertrieben“; allein schon wegen der „Bedingungen für kaufmännischen Erfolg, einschließlich des tatsächlichen und möglichen Wettbewerbs“ (1939/61, S. 149, Fn. 7), seien sie wohl nur Ausnahmeherrscheinungen<sup>29</sup>. Und wo sie auftreten, sei ihre Wirkung zeitlich begrenzt, denn die *Schumpeterschen* Wirtschaftssubjekte sind nicht nur lernwillig, sondern auch ausgesprochen lernfähig: Das Fehlverhalten verschwindet „mit der Zunahme wirtschaftlicher Einsicht und der Ausbildung einer besonderen Technik der Behandlung solcher Fälle“ (1915, S. 23). *Schumpeter* nähert sich hiermit sehr *Marshalls* Vorstellung vom „deliberate rational conduct“, das nicht nur wünschbar, sondern auch erreichbar ist<sup>30</sup>. — Die *Keynessche* Erwartungsbildungshypothese von der Verlängerung der Gegenwart in die Zukunft wird von *Schumpeter* besonders für den „Sekundärprozeß“ akzentuiert. Wenn nach einer Innovation eine neue (bessere) Wirtschaftslage entstanden sei, würden, so führt er aus, „viele Menschen ... im Hinblick auf diese Lage ‚spekulieren‘ und dabei „... von der Voraussetzung ausgehen, daß die von ihnen beobachteten Veränderungsraten sich unbeschränkt fortsetzen werden“ (1939/61, S. 154). — Offenbar auch mit Seitenblick auf *Keynes* kritisiert *Schumpeter* anhand des ‚Schweinezyklus‘ „den allgemeinen, häufig leichtsinnig formulierten Satz, daß Erwartungen die Tendenz haben, sich selbst zu verwirklichen ...“ (ebd., S. 62). *Schumpeter* (ebd., S. 60) macht klar, daß es entscheidend von der „zeitlichen Reichweite der Erwartungen“ abhänge, ob sich — in der Ausdrucksweise von *Merton* — eine Erwartung als „self-fulfilling“ oder „self-destroying prophecy“ erweist<sup>31</sup>.

<sup>28</sup> *Keynes* (1936, insbes. S. 316 f.); *Schumpeter* (1939/61, insbes. S. 149 f.).

<sup>29</sup> *Schumpeter* (1939/61, S. 150): Verglichen mit „Börsen- und Bodenspekulation“ seien „Industrie und Handel viel weniger Stimmungen unterworfen“, so daß „Wellen von Optimismus und Pessimismus nicht so augenfällige Realitäten sind, wie sie den Beobachtern erscheinen, die nach extremen Fällen urteilen.“

<sup>30</sup> *Marshall* (1920, insbes. S. 17 ff.). Siehe auch *Brachthäuser* (1963, S. 74 ff.).

<sup>31</sup> Siehe zur Geschichte und Problematik dieses Konzeptes *Merton* (1936) und (1957, S. 421 - 436; ins Deutsche übersetzt unter der Überschrift „Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen“ in: *Logik der Sozialwissen-*

### III. Beurteilung der Beiträge zur Theorie der Erwartungsbildung

*Schumpeter* war einer der ersten, der *Keynes' „General Theory“* gleich nach ihrem Erscheinen rezensiert hat. Er tadelte damals besonders, daß in dieser Theorie die Erwartungen letztlich doch „independent variables and ultimate determinants of economic action“ geblieben seien (1936, S. 793, Fn. 3). Dieser Vorwurf, *Keynes* habe trotz aller „verbalen Dynamik“ die Erwartungsbildung nicht erklärt, ist in der Literatur oft wiederholt worden<sup>32</sup>. Solange in ökonomischen Theorien Erwartungen als vorgegebene Determinanten (Daten), mithin als „deus ex machina“ erscheinen, nichts aber darüber gesagt werde, „weshalb die Menschen erwarten, was sie erwarten . . . , gehören sie zur Klasse der Pseudo-Erklärungen, über die sich schon Molière lustig machte“, lautet *Schumpeters* strenges und gern bemühtes Urteil (1939/61, S. 149 f.; siehe auch 1936, S. 793, Fn. 3). Soweit er selbst — und das ja nur gelegentlich — die Erwartung als erklärende Variable einsetzte, tat er es wohl stets mit der Überzeugung, dabei seinem hohen methodischen Anspruch selbst genügt zu haben.

Bleibt festzuhalten: Für jeden Versuch, ökonomische Erwartungen als Erklärungsinstrument zu benutzen, wäre somit der Nachweis zu führen, ob und ggf. wie die Erwartungsbildung im Kontext der jeweils vorgelegten Theorie endogenisiert werden kann. Zu welch widersprüchlichen Beurteilungen man gelangen kann, belegt die Literatur. So wird das angebliche Scheitern des *Keynesschen* Versuches mit diametral entgegengesetzten Argumenten begründet: Einmal damit, *Keynes* habe unnötigerweise bzw. zu viel, das andere Mal damit, er habe nur scheinbar bzw. zu wenig auf die Psychologie zurückgegriffen. Dabei wird für beide Argumentationen pikanterweise Rückhalt bei *Schumpeter* gesucht. Meines Erachtens beruhen solche „verkehrten Fronten“ in der wissenschaftlichen Diskussion nicht nur darauf, daß die Erwartungsbildungshypothesen von *Schumpeter* und *Keynes* zum Teil angreifbar sind, sondern auch darauf, daß sie ungenau und lückenhaft rezipiert wurden. Die Stoßrichtung meiner Analyse soll überspitzt zum Ausdruck kommen in vier Thesen, die ich anschließend zu entwickeln und zu verknüpfen versuche:

---

schaften, hrsg. von Ernst Topitsch, 3. Aufl., Köln und Berlin 1966, S. 144 – 161). Auch professionelle Methodologen beurteilten das Prinzip ähnlich skeptisch wie damals *Schumpeter*. So schreibt Topitsch (1966, S. 328): „Jedenfalls aber ist das Problem der Eigendynamik soziologischer Theorien und Prognosen noch lange nicht genügend untersucht und durchdacht.“

<sup>32</sup> Siehe den Bericht von Machinek (1968, S. 111 ff.). So stellt z. B. Arndt (1952, S. 137) bezüglich *Keynes'* Gleichgewichtsökonomik fest: „Seine Theorie ist, auch wenn sie die lebendige Wirtschaft zu erklären sucht, insofern eine statische geblieben.“ Vgl. auch Haberler (1948, S. 241 f.).

- Mit *Schumpeter* sind schwerwiegende Bedenken zu erheben gegen eine strikt ‚verhaltenswissenschaftliche‘ Theorie der ökonomischen Erwartungen.
- Weder *Schumpeter* noch *Keynes* ist eine wirtschaftstheoretisch überzeugende Endogenisierung der Erwartungsbildung gelungen.
- Die psychologie-wissenschaftlichen Grundlagen der *Keynesschen* Erwartungstheorie sind weitgehend verkannt worden.
- Einzelne Überlegungen von *Schumpeter* und *Keynes* zur Erwartungsbildung verdienen es, als richtungweisend für die weitere Forschung bewahrt zu werden.

### 1. Zur Problematik einer verhaltenswissenschaftlichen Theorie der ökonomischen Erwartungen

Am Ende seines großen Jugendwerkes (1908), mit dem *Schumpeter* „Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie“ festschreiben wollte, verheißt er dem Fach eine glänzende Zukunft<sup>33</sup>. Nachdem die Ableitung der „reinen Wirtschaftslogik“ die *statischen* Fundamente des Gebäudes gelegt habe, könne es nun vollendet werden durch Inangriffnahme und Lösung der *dynamischen* Wirtschaftsprobleme<sup>34</sup>. *Schumpeter* schien damals lediglich besorgt zu sein, die Freude an dieser Arbeit könne voreilig verdorben werden. Beschwörend schrieb er: „Vor allem verschone man uns mit der Wohltat, uns *a priori* unsere ‚Wege zu weisen‘ oder Wesen und Methoden der Dynamik vorzuschreiben“ (1908, S. 615). Der Weg, den er selbst schon bald darauf in seiner erstmals 1911 erschienenen „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ wies und beschritt, führte — wie jeder weiß — zu jenem Unternehmertyp, der spontan „neue Faktorkombinationen (Innovationen)“ durchsetzt und damit Richtung und Rhythmus der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Dabei seien alle notwendigen Bewegungsfaktoren (unter ihnen die Erwartungen) als Variablen dieses Prozesses zu begreifen (1926/31, insbes. S. 88 – 99).

---

<sup>33</sup> *Schumpeter* (1908, S. 614 ff.). Von diesem Optimismus sind auch seine späteren Schriften angesteckt. Vgl. nur *Schumpeter* (1931/82) und (1949).

<sup>34</sup> Verwandte ‚Visionen‘ über den wirtschaftswissenschaftlichen Fortschritt von der Statistik zur Dynamik finden sich schon bei *Marshall* (1898), der sie damit in Verbindung brachte, daß in der Ökonomik „mechanische“ durch „biologische Analogien“ verdrängt werden müssen. Ähnliches liest man — zum Teil mit Bezug auf *Marshall* — wiederum bei *Schumpeter* (1908, S. 621) und (1965 b, S. 962 f.). Auf diesen Zusammenhang machte in der Diskussion Harald *Scherf* besonders aufmerksam. Siehe auch *Thoben* (1982). Zur These eines möglicherweise zyklischen Erscheinens solcher Leitbilder (und damit nicht-kumulativen Erkenntnisfortschritts) in der Wirtschaftswissenschaft siehe *Rieter* (1983).

*Schumpeters* Postulat, die Erwartungen nicht als Daten, sondern als endogene Variablen zu behandeln, hat nahezu ungeteilten Beifall in der Literatur gefunden. Der Applaus kommt jedoch von der falschen Seite, wenn *Schumpeters* Forderung so gedeutet wird, daß über diese Variablen „mit Hilfe von Ergebnissen der Verhaltensforschung nähere Aufschlüsse gewonnen werden können“<sup>35</sup>. Dies hieße, seine *methodologische* Position völlig zu verkennen.

Viele der Argumente, die heute noch (oder heute wieder) gegen eine sozialwissenschaftliche Integration im allgemeinen oder eine verhaltenswissenschaftliche Orientierung der Wirtschaftswissenschaft im besonderen ins Feld geführt werden<sup>36</sup>, können sich uneingeschränkt auf *Schumpeter* berufen. Für ihn war das „Ideal“ längst widerlegt, daß eine „systematische Sammlung des empirischen Materials aller Art ... zu einer die volle Wirklichkeit erfassenden theoretischen Sozialwissenschaft führe“ (1914/52, S. 549). Vielmehr sei das „soziale Geschehen ... eine einheitliche Erscheinung. Aus seinem großen Strom hebt die ordnende Hand des Forschers die wirtschaftlichen Tatsachen gewaltsam heraus.“<sup>37</sup> Eine ökonomische Theorie der Erwartungen hat somit „nicht jedwede Erwartung“, sondern nur solche, „die wir wirklich beobachten“, zu berücksichtigen und dies wiederum in der Weise, daß „wir sie richtig mit den Wirtschaftslagen verknüpfen, aus denen sie hervorgehen“<sup>38</sup>. Damit sind die Erwartungen endogenisiert, aber in dem betont eingeschränkten Sinne, nun *wirtschaftsendogen* erklärbar zu sein! — Andere als wirtschaftliche, etwa juristische, psychologische oder soziologische Aspekte haben so gesehen keinen Platz in diesem Erklärungszusammenhang. Gegen eine derartige Problemverengung ist schon immer der Einwand erhoben worden, die Wirtschaftstheorie bliebe dadurch zugunsten der Ableitung exakter Ergebnisse *realitätsfern*. Ihr Mangel an Erklärungskraft müsse und könne jedoch durch Rück-

<sup>35</sup> So *Machinek* (1968, S. 190) in der Zusammenfassung seines Literaturberichtes. Siehe auch *ebd.*, S. 126 f.

<sup>36</sup> Neuerdings auch verstärkt in der Betriebswirtschaftslehre, insbes. gegenüber verhaltenswissenschaftlichen Ansätzen in der Marketing- und Organisationslehre. Vgl. *Schneider* (1981, S. 27 ff. und *passim*) und (1983) sowie *Elschen* (1982).

<sup>37</sup> *Schumpeter* (1926/31, S. 1, Hervorhebung durch mich). Mit diesen Sätzen beginnt *Schumpeter* seine Abhandlung!

<sup>38</sup> *Schumpeter* (1939/61, S. 62, Hervorhebung durch mich) räsoniert hier ganz im Sinne von *Lundberg* (1937, S. 175), der noch apodiktischer schrieb: „It is sensible to link actions with expectations, only if the latter can be explained on the basis of past and present economic events. Total lack of correlation here would mean the complete liquidation of economics as a science ... In every process of economic reasoning we therefore have to make certain assumptions, often not specified, concerning the relations between expectations on the one hand and current or past prices, profits, etc., on the other.“

griff auf multidisziplinäre Ansätze behoben werden, weil — wie es *Schmölders* pointiert ausgedrückt hat — „Wirtschaften menschliches Handeln, menschliches Handeln aber keineswegs nur das Wirtschaften ist“<sup>39</sup>. Mit Hilfe dieser Ansätze gelange man dann zu einer vertieften Ursachenerklärung der wirtschaftlichen Wirklichkeit. *Schumpeter* hat diese Ansicht immer wieder als methodologisch falsch zurückgewiesen<sup>40</sup>: Erfahrungswissenschaftliche Theorien seien reine „Forschungsinstrumente“, und als solche seien sie „konstruierte Schemata“ der Wirklichkeit. Dies gilt auch hinsichtlich der im ökonomischen Bereich so wichtigen Trennung von ‚Wirkursachen‘ und ‚Prozeßbedingungen‘<sup>41</sup>. Über die ‚Wirklichkeit‘ kann nur in Theorien gedacht und gesprochen werden. „Der Name ist nicht die benannte Sache“<sup>42</sup> — auf diesen Punkt lässt sich ein Realitätsverständnis bringen, das inzwischen auch in den Naturwissenschaften zunehmend akzeptiert wird<sup>43</sup>. Die „benannte Sache“, die Wirklichkeit selbst, kann mithin auch keinen Maßstab für die Realitätsnähe oder -ferne theoretischer Aussagen liefern, weshalb nicht per se die Berücksichtigung weiterer Konstrukte über das menschliche Verhalten eine Vermehrung des Erklärungsgehaltes bewirkt. Ob eine ‚Annäherung an die Wirklichkeit‘ erfolgt, ist nur mit Hilfe von *Übernahmekriterien* zu beurteilen, die ihrerseits — wiederum auf der Grundlage methodologischer Vor-Entscheidungen — in Metatheorien expliziert sein müssen<sup>44</sup>. Ebenso wie das Phänomen der Erwartung — nach dem zitierten Wort *Schumpeters* — nichts taugt als „deus ex machina“ im wirtschaftswissenschaftlichen Erklärungsgang, so können

<sup>39</sup> *Schmölders* (1956, S. 19). Extrem in diesem Sinne auch *Haberler* (1948, S. 141): „Jede wirtschaftliche Tatsache hat einen psychologischen Aspekt. Das Erkenntnisobjekt der Wirtschaftswissenschaft ist das menschliche Verhalten ... Die Psychologie des menschlichen Verhaltens ist deshalb ein Bestandteil der Nationalökonomie.“

<sup>40</sup> Vgl. nur *Schumpeter* (1906/52, bes. S. 531 f.), (1908, II. Kap., insbes. § 5), (1914/52) und (1965 b, S. 1383 f. u. 1386 f.). Dahinter steht eine, von *Schumpeter* auch für die Ökonomie als allein fruchtbar erachtete, Wissenschaftsphilosophie, die an den Forschungszielen und -methoden der sog. exakten Naturwissenschaften ausgerichtet ist (1949, S. 348 ff.). Weite Bereiche von Soziologie, Psychologie, Anthropologie und Biologie scheiden hingegen, so verstehe ich ihn, schon deshalb als Referenzsysteme der Wirtschaftswissenschaft aus, weil sie „... so vitiated by ideological bias“ seien (ebd., S. 358).

<sup>41</sup> Siehe z. B. *Stegmüller* (1969, S. 435).

<sup>42</sup> *Bateson* (1982, S. 40 ff.). Siehe auch *Putnam* (1975).

<sup>43</sup> Eine knappe und präzise Darstellung der gewandelten Auffassung von der ‚Wirklichkeit‘ bietet der Philosoph Walter *Schulz* (1982). Unter Berufung auf *Heisenberg* hebt er (ebd., S. 1042) für die Natur- wie für die Geisteswissenschaften hervor, „daß unter Wirklichkeit hier nicht die gegenständliche Welt zu verstehen sei, sondern daß mit dem Wort Wirklichkeit die Gesamtheit der Zusammenhänge bezeichnet wird, die sich zwischen dem formenden Denken und der Welt als seinem objektivierbaren Inhalt ausspannen“.

<sup>44</sup> Siehe zur Veranschaulichung *Elschen* (1982), der die methodologische Problematik „einer Erkenntnisübernahme am Beispiel des Risikoverhaltens bei Gruppenentscheidungen“ nach allen Seiten hin erörtert.

in diesem auch nicht Methoden oder Forschungsergebnisse anderer Wissenschaften (auch wenn es die der anthropologischen Nachbardisziplinen sind) als „Götter von oben“ erscheinen und einfach deshalb reichen Segen spenden, weil in „ihrem Himmel“ an sie geglaubt wird<sup>45</sup>. Insoweit sollte man sich — mit Fritz Neumark<sup>46</sup> — „ein nicht geringes Mißtrauen gegen die Verhaltensforschung“ bewahren.

## **2. Exogenisierung oder Endogenisierung der Erwartungsbildung?**

Dem *Wirtschaftstheoretiker Schumpeter* ging es in erster Linie darum, schlüssig nachzuweisen, daß die „Prinzipien der Isolierung und Abstraktion per se, wie die ‚Klassiker‘ sie anwandten, um das *Gebiet reiner ökonomischer Forschung herauszumeißeln*“ (1965 a, S. 658), auch bei einer *dynamischen* Wirtschaftsbetrachtung zu gelten haben. Die „Entwicklung der Volkswirtschaft“ muß als ein „bis in sein innerstes Wesen *wirtschaftlich zu erklärendes Phänomen*“ erfaßt werden (1926/31, S. 96); Gegenstand dieser Entwicklungstheorie können mithin „nur solche Veränderungen des Kreislaufs des Wirtschaftslebens“ sein, „die die Wirtschaft aus sich selbst heraus zeugt ...“ (ebd., S. 95). *Schumpeters* Versuch, eine dynamische Theorie dieses Zuschnitts zu entwickeln, ist meines Erachtens jedoch gescheitert, was in Anbetracht seines überaus klaren Verständnisses der „theoretischen Methode“ verwundern muß. Auch ihm gelang es nicht immer, die jeweils für notwendig erachteten Variablen einwandfrei zu endogenisieren. Anhand seiner Erwartungshypothesen ist dies gut zu demonstrieren:

(a) Die Abgrenzung dessen, was *Schumpeter* den „Grundvorgang“, also das „Wirtschaftliche“ nannte, und dessen, was „in ihm wesentlich ist“ (1915, S. 6), ist alles in allem uneindeutig geblieben. Insofern ist auch seine Unterteilung der Erwartungen in „richtige“ und „unrichtige“ unbrauchbar. Die terminologische Verschwommenheit röhrt zunächst daher, daß sich für *Schumpeter* einmal das Arbeitsfeld des Ökonomen einfach „aus der instinktiven Kenntnis der Grundtatsachen des Wirtschaftslebens“ ergibt (1924, S. 124), während er zum anderen meint, die Abgrenzung zwischen den (benachbarten) Wissenschaften müsse selbst Gegenstand eines Forschungsprozesses werden, der gleichsam nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum am Ende zu einer allgemein anerkannten Arbeitsteilung zwischen den Disziplinen führe, um dann — so stellt es sich *Schumpeter* wohl vor — echte *interdisziplinäre* Ansätze zu er-

<sup>45</sup> Hinsichtlich der Erwartungsbildung ist dieses Problem von besonderem Gewicht, da gerade in deren Analyse vielseitig versucht worden ist, sozialwissenschaftliche (insbesondere lernpsychologische) Erkenntnisse zu übertragen. Siehe z. B. die Übersicht bei *Machinek* (1968, 5. Kapitel). Zur kritischen Einschätzung solcher Versuche siehe auch *Rieter* (1975, S. 180 ff.).

<sup>46</sup> *Neumark* (1975, S. 205).

lauben (1908, S. XIII f.; 1914/52, insbes. S. 552). Schon um diese Grenzziehung von Zeit zu Zeit überprüfen zu können, müsse man die „Entwicklungen in ‚Nachbargebieten‘ wenigstens in großen Zügen verfolgen“ (1965 a, S. 59). Seine rationalistische ‚Abgrenzungstheorie‘ gewann jedoch nie eindeutige Konturen. Insbesondere blieb die Rolle, die darin der Psychologie zugeschrieben wird, reichlich schillernd. *Einerseits* stößt man auf (nicht widerspruchsfreie) positive Voten: So sieht Schumpeter in der Psychologie „tatsächlich die Grundlage, von der jede Sozialwissenschaft ausgehen muß und in deren Begriffen sich alle grundlegenden Erklärungen bewegen müssen“ (ebd., S. 60; siehe auch 1924, S. 26). Dann räumt er sogar ein, daß „... es Probleme in der Wirtschaftsanalyse (gibt), die man besser mit den Methoden der Fachpsychologen in Angriff nehmen sollte“ (1965 a, S. 60). Und jedenfalls sei es aus „didaktischen und heuristischen“ Gründen nützlich, durch „allgemein-verständliche psychologische Erläuterungen“ ökonomische Aussagen „zu illustrieren“<sup>47</sup>. *Andererseits* will er die Wirtschaftswissenschaft von fachpsychologischen Methoden und Theorien völlig freihalten (vgl. z. B. 1908, S. 26, 111 f.; 1939/61, S. 150, Fn. 8). Er selbst empfand es als „abgeschmackte Phrase“, ihm als Wirtschaftswissenschaftler psychologisches Denken zu unterstellen (1926/31, S. 131 f., Fn. 24). Dies hinderte ihn aber nicht daran, im Hinblick auf die Erwartungsbildung wiederum scharf in der Weise zu differenzieren, „daß das hier vorgelegte analytische Schema keine psychologische Theorie in diesem Sinne ist, obwohl das Verhalten des Unternehmers einer Beschreibung in psychologischen Begriffen zugänglich ist“ (1939/61, S. 150, Fn. 8). Es überrascht in der Tat: Der so methodenbewußte Schumpeter scheint hierbei zu übersehen, daß bereits terminologische Anleihen *theoretische* Konterbande einschleusen<sup>48</sup>. Dies vermehrt noch die Konfusion, die seine Anläufe, das Verhältnis zwischen Wirtschaftslehre und Psychologie zu bestimmen, erzeugt haben.

(b) Analytisch betrachtet sind die Schumpeterschen Ansätze zur Konjunktur- resp. Entwicklungstheorie als *Gleichgewichtsmodelle* konzipiert. *Konjunkturschwankungen* sind durch wirtschaftsendogene Störungen ausgelöste zyklische Bewegungen (Anpassungsvorgänge) der Kreislaufgrößen zwischen verschiedenen Gleichgewichtslagen (1926/31, S. 99; 1939/61, S. 75 ff.). *Wirtschaftliche Entwicklung* besteht hingegen in „spontanen [„der Wirtschaft entspringend!“] und diskontinuierlichen Veränderungen der Bahnen des Kreislaufes und Verschiebungen

<sup>47</sup> Schumpeter (1925, S. 189), (1926/31, S. 131 f., Fn. 24), (1939/61, S. 108 f., Fn. 34).

<sup>48</sup> Auch die gegenwärtige Erwartungstheorie begeht solche ‚Sünden‘. Vielfach operiert sie im ökonomischen Erklärungszusammenhang bedenkenlos mit psychologischen Konstrukten wie „Lernprozeß“ oder „Lerntheorien“. Vgl. z. B. Gordon/Hynes (1970, S. 29 f.) oder Kühn (1979, S. 10 und 22).

des Gleichgewichtszentrums“ (1926/31, S. 98 f.). In beiden Fällen dient die Gleichgewichtsvorstellung als gedankliche (theoretische) Konstruktion, mit der eine auf das Wesentliche reduzierte Wirtschaftswirklichkeit beschrieben und erklärt werden soll. In den früheren Fassungen dieser Theorien (insbes. 1915) hat die „ordnende Hand“ *Schumpeters* — grob gesprochen — alle Erwartungen, die Ereignissen wie Stimmung, Krieg, Revolution, Modewechsel, Spekulation, Mißernte, Irrtum usw. zuzuschreiben sind, in der Schublade *exogener* Größen abgelegt, weil sie — besonders wenn sie „Zufallsstörungen“ sind — nur in der jeweiligen „konkreten (oder historischen) Situation“ ursächlich sind, mithin „eine Aufgabe der Analyse konkreter Verumständung, ... nicht aber eine Aufgabe für den Theoretiker (vorliege)“ (1915, S. 3, siehe auch S. 23). Der Einfluß, den solche Faktoren ggf. auf die als wirtschaftsendogen angesehenen Erwartungen haben können, bleibt im Modell außer acht: „Wenn immer aus politischen und anderen Ursachen eine erwartungswidrige[!] Veränderung der Daten erfolgt, ... so wird es zu ‚Krisenerscheinungen‘ kommen, zu deren Erklärung eine Theorie von den Zielen der unsrern nichts beitragen kann“ (ebd., S. 3). Bei den modellendogenen Erwartungsgrößen handelt es sich im übrigen um die Werte der jeweiligen Variablen, die „mit Gewißheit erwartet werden und andererseits auch frühere Werte einbeziehen“ (1939/61, S. 61). Ihre Meßbarkeit ist für *Schumpeter* kein Problem — er vertraut dabei ganz auf die Wahrscheinlichkeitsrechnung<sup>49</sup>. In den späteren Ausführungen seiner Konjunktur- und Entwicklungstheorie (1939/61, S. 144 ff.) packt er in einem entscheidenden Punkt das Erwartungsproblem anders an als in den früheren Ansätzen. *Schumpeter* bemüht sich nun, die ‚außerökonomischen‘ Faktoren und damit auch die „unrichtigen“ Erwartungen in das Modell einzubeziehen, jedoch nicht als „primäre“, sondern nur als „sekundäre“ Ursachen, als den Anpassungsprozeß beeinflussende Größen. Ihr Einfluß werde sichtbar, soweit sie die ursprünglich betrachteten Gleichgewichtswerte verzerren. Es finden sich aber nur wenige Andeutungen bei *Schumpeter*, wie diese Erwartungen ebenfalls mit den anderen endogenen Größen des Systems verknüpft sind. Doch abgesehen davon, eliminiert er das in der Tat schwierige Problem meistens dadurch, daß er gewissermaßen die wissenschaftliche Sprachebene wechselt. *Schumpeter* spricht dann vom „Gleichgewichtsmechanismus“, dessen *reale Existenz* nicht zu bestreiten sei, auch wenn er „häufig nicht funktioniere“ (ebd., S. 85). Die Modell- und Wirklichkeitebenen vermischen sich. Ferner tritt er der Behauptung entgegen, „daß die Menschen eben so handeln, daß sich Fehlanpassungen ergeben, und daß Sparen und Investition ihren eigenen Weg ins Unendliche gehen

---

<sup>49</sup> *Schumpeter* (1908, S. 111) schreibt, daß „es nichts Schwierigeres sei, das Fühlen, als das *Erwarten* zu messen, was die Wahrscheinlichkeitstheorie tut ...“.

können“ (ebd., S. 85). Die wirtschaftliche Vernunft bringe nämlich kurz über lang solche „Fehlanpassungen“ zum Verschwinden. Jene Faktoren, die eigentlich modellendogen analysiert werden sollten, verabschieden sich gleichsam wieder durch die Hintertür, und die ‚wahren‘ wirtschaftlichen Ursachen des Prozeßgeschehens bleiben scheinbar übrig. Die modellmäßige Aufteilung der Einflußfaktoren in ‚Ursachen‘ und ‚Prozeßbedingungen‘ durch die „ordnende Hand des Forschers“ erhält somit eine unzulässige Realitätsentsprechung.

(c) Der vielleicht deutlichste Beleg für die mißglückte Endogenisierung der Erwartungen in *Schumpeters* Theorien dürfte die *Unternehmergestalt* des spontan agierenden Innovators selbst sein. Sieht man die entsprechenden Passagen bei *Schumpeter* durch, ist man versucht zu fragen, ob dieser „Unternehmer“ überhaupt ökonomische Erwartungen bildet bzw. ob sie für seine Handlungen bestimmd sein können. Jedenfalls scheint er nicht in besonderem Maße zur Erwartungsbildung befähigt zu sein. Innovationen beruhen — so deutet *Schumpeter* an — nicht auf außergewöhnlicher Voraussicht (1939/61, S. 107, Fn. 33). Einer weiteren Nebenbemerkung ist außerdem zu entnehmen, daß im laufenden Entwicklungsprozeß erwartete Preissteigerungen und damit verbundene Gewinnerwartungen Innovationen induzieren können, was für die innovatorische „Initialzündung“ aber grundsätzlich nicht gelte (ebd., S. 154 f., Fn. 11). — Die Kritik an *Schumpeters* „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ hat sich von Anfang an besonders auf die Frage nach der *Motivation des dynamischen Unternehmers* gerichtet. *Schumpeter* hat in der 2. Auflage seines Buches (1926) darauf scharf reagiert und sich jede Kritik verbeten, die ihm unterstelle, nicht wirtschaftswissenschaftlich, sondern motivationspsychologisch argumentiert zu haben (1926/31, S. 131 f., Fn. 24, s. auch 1908, S. 78 f.): „Das Motiv“ sei für ihn „oft ein wertvolles heuristisches Mittel und oft ein brauchbarer Erkenntnisgrund“. Als ‚Realgrund‘ wird es hier nicht verwendet.“ Diese Verteidigung vermag nicht zu überzeugen, wenn man sich *Schumpeters* eindringliche Schilderung dieses Unternehmertyps vergegenwärtigt. Schon in „Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie“ kündigt er am Ende an, sich „jenen glänzenderen, bedeutungsvollen Erscheinungen zu(zu)wenden, welche man populär mit den Worten ‚Wille zur Macht‘, ‚Herrenwillen‘ usw. bezeichnen kann und mit ihrer Hilfe zu allgemeineren Theorien zu gelangen ...“ (1908, S. 618). Diese „Erscheinungen“ finden sich dann vereinigt in der „Führerpersönlichkeit“ des (dynamischen) Unternehmers, der über Willenskraft verfügt, wagemutig und abenteuerlustig ist<sup>50</sup> und nicht nach „wohlerprobter Erfahrung und

<sup>50</sup> *Schumpeter* (1939/61, S. 93 ff. und 110 ff.). Dies harmoniert mit *Marshall*s Ansicht (1920, S. 12; ausführlich 1907), daß für große Erfinder und Unternehmer im eigentlichen Wortsinn „ritterliches Verhalten“ typisch sei.

bekannten Motiven“ (1939/61, S. 106) handelt. Drei „Motivfamilien“ steuern ihn (1926/31, S. 138): „der Traum und der Wille, ein privates Reich zu gründen . . ., der Siegerwille . . ., (die) Freude am Gestalten“<sup>51</sup>. Dabei schließt Schumpeter „vernunftwidriges Verhalten“ und „pathologische Momente“ nicht aus (ebd., S. 136). Und wird das „wirtschaftliche Motiv — Streben nach Gütererwerb“ mit konsumtiver Bedürfnisbefriedigung verbunden, „so ist das Verhalten unseres Typus überhaupt irrational oder von einem andersgearteten Rationalismus“ (ebd., S. 134). Für eine wirtschaftsendogene Erwartungsbildung scheint dann wohl endgültig kein Raum mehr zu sein<sup>52</sup>.

Ohne auf Schumpeter Bezug zu nehmen, erwähnt Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“ am Rande einen Unternehmertyp, der dem Schumpeterschen aus dem Gesicht geschnitten zu sein scheint (1936, S. 150 f.). Für Keynes war er, 25 Jahre nach Schumpeters Buch, schon ein „old-fashioned type“, mehr ein Fossil. Inzwischen hatten sich organisierte Investitionsmärkte (Kapitalmärkte) herausgebildet, und die Trennung von Eigentum und Unternehmungsführung war üblich geworden, wodurch sich — wie Keynes betont — das Unternehmerbild grundlegend gewandelt habe. Damit verglichen sieht er im Unternehmer des Hochkapitalismus — wie Schumpeter — nicht den „kalten Rechner“, sondern eine Persönlichkeit voller „Spielleidenschaft“, mit „sanguinischem Temperament“ ausgestattet und „konstruktiven Impulsen“ folgend. Anders als bei Schumpeter braucht man sich bei Keynes jedoch nicht zu wundern, einem so triebgeladenen Wirtschaftsmenschen zu begegnen, denn die „General Theory“ ist bekanntlich voll von ‚Psychologismen‘. Auf diesen Punkt will ich im nächsten Abschnitt (III, 3) eingehen, da Keynes‘ Erwartungstheorie ansonsten unvollständig rekonstruiert bliebe.

Legt man Lundbergs strengen Maßstab für eine *wirtschaftswissenschaftliche* Theorie der Erwartungsbildung an<sup>53</sup>, so ist weder Schumpeter noch Keynes eine adäquate Erklärung der Erwartungsbildung im Wirtschaftsprozeß gelungen. Schon Lachmann<sup>54</sup> bemängelte Schumpeters Vorgehen, eine ‚Welt stark oszillierender Erwartungen‘ von vornherein dadurch ausgeschaltet zu haben, daß er seine beiden öko-

<sup>51</sup> Siehe ergänzend Schumpeters (1942/50, S. 258 ff.) Darlegungen über das „Familienmotiv“ als die „Triebfeder“ der „kapitalistischen Produktionsmaschine“.

<sup>52</sup> Trotzdem kann man Schumpeter nicht, wie es Zinn (1977, S. 79 f.) tut, einfach deshalb den „psychologischen Theoretikern“ zuschlagen, weil in seiner dynamischen Theorie „die konjunkturtreibende Kraft vom Unternehmerverhalten ausgeht“. Ich habe zu zeigen versucht, daß Schumpeters methodologische Position komplizierter ist.

<sup>53</sup> Siehe das Zitat in Fußnote 38.

<sup>54</sup> Lachmann (1937, S. 45 f.).

nomischen Hauptfiguren mit bestimmten Verhaltensmustern ausstattete: Etwa braucht der (dynamische) Unternehmer keine unterschiedlichen Erwartungen darüber zu bilden, wie die (statischen) Wirte auf seine Handlungen reagieren, da sich diese sowieso nur anpassen können, denn sie verfügen kaum über Voraussicht und hegen selbst nur fest eingeschliffene Routineerwartungen. Hier drängen sich Probleme der Ungewißheit und des Risikos auf, die eine Erwartungstheorie solchen Zuschnittes nicht zu meistern vermag. Die Literatur hat auch für den *Keynesschen Ansatz* entsprechende Belege geliefert. Zum Beispiel vermißt *Hart*<sup>55</sup> eine „saubere“ Trennung zwischen dem ex-post-Wissen der Erwartungsträger und dem ex-ante-Vorgang ihrer Erwartungsbildung. Und nach *Leijonhufvud*<sup>56</sup> bleibt *Keynes' Ansatz* viel zu oberflächlich in der Differenzierung von Vermögensobjekten, für die Ertragserwartungen geformt werden, sowie bezüglich der bei der Erwartungsanpassung unterstellten Geschwindigkeiten.

Die Diskutanten meiner Thesen haben vornehmlich die konzeptuellen Schwächen beider Erwartungstheorien im Hinblick auf ihre ökonomischen Grundlagen und damit ihren wirtschaftswissenschaftlichen Erklärungswert herausgestellt. Wenn man so will, beginnen die Schwierigkeiten dann bereits beim *Erwartungsbegriff*, obwohl es zunächst so scheint, als ob in der Literatur wenigstens darüber weitgehend Einigkeit besteht, daß sich Erwartungen auf ungewisse *zukünftige Ereignisse* beziehen. Auch *Schumpeter* und *Keynes* haben, soweit ich sehe, diese Interpretation nirgendwo in Frage gestellt. In der Psychologie ist es offenbar nicht anders, weshalb die „verhaltenswissenschaftlichen“ Wirtschaftslehren sogar ein sozialwissenschaftliches Bindeglied darin erblicken, daß einheitlich in den anthropologischen Disziplinen, im Anschluß an Philipp *Lersch* und Arnold *Gehlen*, unter „*Erwartung*“ die „vorstellungsmäßige“, „bewußtseinsmäßige“, kurz: „geistige Vorwegnahme kommenden Geschehens“ verstanden wird<sup>57</sup>. Einige Vertreter der neueren ökonomischen Erwartungslehre möchten sich jedoch von diesem Begriffsinhalt lösen, weil sie ihn als zu eng empfinden: Wirtschaftliche Erwartungen könnten sich auch auf *gegenwärtige Ereignisse* beziehen, soweit sie dem betreffenden Wirtschaftssubjekt unbekannt sind<sup>58</sup>. Diese Art, die Dinge zu sehen, ist meines Erachtens bereits im Denken der Stockholmer Schule angelegt, besonders dort, wo im Gegensatz zu Aktionsparametern („geplanten Größen“) von „*Erwartungsparametern*“ gesprochen wird und damit

---

<sup>55</sup> *Hart* (1947, S. 419 f.).

<sup>56</sup> *Leijonhufvud* (1973, S. 118).

<sup>57</sup> Vgl. u. a. *Seidenfus* (1956, S. 126 ff.) und *Machinek* (1968, S. 127 ff.).

<sup>58</sup> Siehe *Kühn* (1979, S. 7, Fn. 2).

(erwartete) Größen gemeint sind, die „nicht im Fixierungsbereich des jeweils handelnden Wirtschaftssubjektes liegen“<sup>59</sup>. Der Zukunftsbezug ist hier offensichtlich nicht begriffskonstitutiv. Ob sich aus diesem Erwartungsverständnis jedoch Argumente gegen *Schumpeter* und *Keynes* gewinnen lassen, erscheint mir zweifelhaft. Ich halte einen derart erweiterten Erwartungsbegriff für unzweckmäßig, und zwar nicht nur aus dem konventionellen Grund, daß der Inhalt eines allgemein eingeführten und gut umrissenen Begriffs nicht ohne Not verändert werden sollte. Die Nicht-Kenntnis zukünftiger, gegenwärtiger und — dann auch konsequenterweise — vergangener Daten zum Begriffskriterium zu machen, mag in einem *Informationsmodell* sinnvoll sein, doch nicht in einem *Erwartungsmodell*, das die zeitliche Erstreckung ökonomischer Vorgänge strukturieren will. Dann hat es seinen guten Sinn, das Wort ‚Erwartung‘ eingeengt im Sinne von ‚Zukunftserwartung‘ zu gebrauchen, denn die Ignoranz des Erwartenden beruht nicht auf subjektiven Informationsdefiziten (die er — aus welchem Grunde auch immer — nicht beseitigen konnte oder wollte), sondern auf dem objektiven Tatbestand, daß nach menschlichem Ermessen *niemand* — auch nicht der Informierteste — die Zukunft vorhersehen kann.

Auf der anderen Seite haben die Erwartungskonzepte von *Schumpeter* und *Keynes* unscharfe Ränder. Zunächst fehlt (worauf H. Jörg Thieme nachdrücklich hingewiesen hat) eine klare Grenzziehung zwischen ‚Erwartung‘ und ‚Antizipation‘ (also ‚durchgesetzter Erwartung‘) mit allen Konsequenzen, die sich daraus für die Erwartungsbildung ergeben. Ein weiterer Gesichtspunkt, den H. G. Koblitz unterstrichen hat, ist die unerlaubte Kontamination jener Erwartungen, die das jeweils betrachtete Wirtschaftssubjekt seinen eigenen Handlungen zuordnet, mit solchen, die es in Abhängigkeit von Handlungsweisen anderer sieht. Alles in allem betrachtet mußten die Erwartungsansätze von *Schumpeter* und *Keynes* rudimentär bleiben, weil ihnen, wie Dieter Schneider verdeutlicht hat, kein in sich geschlossenes Entscheidungsmodell zugrunde liegt, das die Prämissen formuliert, unter denen die Erwartungsbildung untersucht werden soll: namentlich die Annahmen über die „(Zukunfts-)Zustände der Welt“, auf die sich die Erwartungen richten, über die (möglichst meßbaren) Zielgrößen für jeden Zustand, über die Glaubwürdigkeit der Zukunftslagen und über die Zielfunktionen der Erwartungsträger sowie die Entscheidungsregeln, die ihnen zur Verfügung stehen.

---

<sup>59</sup> Vgl. z. B. E. Schneider (1960, S. 273 f.) und Machinek (1968, S. 77 f.).

### 3. Die psychologie-wissenschaftlichen Grundlagen der Keynesschen Erwartungstheorie

Sowohl der Begriff „psychologisch“ als auch psychologische Fachvokabeln kommen in der „Allgemeinen Theorie“ allenthalben vor, und dabei oft in Verbindung mit dem Erwartungsproblem. Zu den „ultimate independent variables“ seines Systems zählt *Keynes* neben dem Geldlohn und der Geldmenge die „three fundamental psychological factors“, nämlich „the psychological propensity to consume, the psychological attitude to liquidity and the psychological expectation of future yield from capital-assets“ (1936, S. 246 f.). Schon diese Aufzählung enthält außer „expectation“ zwei weitere psychologische Fachausrücke, „propensity“ und „attitude“, die neben anderen — z. B. „motives“ (insbesondere in bezug auf den Konsum, das Sparen und die Kassenhaltung), „instinct“, „illusion“, „disposition“, „habits“ — oftmals von *Keynes* verwendet werden. Die streng *wirtschaftswissenschaftlich* ausgerichtete *Keynes*-Literatur hat diese Wortwahl entweder als mehr oder weniger verzeihlichen „Fehlgriff“ abgetan — so *Schumpeter*<sup>60</sup> — oder ohne näheres Bedenken als Marotte übergangen und sich seiner psychologischen Terminologie manchmal in einer Weise bedient, als bestünde sie aus leeren Worthülsen<sup>61</sup>. Autoren, welche die *sozialwissenschaftliche* Integration befürworten und ggf. selbst eine „verhaltenswissenschaftliche“ (also auch auf die Psychologie hin orientierte) Wirtschaftslehre vertreten, sind dagegen überzeugt, *Keynes* habe mit seinem Vokabular — vielleicht sogar absichtlich — den falschen Eindruck einer fachpsychologischen Fundierung seiner Thesen erzeugen wollen<sup>62</sup>. Ihm wird deshalb „laienhafter“<sup>63</sup> oder „punktueller“, „eklektischer Psychologismus“<sup>64</sup> und „bedenkenlose Mißachtung der Arbeitsmethoden und Ergebnisse der wissenschaftlichen Psychologie“<sup>65</sup> vorgeworfen; seine

<sup>60</sup> *Schumpeter* (1965 a, S. 60). Siehe auch (1965 b, S. 1430, Fn. 10), wo *Schumpeter* lakonisch feststellt, daß *Keynes* „psychological Gesetze“ „auf diesen Titel natürlich keinen Anspruch (haben)“. In seinem Aufriß der *Keynesschen* Theorie (1965 b, S. 1388 f.) erwähnt er nicht einmal mehr ihre psychologische Einkleidung.

<sup>61</sup> Das geschieht in Lehrtexten ebenso wie in der Spezialliteratur. So beispielsweise bei *Leijonhufvud* (1973, S. 55, 152 ff., 191 f.), wenn er zur Widerlegung der keynesianischen Elastizitätspessimismus-Theorie (Zinsunelastizität von Investieren und Sparen) bei *Keynes* einen zinsinduzierten Vermögenseffekt auf das Ausgabenverhalten nachzuweisen versucht und diesen analog zu *Keynes'* (erstem) „fundamentalen psychologischen Konsumgesetz“ als „zweites psychologisches Gesetz des Verbrauchs“ bezeichnet.

<sup>62</sup> Für *Katona* (1946, S. 45) stand fest, daß „Keynes, in describing ‚psychological characteristics of human nature‘, did not borrow from psychologists but proposed, without their aid, what he called ‚a fundamental psychological law‘ ...“.

<sup>63</sup> *Seidenfus* (1956, S. 105, Fn. 29).

<sup>64</sup> *Schmölders* (1956, S. 18).

<sup>65</sup> *Schmölders* (1956, S. 12).

„äußerst unreife Psychologie“<sup>66</sup> resultiere „offensichtlich“ aus der „literarische(n) Verarbeitung von subjektiven Eindrücken ... vorwissenschaftlicher Art“<sup>67</sup>, „die er insbesondere als Spekulant an der Börse erworben hatte“<sup>68</sup>, um sie dann „kühn“ zu verallgemeinern. Also ein Fall von Etikettenschwindel!

Meines Erachtens ist diese Beurteilung falsch. Die fachpsychologische Studie von *Schröder*<sup>69</sup>, auf die sie gern gestützt wird, ist in ihren Methoden und Ergebnissen anfechtbar. *Schröder* erörtert und beurteilt die psychologisch gefärbten Aussagen von *Keynes* einseitig aus der Sicht einer Einstellungspychologie, die die Erwartungsbildung versteht als das Ergebnis eines verknüpfenden, zum Teil wiederholenden Lernvorganges — wie in den assoziationstheoretischen Ansätzen vor allem von *Pawlow/Guthrie* (Kontiguität), *Skinner* (Bekräftigung) und *Thorndike* (Versuch und Irrtum) — und/oder als (Gestalt-)Vorgang einsichtigen Lernens (z. B. *Katona*). Dadurch werden die psychologischen Prämissen des *Keynesschen* Werkes nicht behutsam genug eruiert. Nur oberflächlich wird untersucht, ob ggf. andere damals verbreitete Psychologien, etwa mit dem Behaviorismus konkurrierende instinkt- und bewußtseinspsychologische Ansätze *Keynes* beeinflußt haben könnten<sup>70</sup>. Diese Ansätze sind jedoch nicht einfach deshalb, weil sie inzwischen den meisten (darunter auch *Schröder*) als wissenschaftlich widerlegt gelten, bei der Spurensuche auszuklammern. Gerade wenn man tiefer in diese Richtung gräbt, erweist sich bald, daß *Keynes* „Psychologismen“ eine ziemlich feste Verankerung in der *Instinktpsychologie* des angloamerikanischen Motivationsforschers William *McDougall* (1871 - 1938) haben. Im direkten Werkvergleich zeigen sich frappierende Entsprechungen. Dies ist übrigens schwieriger auszumachen, wenn die *deutsche* Ausgabe der „Allgemeinen Theorie“ zum Vergleich herangezogen wird. *Keynes*’ Übersetzer hat nämlich nicht nur das wirtschaftswissenschaftliche Vokabular entstellt, sondern auch die psychologischen Fachausdrücke bis zur Unkenntlichkeit ‚eingedeutscht‘ und manche gleich ganz weggelassen<sup>71</sup>.

---

<sup>66</sup> *Frankel* (1979, S. 148, Fn. 27).

<sup>67</sup> *Schröder* (1956, S. 95, siehe auch S. 68, 75, 83 und 89).

<sup>68</sup> *Machinek* (1968, S. 117, siehe auch S. 121); und siehe nochmals *Schmölders* (1956, S. 12 und 23).

<sup>69</sup> *Schröder* (1956).

<sup>70</sup> *Schröder* (1956, S. 36 ff. und 81 ff.).

<sup>71</sup> Einige Beispiele: „motive“ („Beweggrund“), „propensity“ („Hang“), „attitude“ („Zustand der Vorliebe“); von dem Teilsatz (1936, S. 91) „subjective needs and the psychological propensities and habits“ bleibt sinnentstellt übrig (1936 a, S. 78): „die subjektiven Bedürfnisse und Gewohnheiten“. Und die Umbenennung des „fundamental psychological law“ des Konsums (1936, S. 96) in das „grundlegende technische Gesetz“ (1936 a, S. 83) ist hoffentlich nur ein Druckfehler!

Als *Keynes* seine „General Theory“ schrieb, hatte der Behaviorismus längst seinen Siegeszug in den USA vollendet. In England hingegen konnte er nie recht Fuß fassen, weshalb mentalistische Strömungen wie Persönlichkeitspsychologie (*Freud*) und Instinktpsychologie (*McDougall*) dort besser überleben konnten. Ihr Schrifttum war damals noch weit verbreitet und einflußreich (*McDougalls* Hauptwerk „An Introduction to Social Psychology“ aus dem Jahre 1908 erschien 1935/36 bereits in der 23. Auflage und erlebte danach noch sieben weitere), und ihre Methoden (etwa die der Introspektion) waren nach wie vor in Gebrauch<sup>72</sup>. Insoweit kann man *Schumpeter* (1936, S. 794) nicht recht geben, wenn er sagt, *Keynes* habe von „psychologischen Gesetzen“ „in the worst style of a bygone age“ gesprochen. *Keynes* übernahm vielmehr die Terminologie, teilweise die Methodik und darüber hinaus bestimmte theoretische Konstrukte aus der englischen Psychologie seiner Zeit, vornehmlich der *McDougalls*<sup>73</sup>.

*McDougall* verfocht eine Psychologie, die das Verhalten der Lebewesen zielgerichtet deutete („purposive behaviour“)<sup>74</sup> und durch innere Kräfte („mental“ oder „hormic energy“)<sup>75</sup> bestimmt sah. Mit diesem Erklärungsansatz für zielstrebiges Verhalten wollte *McDougall* nicht nur bewußt von jenen anderen teleologischen Psychologien, die dem Hedonismus verhaftet sind, Abstand gewinnen, sondern zugleich eine unüberbrückbare Gegenposition zu den behavioristischen Motivationspsychologien beziehen, denen zufolge äußere Stimuli verhaltensmotivierend und handlungsauslösend sind<sup>76</sup>. Er erklärte die Motivation zweckhaften menschlichen Handelns letztlich durch angeborene *Instinkte*, die affektive, kognitive und konative (motorische) Bewußtseinsvorgänge auslösen und dadurch antreibend und steuernd wirken. Auf die Kritik hin, daß der Instinktbegriff ziemlich festgelegt sei auf starre angeborene Eigenschaften und Reflexhandlungen, hat ihn *McDougall*

<sup>72</sup> Hinsichtlich *McDougall* siehe z. B. *Boring* (1950, S. 465 ff.) und *Evans* (1967).

<sup>73</sup> Über diesen Zweig der Motivationspsychologie informiert kurz und bündig *Heckhausen* (1980, S. 51 ff. und 98 ff.).

<sup>74</sup> *McDougall* (1935, S. XII f.): „I assume that psychic activity is always and everywhere teleological, a forward striving towards some end or goal; and that such teleological or purposive causation is in no sense a disguised form of the mechanistic causation postulated by the physical sciences.“ Siehe auch *McDougall* (1908/60), Supplementary Chap. I „Theories of Action“, S. 303 - 330.

<sup>75</sup> *McDougall* (1935, S. 10): „The adjective ‚hormic‘ derives from a Greek word meaning an urge or impulse towards a goal; it thus points to the distinctive rôle of the postulated energy, marks it as the energy peculiar to purposive activities.“ Siehe auch *McDougall* (1908/60, S. 409 ff., sowie Supplementary Chap. VII „The Hormic Psychology“, S. 444 - 494).

<sup>76</sup> Siehe zur ersten Orientierung *McDougall* (1935, S. 5 - 10, und Chap. II „Schools of Psychology“, S. 10 - 27).

später durch den Begriff der „*propensity*“(!) ersetzt<sup>77</sup>, der nur noch das affektive Motivelement (emotionale Erregung) als unveränderlich definiert und bei der Wahrnehmungsverarbeitung (kognitives Element) sowie bei der motorischen Handlungsbereitschaft (konatives Element) ausdrücklich Lernprozesse zuläßt<sup>78</sup>.

Auffälligerweise exponiert *Keynes* in seiner „Allgemeinen Theorie“ ebenfalls den „*propensity*“-Begriff mehrfach und ausdrücklich im Sinne von „psychological propensities“ (1936, S. 97): „*propensity to consume*“ (1936, S. 90), „*propensity or disposition to save*“ (ebd., S. 65), „*propensity to hoard*“ (ebd., S. 174 und 208 f.), „*propensity of the public towards hoarding*“ (ebd., S. 174). Diese Wortwahl kann kein Zufall gewesen sein, denn im 1930 erschienenen „Vom Gelde“ benutzt er zur Kennzeichnung gleicher Sachverhalte *nicht* den — von *McDougall* ja auch erst 1932 in die Psychologie eingeführten — Fachausdruck „*propensity*“, sondern einen anderen, ebenso dem wissenschaftlichen Wortschatz *McDougalls* angehörenden Terminus, nämlich „*disposition*“: „*the disposition of the public towards „saving“, ... towards „hoarding“ money, ... towards securities other than savings-deposits ...*“ (1930, Vol. I, S. 144, siehe auch S. 141). Dieser allgemeinere Begriff taucht bei *McDougall* sowohl früher in der Definition von „*instinct*“ (= „*innate disposition*“) als auch später in der Begriffsbestimmung von „*propensity*“ auf<sup>79</sup>.

Die wissenschaftliche Tagesarbeit der *McDougall*-Schule bestand vornehmlich darin, alle möglichen instinktartigen Motivdispositionen (*propensities*) aufzulisten und gegeneinander abzugrenzen. *Keynes'* „Motivlisten“ (seine Vokabel!) für die Konsum- bzw. Sparneigung (1936, S. 107 ff., siehe auch S. 91) fanden hierin wohl ihr unmittelbares Vorbild. Schon äußerlich gleichen sie sich sehr<sup>80</sup>. Ebenso korrespondieren

<sup>77</sup> Siehe vor allem *McDougall* (1935, S. VI, 26, 76 ff. und passim) bzw. (1937/47, S. V f., 1 f., 20, 55 f. und passim).

<sup>78</sup> *McDougall* (1935, S. 118) gibt folgende Definition: „*A propensity is a disposition, a functional unit of the mind's total organization, and it is one which, when it is excited, generates an active tendency, a striving, an impulse, or drive towards some goal ...*“

<sup>79</sup> Vgl. hinsichtlich „*propensity*“ die in Fußnote 78 zitierte Definition und hinsichtlich „*instinct*“ *McDougall* (1908/60, S. XXIII und passim). Der Inhalt des Begriffs „*Disposition*“ verschob sich freilich insofern, als das „*propensity-Konzept*“ gegenüber dem „*instinct-Konzept*“ eine stärkere Veränderbarkeit des Triebverhaltens konzidiert. Man vergleiche nur die beiden folgenden Definitionen: *McDougall* (1908/60, S. 103, Hervorhebung durch mich): „*Thus a man's temperament and disposition are in the main born with him and are but little alterable by any effort he may make, whereas character is made largely by his own efforts.*“ Und dagegen *McDougall* (1935, S. 172, Hervorhebung durch mich): „*A man's disposition is ... the sum of his native propensities modified in various degrees in their relative strengths by the course and the circumstances of his life ...*“

<sup>80</sup> Vgl. *Keynes* (1936, S. 107 f.) mit *McDougall* (1935, S. 97 f.).

inhaltlich manche der von *Keynes* genannten Motive mit bestimmten „propensities“ bei *McDougall*<sup>81</sup>. Doch nicht nur diese nominelle Verwandtschaft ist augenfällig — die „propensity“-Konzepte der beiden Autoren decken sich auch in ihrem theoretischen Kerngedanken, angeborene, jedoch nicht unveränderliche innere Antriebe im Hinblick auf bestimmte Handlungsziele für das (menschliche) Verhalten verantwortlich zu machen. Von daher erhellen sich manche ‚dunkle‘ Sentenzen bei *Keynes*. Weist er hin auf „our innate urge to activity, which makes the wheels go round“ (1936, S. 163), so ist dies nichts anderes als die affektive (emotionale) „Aktivitätstendenz“ einer „propensity“ im Sinne *McDougalls*<sup>82</sup>. Genauso finden sich bei *Keynes* die anderen Instinktelemente wieder (der kognitive Vorgang der Wahrnehmungsverarbeitung und der motorische der Handlungsbereitschaft), die sich „unter lebensgeschichtlichen Erfahrungen“ ändern können<sup>83</sup>, wodurch *Erwartungen* ins Spiel kommen. Schon *McDougall* behandelt Erwartungen auf der Wahrnehmungsebene, er spricht daher von „cognitive expectation“ und gesteht sie in bestimmtem Sinne sogar Tieren zu<sup>84</sup>. Ferner ist die bei *Keynes* verbreitete Einschätzung wirtschaftlichen Verhaltens als *spontan* (als „spontaneous urge to action rather than inaction“), zumal wenn „animal spirits“ dahinter vermutet werden<sup>85</sup>, zurückzuführen auf

<sup>81</sup> Hier zunächst nur ein Beispiel: „To provide for an anticipated future relation between the income and the needs of the individual or his family different from that which exists in the present, as, for example, in relation to old age, family education, or the maintenance of dependents . . .“, so *Keynes* (1936, S. 107). — „To feed, protect and shelter the young (protective or parental propensity)“, so *McDougall* (1935, S. 97).

<sup>82</sup> *McDougall* (1935, S. 64, Hervorhebung durch mich) definiert: „A tendency is an active energy directed towards a goal. A ‘propensity’ is the name given . . . to any part of the innate constitution whose nature and function it is to generate upon occasion an active tendency.“ Und *Keynes*‘ (1936, S. 161) Formulierung „urge to action“ steht sogar wörtlich bei *McDougall* (1908/60, S. 409).

<sup>83</sup> So schreibt *Keynes* beispielsweise (1936, S. 109): „Now the strength of all these motives will vary enormously according to the institutions and organisation of the economic society which we presume, according to habits formed by race, education, convention, religion and current morals, according to present hopes and past experience, according to the scale and technique of capital equipment, and according to the prevailing distribution of wealth and the established standards of life.“ Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis von *McDougalls* Hauptwerk (1908/60) genügt, um die von *Keynes* genannten Gründe für die Motivationsänderung dort wiederzufinden.

<sup>84</sup> *McDougall* (1935, S. 348 f., insbes. Fn. 1).

<sup>85</sup> Vollständig lautet das Zitat von *Keynes* (1936, S. 161, Hervorhebung durch mich): „. . . a large proportion of our positive activities depend on spontaneous optimism rather than on a mathematical expectation, whether moral or hedonistic or economic. Most, probably, of our decisions to do something positive, the full consequences of which will be drawn out over many days to come, can only be taken as a result of animal spirits—of a spontaneous urge to action rather than inaction, and not as the outcome of a weighted average of quantitative benefits multiplied by quantitative probabilities“.

die motivationspsychologische Hypothese, daß instinktgesteuertes Verhalten „spontane Bewegungen“ auslöst<sup>86</sup>. Bei der Betrachtung zielstreibigen Verhaltens konstatieren *McDougall* und *Keynes* gleichermaßen einen kaum faßbaren, letztlich unerklärbaren Rest. Demgemäß ist sozialen Prozessen ein Grad von *Indeterminiertheit* eigen. Bevorzugt an diesem Punkt haben bei beiden die aus deterministischer (mechanistischer) Position argumentierenden Gegner (Behavioristen bzw. Entscheidungstheoretiker) den kritischen Hebel angesetzt. Bezüglich *Keynes* komme ich darauf zurück.

Eine weitere Kongruenz der „propensity“-Konzepte beider Autoren offenbart sich in der ablehnenden bzw. skeptischen Beurteilung des *hedonistischen Kalküls* als allgemeingültigem Motivationsmuster für menschliches (Rational-)Verhalten<sup>87</sup>. Nach *McDougall* bestehen die Ziele menschlichen Strebens nicht in der Lust(-steigerung) bzw. Unlustvermeidung, die erreichbar ist mit bestimmten, daher begehrten Mitteln (Nahrung, Unterkunft, Sieg, Ruhm usw.); vielmehr seien diese Güter keine Mittel zum Zweck, sondern die Ziele an sich, denn sie würden um ihrer selbst willen gewünscht. Dieser Einwand ist keineswegs originell und hier auch nicht zu diskutieren. Interessant daran sind allein zwei Dinge. Zum einen läßt *McDougall* in diesem Fall als Prüfverfahren für seine Hypothese ausdrücklich die *Introspektion* zu, also jene Methode, die auch *Keynes* nicht verschmähte<sup>88</sup>. Zum anderen sucht *McDougall* seine Kritik an der hedonistischen Teleologie (und damit zugleich seine „hormische“ Gegenposition) wenigstens zweimal mit *wirtschaftsbezogenen* Argumenten zu untermauern. Erstens erblickt er in der zu den primären Instinkten zählenden „acquisitive propensity“, nämlich „to acquire, possess, and defend whatever is found useful or otherwise attractive“<sup>89</sup>, das „fundamentalste Motiv“ für die „Kapitalakkumulation in hoch-zivilisierten Gesellschaften“ und damit die wesentliche Entwicklungsbedingung jeglicher Zivilisation; denn „this desire for possession for its own sake“ wirke auch noch dann, wenn alle anderen (wirtschaftlichen) Bedürfnisse bereits befriedigt sind<sup>90</sup>. Die Wirtschaftswissenschaft hätte daraus die Konsequenzen zu ziehen: „It might be plausibly maintained that the phenomena with which economic science is concerned are in the main the outcome of the operation of this instinct, rather than of the enlightened self-interest of the classical economists.“<sup>91</sup> *Keynes* scheint diesen Faden insoweit aufgenommen zu

<sup>86</sup> Vgl. *Boring* (1950, S. 466 f.) und *Heckhausen* (1980, S. 98).

<sup>87</sup> Siehe *McDougall* (1908/60, S. 313 ff. und *passim*) und (1935, S. 24 ff. und *passim*); hinsichtlich *Keynes* siehe z. B. das in Fn. 85 wiedergegebene Zitat.

<sup>88</sup> Vgl. z. B. *McDougall* (1935, S. 23 und 25) und *Keynes* (1936, S. 96).

<sup>89</sup> *McDougall* (1935, S. 98).

<sup>90</sup> *McDougall* (1908/60, S. 278).

haben, als die ‚Triebkraft des Besitzenwollens‘ in jenen Motiven des Ausgabenverzichtes mehr oder weniger deutlich anklingt, die er mit „Pride“ („To bequeath a fortune“), „Avarice“ („To satisfy pure miserliness, i.e. unreasonable but insistent inhibitions against acts of expenditure as such“) und „enterprise“ („to secure resources to carry out further capital investment without incurring debt or raising further capital on the market“) bezeichnet hat (1936, S. 108). *Zweitens* behauptet McDougall für bestimmte Befriedigungsmittel — und er nennt als einziges Beispiel das *Geld* —, daß sie sowohl „Mittel zum Zweck“ als auch „... after experience of them, as goals in themselves“ auftreten können<sup>91</sup>. Zu einer solchen Auffassung hat sich Keynes bereits früh — und unverkennbar in der Sprechweise der Triebpsychologie McDougalls — bekannt (1925/72, S. 268 f., Hervorhebungen durch mich): „At any rate to me it seems clearer every day that the moral problem of our age is concerned with the *love of money*, with the *habitual appeal to the money motive* in nine-tenths of the *activities of life*, with the *universal striving after individual economic security* as the prime object of endeavour, with the social approbation of *money as the measure of constructive success*, and with the social appeal to the *hoarding instinct* as the foundation of the necessary *provision for the family and for the future*.“ Bekanntlich ist die „Liebe zum Geld“, verstanden als der eingeborene und verborgene Hauptantrieb des Menschen, im doppelten Sinne ein Leitmotiv der *Keynesschen* Wirtschaftslehre geblieben<sup>92</sup>.

Daß Keynes' Hypothesen zur Erwartungsbildung im Lichte der geschilderten Motivationspsychologie beurteilt werden müssen, beweist endgültig seine Replik 1937 auf die Abhandlungen von Hart, Leontief, Robertson, Taussig und Viner über die „General Theory“. In ihr setzte er sich kaum mit einzelnen Einwendungen auseinander, sondern benutzte die Gelegenheit, seine Position noch einmal grundsätzlich abzustecken. Dabei steht wiederum sein *Erwartungsansatz* voran (1937, insbes. S. 212 ff.). Keynes zeichnet folgende Grundlinien nach:

1. „... our knowledge of the future is fluctuating, vague and uncertain ...“ (1937, S. 213).
2. Bei solch „unsicherem Wissen“ über die (fernere) Zukunft, „... there is no scientific basis on which to form any calculable probability whatever“ (ebd., S. 214).
3. Da jedoch auch unter diesen Umständen Entscheidungen getroffen werden müssen, hätten sich die Menschen bestimmte „Techniken“

<sup>91</sup> McDougall (1935, S. 26).

<sup>92</sup> Vgl. u. a. Keynes (1936, S. 173 f.) und (1937, S. 216). Sehr kritisch dazu Frankel (1979, S. 94 ff.).

der Erwartungsbildung geschaffen, „which saves our faces as rational, economic men“ (ebd., S. 214). Die drei wichtigsten seien: „*Erstens* kann man annehmen, daß die Zukunft der Gegenwart entspricht, daß sich mithin vergangene Änderungen nicht wiederholen. *Zweitens* kann man davon ausgehen, daß in den gegenwärtigen Preisen und Mengen die zukünftige Entwicklung bereits antizipiert ist. *Drittens* kann man seine eigene Meinung am Urteil der anderen ausrichten, die vielleicht besser informiert sind. Das Ergebnis einer derartigen Meinungsbildung, in der jeder seine Meinung nach der Mehrheit oder dem Durchschnitt auszurichten sucht, bezeichnet Keynes als ‚konventionelle‘ Urteilsbildung.“<sup>93</sup>

4. Eine auf solche „praktischen“ Prinzipien gegründete Erwartungsbildung sei *illusionär*, weshalb sie „subject to sudden and violent changes“ ist (1937, S. 214 f.).
5. „The forces of disillusion may suddenly impose a new conventional basis of valuation“ (ebd., S. 215), mit anderen Worten, sie erzeugen eine neue *Illusion*.

*Keynes'* Präzisierungsversuch hat eher irritierend gewirkt. Manche erblickten nun noch mehr Widersprüche in seiner Erwartungstheorie, andere vermerkten ein Abgleiten in den Irrationalismus als möglicherweise verstecktes Eingeständnis der Kapitulation vor einem anscheinend unlösbaren Problem<sup>94</sup>. Meines Erachtens werden diese pauschalen Urteile *Keynes'* Überlegungen nicht gerecht.

Zunächst einmal sind die Konsequenzen mancher seiner Erwartungshypothesen insoweit erheblich zu relativieren, als er in ihnen einen *extrem weiten* (für viele ökonomische Entscheidungen sicher irrelevanten) Zukunftshorizont unterstellt. Angesichts der geschilderten Unwägbarkeiten, die mit solchen Langfristerwartungen verbunden sind, nimmt er ihren Stand notgedrungen als gegeben an und beschränkt seine „Allgemeine Theorie“ auch von dieser Seite auf die kurze Frist. Nebenbei sei daran erinnert, daß *Schumpeter* ebenfalls extrem langfristige Zeiträume für bestimmte Erwartungsbildungen im Auge hatte: Die „Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsmaschine“ führte er u. a. auf das „Familienmotiv“ zurück, demzufolge der Unternehmer-Kapitalist „in erster Linie für seine Familie und seine Kinder arbeiten und sparen will“; erst wenn sich dieser Antrieb abschwächt,

---

<sup>93</sup> Kromphardt (1980, S. 169, Hervorhebung durch mich).

<sup>94</sup> Vgl. — besonders mit Blick auf *Keynes'* Erwartungstheorie — *Shackle* (1969, S. 134 f. und 245; 1972, S. 163; 1973, insbes. S. 516). Siehe in diesem Zusammenhang auch *Lekachman* (1970, S. 111 f.), *Frankel* (1979, S. 98 ff.) und *Leijonhufvud* (1973, S. 284).

„schrumpft der Zeithorizont des Geschäftsmannes ... auf seine Lebenserwartung zusammen“ (1942/50, S. 258 ff.), womit eine Periode markiert ist, die kaum leichter überblickt werden kann. Für wirtschaftliche Erwartungen, die sich auf überschaubarere Zeiträume richten, hat *Keynes* — soweit ich sehe — nie bezweifelt, daß deren Bildung rational möglich und auch wünschbar ist. Wie ich zu zeigen versucht habe, steht dies auch nicht in Widerspruch zu den psychologischen Grundlagen seines Ansatzes: Die übernommene Motivationspsychologie (propensity-Konzept) läßt Erwartungsbildungen zu, da die kognitiven und motorischen Instinktkomponenten durch *Lernprozesse* veränderbar sind. Insoweit ist die Behauptung *Katonas* und seiner Schüler irreführend, Erwartungsbildung (als eine Art von Lernverhalten) und Instinktverhalten schlössen sich zwangsläufig aus<sup>95</sup>. Des weiteren ist darauf zu verweisen, daß *Keynes* in der „General Theory“ mehrmals Möglichkeiten für eine auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen gestützte Erwartungsbildung (vor allem in komplexen Situationen) erörtert, etwa die Errechnung von „Sicherheitsäquivalenten“ für die jeweilige („einzelbewertete“) Erwartung<sup>96</sup>. Er hielt diese Methode nur in solchen Fällen für nicht praktikabel, in denen ‚echte‘ Zukunftsungeißheit besteht (1936, S. 148 und 161 f.).

Legt man sich in diesem Kontext *Patinkins* Frage<sup>97</sup> vor nach den „geistigen Zusammenhängen“ zwischen *Keynes*’ „Treatise on Probability“ und seiner späteren wirtschaftswissenschaftlichen Erwartungsbildungstheorie, so ist sicher zusätzlich an *Keynes*’ Hypothese zu erinnern, derzufolge Entscheidungen oft auf der Grundlage „intuitiver Urteile über die Lage als Ganzes“ getroffen werden (1921, S. 312). Zudem ist anzunehmen, daß einer konsequenten Übertragung seiner wahrscheinlichkeitstheoretischen Ansätze auch jene Instinktpsychologie im Wege stand, die er, wie oben gezeigt, spätestens ab Mitte der zwanziger Jahre favorisierte. Um *Patinkins* Frage — die sich in der Diskussion besonders Dieter Schneider zu eigen machte — endgültig beantworten zu können, wäre weiter nachzuforschen, warum *Keynes* dieser Psychologie so sehr vertraut hat. Vielleicht läßt es sich erklären aus der geistigen Tradition, in der er als Student und junger Dozent in Cambridge auf-

<sup>95</sup> *Katona* (1946, S. 51, Hervorhebung durch mich): „In psychology, the study of expectations forms a part of the psychology of learning, since expectations are not innate or instinctive forms of behavior but rather the result of experience. Therefore, expectations are explained by the same two principles by which all learning is explained, that is, by repetition or understanding (or both).“

<sup>96</sup> *Keynes* (1936, S. 46 und 24, Fn. 3: Methode der „Sicherheitsäquivalente“; S. 149; S. 201). Bezuglich der Sicherheitsäquivalent-Methode siehe u. a. *Hart* (1947, S. 421 f.) und *Leijonhufvud* (1973, S. 118 f., 181, 325 f. und passim).

<sup>97</sup> *Patinkin* (1979, S. 26, Fn. 22).

wuchs und der er sich stark verpflichtet fühlte<sup>98</sup>. Ich denke vor allem an die Philosophie von G. E. Moore mit ihrer (Über-)Betonung ‚seelischer Zustände‘ und an den davon beeindruckten Bloomsbury-Kreis mit seiner elitären Neigung, den Einzelnen und seine Persönlichkeit in den Mittelpunkt intellektueller Reflexionen zu rücken. Um diese Zusammenhänge zu überprüfen, wäre eine sehr sorgfältige geistesgeschichtliche Untersuchung nötig. Wie sie auch ausfiele, Keynes‘ Entschluß, seine Erwartungshypothesen in einer explikativen Verhaltenstheorie auf psychologischer Grundlage statt im Rahmen einer normativen Entscheidungslogik auf wahrscheinlichkeitstheoretischer Basis zu entwickeln und damit den im „Treatise on Probability“ eingeschlagenen Weg nicht weiter zu beschreiten, hat ihn m. E. keinesfalls auf die schiefe Bahn irrationalistischer Spekulationen gebracht. Uneingeschränkt muß man Keynes in Schutz nehmen vor der schon von Schumpeter als „schikanös“ empfundenen „Einwendung“, auch eine „Wirtschaftsweise untersuchen (zu wollen), die das Minimum des wirtschaftlichen Vorteils ... zum Zielpunkt hat“ (1914/52, S. 551, Fn. 1). Ein solch ökonomisch widersinniges Verhalten hat Keynes nicht einmal den zahllosen „unwissenden“ Spekulanten unterstellt, deren Erwartungsbildung er für so bedeutsam hielt.

Als Zwischenbilanz meiner Interpretation der *Keynesschen* Erwartungstheorie kann gelten:

1. Ihre motivationspsychologischen Grundlagen zwingen Keynes nicht zu dem Schluß, „that everything depends on waves of irrational psychology“ (1936, S. 162). Andererseits läßt sich mit ihrer Hilfe — so sieht es wohl Keynes — die Hypothese absichern, daß die Determination der Erwartungsbildung äußerst komplex ist; sie zwingt somit „our rational selves choosing between the alternatives as best we are able, calculating where we can, but often falling back for our motive on whim or sentiment or chance“ (ebd., S. 163).
2. Für eine Theorie der Erwartungsbildung stellt sich damit die Aufgabe, das „bundle of vague and more various possibilities which actually makes up (the) state of expectation“ — so gut es geht — umzuformen in „several hypothetical expectations held with varying degrees of probability and definiteness“ (ebd., S. 24, Fn. 3).
3. Ferner hätte eine solche Theorie die *zeitliche* Dimension der Erwartungsbildung adäquat zu erfassen, also den Einfluß kürzerer und längerer Zeithorizonte auf die Erwartungsbildung zu untersuchen. Genau dies meint Keynes, so glaube ich, wenn er im Hinblick auf

---

<sup>98</sup> Vgl. z. B. Moggridge (1977, S. 10 ff.), insbes. die dort zitierten Passagen aus Keynes‘ „My Early Beliefs“.

das Problem, den Einfluß der zeitlich geschichteten erwarteten Erträge eines Investitionsobjektes auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu bestimmen, schreibt: „This involves the whole question of the place of expectation in economic theory“ (ebd., S. 138).

Aus heutiger Sicht ist an der motivationstheoretischen Fundierung seiner Hypothesen insoweit Kritik zu üben, als sie sich auf eine Psychologie stützt, welche weitgehend verdrängt worden ist von anderen Ansätzen, die von der zuständigen Fachwissenschaft ziemlich einhellig für ‚empirisch gesicherter‘ gehalten werden. Weiter ist zu kritisieren, daß *Keynes* die methodologischen Probleme, die mit der Übernahme ‚fremder‘ Forschungsergebnisse verbunden sind, gänzlich negiert hat. Wie dargelegt, besteht jedoch der Hauptmangel im Fehlen einer konsistenten Entscheidungstheorie zur Modellierung der verschiedenen ökonomischen Erwartungen. Der Grund dafür ist wohl in erster Linie, so Bertram *Schefold* und H. Jörg *Thieme*, in *Keynes'* psychologischen ‚Abwegen‘ zu suchen.

Positiv müssen hingegen *Keynes'* Ansätze zu Struktur und Ablauf der Erwartungsbildung bewertet werden. Sie sind teilweise, etwa die These vom Übergewicht aktueller Tatsachen bei der Erwartungsdetermination (worauf Dieter *Bender* aufmerksam machte), in den eingangs erwähnten volkswirtschaftlichen Modellen zur Bildung „rationaler Erwartungen“ wiedergekehrt. Auch die neuere Unternehmenstheorie hat solche Ansätze absorbiert. „Weil eine Investitions- und Finanzierungstheorie ohne ausdrückliches Einbeziehen der Ungewißheit Kinderei bliebe ...“, versucht die Betriebswirtschaftslehre, „die Grundlagen für rationale Entscheidungen unter Ungewißheit“ zu erarbeiten<sup>99</sup>. Erwartungstheoretische Ansätze kommen außerdem in der modernen Motivationspsychologie wieder zu Ehren. Dort werden neuerdings rationalistische Motivationsmodelle für zielgerichtetes Handeln entwickelt, die auf Wahrscheinlichkeitstheoretischer Grundlage im Motivierungsprozeß vier Ereignis-Stadien (Situation, Handlung, Ergebnis, Folgen) unterscheiden und die Relationen zwischen diesen Stadien in Form von *Erwartungen* ausdrücken<sup>100</sup>. Unter Motivation wird hier das Anstreben von Zielzuständen verstanden, unter Erwartung die Vorwegnahme des Eintretens solcher Zielzustände. Im gleichen Zusammenhang ist auch bemerkenswert, daß sich mit dieser Strömung in der neueren Psychologie die Tendenz zu verstärken scheint, viele der in der Wirtschaftswissenschaft heimischen entscheidungslogischen Ansätze aufzugreifen<sup>101</sup>.

<sup>99</sup> Schneider (1980, S. 5). Siehe zur Sache selbst, ebd., bes. S. 40 ff., 61 ff., 217 ff. und passim.

<sup>100</sup> Siehe im einzelnen Heckhausen (1980, S. 619 ff.).

<sup>101</sup> Siehe z. B. Lee (1977) und Dörner et al. (1983, insbes. Abschn. 1.6).

Was hätten wohl *Schumpeter* und *Keynes* dazu gesagt, daß die Psychologen nun beginnen, bei den Ökonomen in die Schule zu gehen?

#### **4. Illusions-Hypothesen und Erwartungsbildung**

Im letzten Abschnitt wurde bereits angedeutet, daß in *Keynes'* Erwartungstheorie *Illusion* bzw. *Desillusion*, genauer: die Bildung *illusionärer* und *desillusionierender* Erwartungen, einen besonderen Platz einnimmt. Bei seiner Überlegung, Erwartung und Illusion miteinander zu verschränken, könnte ebenfalls die Psychologie Pate gestanden haben. Vielleicht hat sich *Keynes* von der scharfsinnigen „psychologischen Untersuchung“ seines Landsmannes James *Sully* (1842 - 1923) über die „*Illusionen*“ (1884) anregen lassen. *Sully* verband bereits das Erwartungs- mit dem Illusionskonzept, indem er die „Erwartung“ als „einfache illusorische Überzeugung“ auffaßte und entsprechend analysierte<sup>102</sup>. Abgesehen von der hiermit aufgeworfenen wissenschaftsgeschichtlichen Frage hat sich die Erwartungsliteratur nach meiner Kenntnis auch mit der Sache selbst wenig abgegeben, obwohl *Keynes* wesentliche mikro- wie makroökonomische Erscheinungen mit Hilfe derartiger Bewußtseinsprozesse zu erklären suchte. Wie zu sehen sein wird, tat dies — in bescheidenerem Umfang — auch *Schumpeter*.

Ist von illusionärem Verhalten die Rede, denken Wirtschaftswissenschaftler fast zwangsläufig an den durch Irving *Fisher* so bewußt gemachten Fall der *Geldillusion*. Sie ist eine *Geldwerterwartung*, soweit sich damit die Vorstellung einer (relativ) stabilen Entwicklung des Geldwertes verbindet („Währungsvertrauen“)<sup>103</sup>. Doch nicht erst seit *Fisher* beschäftigt die ökonomische Theorie das Problem, daß die Reaktionen der Wirtschaftssubjekte auf Geldwertveränderungen auch davon abhängen, ob solche Illusionen ausgebildet sind und ob sie widerstandsfähig bleiben oder unter bestimmten Bedingungen aufgegeben werden (*Desillusionierung*). Schon 1887 behauptete *Marshall*<sup>104</sup>, daß den meisten Menschen nur „vage bewußt“ sei, wie Geldwertbewegungen den Realwert ihres Vermögens verändern, weshalb nur wenige realisierten, in welchem Maße dies geschähe.

*Keynes* hat unter der Voraussetzung moderater Inflationsraten (1936, S. 9 und 237) bekanntlich folgende, aus „allgemeiner Erfahrung“ gewonnene Hypothesen aufgestellt: Während die Investoren und die Konsumenten Geldwertbewegungen — soweit sie diese überhaupt voraussehen (ebd., S. 92 f.) — in ihren Planungen berücksichtigen, gilt dies

---

<sup>102</sup> *Sully* (1884, S. 279 - 293).

<sup>103</sup> Siehe dazu im einzelnen *Rieter* (1975, S. 191 ff.).

<sup>104</sup> *Marshall* (1887, S. 190).

nicht (obwohl es zum Teil dieselben Wirtschaftssubjekte sind!) für die Anbieter auf dem Arbeitsmarkt (ebd., S. 9): Sie verhalten sich bei Lohnabschlüssen geldillusionär. Diese Verhaltensasymmetrie, die schon Schumpeter kritisch hervorhob (1965 b, S. 1428 f.), gehört zu den Standardbeschreibungen des *Keynesschen* Systems. Trotzdem gibt sie ein unvollständiges Bild. Es finden sich explizit zwei weitere Illusions-Hypothesen bei *Keynes*, und zwar im Rahmen seiner Darlegungen über den Zusammenhang zwischen Zinshöhe und Beschäftigung. Er schreibt (1936, S. 204, Hervorhebung durch mich): Die Zinsrate „may fluctuate for decades about a level which is chronically too high for full employment;—particularly if it is the prevailing opinion that the rate of interest is self-adjusting, so that the level established by convention is thought to be rooted in objective grounds much stronger than convention, the failure of employment to attain an optimum level being in no way associated, in the minds either of the public or of authority, with the prevalence of an inappropriate range of rates of interest.“ Vorausgesetzt dies stimmt, so würden in der Tat sachlich zusammengehörige Dinge bewußtseinsmäßig getrennt — die Beteiligten verhielten sich illusionär. Einmal erkennen die Wirtschaftssubjekte nicht, daß sich das Zinsniveau als Folge ihrer Konvention über die Zinshöhe ergibt (*Zinsillusion*), im anderen Fall sehen sie die Unterbeschäftigung ganz losgelöst von der Zinshöhe (*Beschäftigungsillusion*).

Daß *Keynes* der Illusionierung und Desillusionierung im Wirtschaftsablauf so große Bedeutung beimäßt, hängt sehr eng mit seinen Anschauungen über die Erwartungsbildung zusammen. Es sind jene drei — in Abschnitt III, 3 bereits referierten — „pretty, polite techniques, made for a well-panelled Board Room and a nicely regulated market ...“ (1937, S. 215), die seiner Ansicht nach solche (Selbst-)Täuschungen bei der Formung von Erwartungen zulassen bzw. sogar erzwingen. Daraus folgt ein Wechselspiel von Illusionierungen und Desillusionierungen, dessen modus operandi *Keynes* am deutlichsten in seiner Konjunkturerklärung demonstriert (1936, S. 313 ff.): Die „illusions of the boom“, vor allem ein durch die spezifische Erwartungsbildung an den organisierten Wertpapiermärkten aufkommender „over-optimism“, führen in Erwartung unrealistischer Erträge zu fehlgeleiteter Überinvestition (ebd., S. 321 f.). Da die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals determiniert ist „by the uncontrollable and disobedient psychology of the business world“, bewirken schon gewisse Zweifel an der Zuverlässigkeit der Ertragserwartungen eine sich schnell und allgemein ausbreitende Desillusionierung (ebd., S. 317). Und: „When disillusion comes, this expectation is replaced by a contrary ‚error of pessimism‘ ...“ mit der Folge, daß die Investitionserträge unterschätzt werden, daraufhin die Investierungen zurückgehen, Arbeitslosigkeit entsteht und die

Volkswirtschaft in die Depression gerät (ebd., S. 321 f.). Auf eine kritische Würdigung dieser Konjunkturtheorie kommt es hier nicht an, sondern allein darauf, daß sie *Keynes* dazu dient, die *stabilitätspolitischen* Schlußfolgerungen aus seiner antiklassischen Beschäftigungstheorie abzusichern: Vollbeschäftigung sei im marktwirtschaftlichen System nur dann zu erreichen und zu erhalten, wenn die erwartungsbedingten Fluktuationen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ausgeschaltet werden. Dazu müßten die privaten Investitionsmärkte staatlich kontrolliert werden, weil andererseits die Geldpolitik nicht in der Lage sei, die Marktzinssätze laufend so zu manipulieren, daß sie zuverlässig unterhalb der hin- und herschwankenden Investitionsrenditen blieben, um ausreichende Investierungen anzuregen. Wechselnde Erwartungen *destabilisieren* somit über Renditeschwankungen und damit verbundene Wellen von Investition und Desinvestition das kapitalistische System. Der Staat ist unter diesen Umständen genötigt einzugreifen, soll der Wirtschaftsprozeß stabil verlaufen<sup>105</sup>.

Erwartungstheoretisch ist daran zweierlei interessant: *Erstens* sind es nach *Keynes* desillusionierende Einsichten der Wirtschaftssubjekte sowohl über die aktuelle wirtschaftliche Lage als auch über die weitere Entwicklung, die sie veranlassen, ihr bisheriges Erwartungsbild „spontan“ und „plötzlich“ (*Keynes'* Ausdrücke) umzustoßen und dementsprechend zu handeln. Als Erklärung für solche schlagartigen Erwartungsumschwünge bietet er verschiedene *Schwellen-Hypothesen* an, insbesondere jene, „daß man in seinen Erwartungen den Unterschied zwischen der gegenwärtigen und einer Normallage im Auge habe ...“<sup>106</sup>. Dieser meines Erachtens diskutablen Begründung ist in der Literatur über die *Keynessche* Erwartungstheorie zu wenig Beachtung geschenkt worden. *Zweitens* entdeckt *Keynes* in den *Desillusionen* den ‚letzten‘ Grund für die (abrupten) Richtungswechsel (Aufschwung, Abschwung) des wirtschaftlichen Prozesses; sie sind die immanente *Destabilisatoren* marktwirtschaftlicher Systeme. Das heißt im Kehrschluß, den *Illusionen* sowie allen darauf gegründeten Erwartungen *stabilisierende Effekte* zuzugestehen (1936, z. B. S. 14); eine Auffassung, die in der Lite-

<sup>105</sup> Harald Scherf vermißte in der Vortragsfassung diesen Aspekt der *Keynesschen* Erwartungstheorie. Bezuglich seiner Einbettung in *Keynes'* Staatskonzeption siehe in diesem Tagungsband den Beitrag von Joachim Starbatty (1984, insbes. S. 79 u. 83 f.). Zu der im gleichen Zusammenhang oft gestellten Frage nach der sogenannten „Stabilität des privaten Sektors“ siehe Kromphardts (1980, S. 168 ff. und 180 ff., insbes. 193 f.) Gegenüberstellung der grundsätzlichen Standpunkte aus Keynesscher, keynesianischer und monetaristischer Sicht.

<sup>106</sup> Weber/Streibler (1961, S. 331, siehe auch S. 336), die dies für das *Keynessche* Erwartungskonzept ausdrücklich betonen. Vgl. zudem oben die Abschnitte II, 3 und 4. Zur wirtschaftswissenschaftlichen Problematik des Phänomens der Reizschwellen siehe auch Rieter (1975, S. 195 ff.).

ratur teilweise scharf angegriffen worden ist<sup>107</sup>. Trotzdem bleibt bedenkenswert: Illusionen zu erzeugen, bestehende zu festigen bzw. ihre Zerstörung zu verhindern, dürfte zweckrational sein, wenn der Volkswirtschaft dadurch erhebliche soziale Kosten erspart werden können, die auf der anderen Seite entstünden infolge desillusionierender Erwartungen. Diese Interpretation befindet sich allerdings im Widerspruch zur wohl vorherrschenden Meinung, daß das mit Illusionen „... verbundene Wirtschaftsverhalten in der Wirtschaftstheorie stellvertretend für eine irrationale Verhaltensweise (steht)“<sup>108</sup>. Ob man jedoch Keynes' Grundposition überhaupt mit einer ökonomischen Deutung seiner Illusions-Hypothese gerecht werden kann, bleibe dahingestellt. Möglicherweise trifft *Nietzsches* Metapher viel besser den Kern der Sache: „Die Erkenntniss tödtet das Handeln, zum Handeln gehört das Umgeschleiertsein durch die Illusion . . .“<sup>109</sup>

Besonders in der kritischen Frage der Stabilität und damit des Fortbestandes kapitalistischer Wirtschaftsordnungen berühren sich die Ansichten von *Keynes* und *Schumpeter* (vgl. bes. 1965 b, S. 1423 f.) spürbar. Beide glaubten, im Kapitalismus selbstzerstörerische Tendenzen entdeckt zu haben. Ihre Auffassungen über Art und Wirkungsweise solcher Störmechanismen überschneiden sich nur partiell, doch gerade auch in jenem Punkt, der hier allein interessiert, dem der illusionären und desillusionären Erwartungsbildung. Nach *Schumpeter* (insbes. 1942/50, S. 122 f. und passim) basiert der Wirtschaftserfolg des Kapitalismus unter anderem darauf, daß eine ungleiche Einkommens- und Vermögensdistribution von den entsprechend benachteiligten Bevölkerungsgruppen hingenommen wird. Dies geschieht, so verstehe ich *Schumpeter* (insbes. 1950), wenn und solange die Illusion einer ‚gerechten‘ Verteilung existiert. Mit seinen Worten (1950, S. 104 f.): Es kommt zur Desillusionierung (als eine der Ursachen für den Niedergang des Kapitalismus) durch die „Ausbreitung rationaler Geisteshaltungen“, z. B. dem „modernen Streben nach . . . Gleichheit“, insbesondere der „Erwünschtheit größerer Einkommensgleichheit“, sobald das etablierte „politische System“ und die „Intellektuellenschicht“ dem Unternehmertum „in Feindschaft“ gegenübertreten.

<sup>107</sup> Siehe vor allem *Frankel* (1979, S. 56 f., 92 ff., und insbes. S. 98 – 107), der in seiner Auseinandersetzung mit *Keynes* ökonomische und moralische Bedenken geltend macht gegen eine „... durch den Staat bewirkte wohl erwogene Schöpfung einer Geldillusion zur Beeinflussung des Sparendes, Investierens und der Zinsrate“ (ebd., S. 98 f.).

<sup>108</sup> So *Leijonhufvud* (1973, S. 284) hinsichtlich der Geldillusion. Zu dem Versuch, mit Hilfe der Hypothese vom „Bedürfnis nach sozialer bzw. subjektiver Gewißheit“ die Geldillusion als Ausdruck rationalen Verhaltens zu deuten, siehe *Rieter* (1975, S. 193 f.).

<sup>109</sup> *Nietzsche* (1872/1980, S. 57).

Versteht die gegenwärtige ökonomische Erwartungstheorie unter Bildung „*rationaler Erwartungen*“, ihrem bevorzugten Erkenntnisgegenstand, „daß die Wirtschaftssubjekte ihre Erwartungen nicht durch Extrapolation von Vergangenheitswerten bilden, sondern durch Verarbeitung ihrer Kenntnisse über alle relevanten Wirkungszusammenhänge“<sup>110</sup>, dann kann sie in der Tat manches von *Schumpeter* und *Keynes* lernen. Nach meiner Auffassung, die ich in diesem Beitrag zu belegen versucht habe, trifft dies besonders für folgende Aspekte zu: Die Analyse von Determination und Ablauf der Erwartungsbildung wäre sicherlich durch die Berücksichtigung von Illusions/Desillusions-Hypothesen sowie Schwellenphänomenen zu bereichern. Außerdem ließe sich wohl der Aussagegehalt mancher Erwartungsmodelle verbessern, wenn die im wahrsten Sinne des Wortes *entscheidenden* Erwartungsträger genauer identifiziert werden und die Erwartungsbildung stärker nach Zeithorizonten geschichtet wird.

### Literaturverzeichnis

- Arndt*, Helmut (1952): Schöpferischer Wettbewerb und klassenlose Gesellschaft, zugleich ein Beitrag zur Preis- und Beschäftigungslehre. Berlin 1952.
- Bateson*, Gregory (1982): Geist und Natur. Eine notwendige Einheit (1979). Übersetzt von Hans Günter Holl, Frankfurt am Main 1982.
- Boring*, Edwin G. (1950): A History of Experimental Psychology (1929). 2. Aufl., New York 1950.
- Bowman*, Mary Jean (1958): Expectations, Uncertainty, and Business Behavior. A Conference Held at Carnegie Institute of Technology, October 27 - 29, 1955, under the Auspices of the Committee on Business Enterprise Research. Ed. by Mary Jean Bowman. New York 1958.
- Brachthäuser*, Peter (1963): Die wirtschaftlichen Erwartungen bei Alfred Marshall und John Maynard Keynes. Kölner Diss. 1963.
- Carter*, C. F.; *Meredith*, G. P.; *Shackle*, G. L. S. (1954/57): Uncertainty and Business Decisions. A Symposium on the Logic, Philosophy and Psychology of Business Decision-making under Uncertainty. Ed. by C. F. Carter, G. P. Meredith, G. L. S. Shackle (1954). 2. Aufl., Liverpool 1957.
- Caspers*, Rolf (1978): Grundlagen der Preiserwartungstheorie. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), 7. Jg. (1978), Heft 11, S. 510 - 517.
- Champernowne*, D. G. (1963/64): Expectations and the Links Between the Economic Future and the Present (1963). In: Keynes' General Theory. Reports of Three Decades. Ed. by Robert Lekachman. New York, London 1964, S. 174 - 202.
- Claassen*, Emil-Maria (1977): Konjunkturschwankungen und Inflation in der gegenwärtigen Lage. In: Universitas, Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur, 32. Jg. (1977), Heft 5, S. 499 - 503.

---

<sup>110</sup> *Kromphardt* (1980, S. 194).

- Dörner, Dietrich; Kreuzig, Heinz W.; Reither, Franz; Stäudel, Thea (1983): Lohhausen. Vom Umgang mit Unbestimmtheit und Komplexität. Bern, Stuttgart, Wien 1983.
- Elschen, Rainer (1982): Betriebswirtschaftslehre und Verhaltenswissenschaften. Probleme einer Erkenntnisübernahme am Beispiel des Risikoverhaltens bei Gruppenentscheidungen. Thun und Frankfurt am Main 1982.
- Evans, J. Wainwright (1967): Introduction. William McDougall: Explorer of the Mind. In: William McDougall: Explorer of the Mind. Studies in Psychical Research. Compiled and Edited by Raymond Van Over and Laura Oteri. New York 1967, S. 3 - 33.
- Frankel, Herbert S. (1979): Geld. Die Philosophie und die Psychologie des Geldes (1977). Deutsche Übersetzung von Ulrich Kuettnner. Wiesbaden 1979.
- Fuhrmann, Wilfrid (1982): Erwartungen im Rahmen makroökonomischer Modelle. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), 11.Jg. (1982), Heft 12, S. 567 - 572.
- Gebauer, Wolfgang (1982): Realzins, Inflation und Kapitalzins. Eine Neuinterpretation des Fisher-Theorems. Berlin, Heidelberg, New York 1982.
- Gordon, Donald F.; Hynes, Allan (1970): On the Theory of Price Dynamics. In: Edmund S. Phelps et al.: Microeconomic Foundations of Employment and Inflation Theory. London and Basingstoke 1970, S. 369 - 393.
- Haberler, Gottfried (1948): Prosperität und Depression. Eine theoretische Untersuchung der Konjunkturbewegungen. Bern 1948.
- Hart, Albert G. (1947): Keynes' Analysis of Expectations and Uncertainty. In: The New Economics. Keynes' Influence on Theory and Public Policy. Ed. by Seymour E. Harris, New York 1947, S. 415 - 424.
- Hawtrey, R. G. (1937): Alternative Theories of the Rate of Interest, III. In: The Economic Journal, Vol. 47 (1937), S. 436 - 443.
- Heckhausen, Heinz (1980): Motivation und Handeln — Lehrbuch der Motivationspsychologie. Berlin et al. 1980.
- Hicks, J [ohn] R. (1936): Mr. Keynes' Theory of Employment. In: The Economic Journal, Vol. 46 (1936), S. 238 - 253.
- (1937): Mr. Keynes and the "Classics"; a Suggested Interpretation. In: Econometrica, Vol. 5 (1937), S. 147 - 159.
- (1973): Recollections and Documents. In: Economica, N. S., Vol. 40 (1973), S. 2 - 11.
- Hutchison, T. W. (1937): Expectation and Rational Conduct. In: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. 8 (1937), S. 636 - 653.
- Kantor, Brian (1979): Rational Expectations and Economic Thought. In: Journal of Economic Literature, Vol. 17 (1979), S. 1422 - 1441.
- Katona, George (1946): Psychological Analysis of Business Decisions and Expectations. In: The American Economic Review, Vol. 36 (1946), S. 44 - 62.
- (1951): Expectations and Decisions in Economic Behavior. In: The Policy Sciences. Ed. by Daniel Lerner and Harold D. Lasswell. Stanford, Cal. 1951, S. 219 - 232.

- (1972): Theory of Expectations. In: *Human Behavior in Economic Affairs. Essays in Honor of George Katona with Concluding Comments by George Katona*. Ed. by Burkhard Strümpel, James N. Morgan and Ernest Zahn. Amsterdam, London, New York 1972, S. 549 - 582.
- Keynes, John Maynard* (1921): *A Treatise on Probability*. London 1921. Reprint London 1963.
- (1925/72): *A Short View of Russia*. In: *Nation und Athenaeum*, October 1925; wiederabgedruckt in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Vol. IX: *Essays in Persuasion*. London and Basingstoke 1972, S. 253 - 271.
- (1930): *A Treatise on Money*. Vol. I: *The Pure Theory of Money*. Vol. II: *The Applied Theory of Money*. London 1930. Reprint London 1965.
- (1932): *Vom Gelde (A Treatise on Money)* (1930). Ins Deutsche übersetzt von Carl Krämer. München und Leipzig 1932. Nachdruck Berlin 1955.
- (1936): *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1936. Reprint London 1951.
- (1936 a): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Ins Deutsche übersetzt von Fritz Waeger. München und Leipzig 1936. Nachdruck Berlin 1952.
- (1937): *The General Theory of Employment*. In: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 51 (1937), S. 209 - 223.
- Kromphardt, Jürgen* (1980): *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus — von seiner Entstehung bis zur Gegenwart*. Göttingen 1980.
- Kühn, Bruno* (1979): *Rationale Erwartungen und Wirtschaftspolitik*. Baden-Baden 1979.
- Lachmann, Ludwig M.* (1937): *Preiserwartungen und intertemporales Gleichgewicht*. In: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. 8 (1937), S. 33 - 46.
- (1943): *The Rôle of Expectations in Economics as a Social Science*. In: *Economica*, N. S., Vol. 10 (1943), S. 12 - 23.
- Laidler, David* (1975): *Information, Geld und die makroökonomische Theorie der Inflation*. Kieler Vorträge, N. F., 81, Tübingen 1975.
- Lee, Wayne* (1977): *Psychologische Entscheidungstheorie. Eine Einführung* (1971). Aus dem Amerikanischen übertragen von Helmut Jungemann. Weinheim und Basel 1977.
- Leijonhufvud, Axel* (1973): *Über Keynes und den Keynesianismus. Eine Studie zur monetären Theorie* (1966). Aus dem Amerikanischen von Barbara Propach. Köln 1973.
- Lekachman, Robert* (1970): *John Maynard Keynes: Revolutionär des Kapitalismus* (1966). Aus dem Amerikanischen übertragen von Norbert Wölfl und Volker Bradke. München, Zürich, Wien 1970.
- Lundberg, Erik* (1937): *Studies in the Theory of Economic Expansion*. London 1937.
- Machinek, Peter* (1968): *Behandlung und Erkenntniswert der Erwartungen in der Wirtschaftstheorie*. Berlin 1968.
- Marget, Arthur W.* (1942): *The Theory of Prices. A Re-Examination of the Central Problems of Monetary Theory*. Vol. II, New York 1942. Reprint New York 1966.

- Marshall, Alfred* (1887): Remedies for Fluctuations of General Prices (1887). In: *Memorials of Alfred Marshall*. Ed. by A. C. Pigou. London 1925. Reprint New York 1966, S. 188 - 211.
- (1898): Mechanical and Biological Analogies in Economics (1898). In: *Memorials of Alfred Marshall*. Ed. by A. C. Pigou. London 1925. Reprint New York 1966, S. 312 - 318.
  - (1907): Social Possibilities of Economic Chivalry (1907). In: *Memorials of Alfred Marshall*. Ed. by A. C. Pigou. London 1925. Reprint New York 1966, S. 323 - 346.
  - (1920): Principles of Economics. An Introductory Volume (1890). 8. Aufl., London 1920. Reprint London 1961.
  - (1923): Money, Credit and Commerce. London 1923. Reprint New York 1965.
- McDougall, William* (1908/60): An Introduction to Social Psychology (1908). 31. Aufl., London 1960. Reprint London 1963.
- (1935): The Energies of Men. A Study of the Fundamentals of Dynamic Psychology (1932). 3. Aufl., London 1935.
  - (1937/47): Aufbaukräfte der Seele. Grundriß einer dynamischen Psychologie und Pathopsychologie. Autorisierte Übersetzung von „The Energies of Men. A Study of the Fundamentals of Dynamic Psychology“, nach der 3. Aufl. 1935 (1937). 2., unveränd. Aufl., Stuttgart 1947.
- Merton, Robert K.* (1936): The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action. In: *American Sociological Review*, Vol. 1 (1936), S. 894 - 904.
- (1957): Social Theory and Social Structure. Rev. Ed., New York 1957.
- Moggridge, Donald E.* (1977): John Maynard Keynes. Glasgow 1976. Aus dem Englischen übertragen von Walter Theimer. München 1977.
- Neumann, Manfred J. M.* (1979): Rationale Erwartungen in Makromodellen. Ein kritischer Überblick. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Jg. 1979, S. 371 - 401.
- Neumark, Fritz* (1975): Diskussionsbeitrag. In: Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft. Hrsg. von H. K. Schneider, W. Wittmann, H. Würgler. Erster Halbband. Berlin 1975, S. 205 f.
- Nietzsche, Friedrich* (1872/1980): Die Geburt der Tragödie (1872). In: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari. Bd. I. München, Berlin, New York 1980.
- Ohlin, Bertil* (1975): Some Notes on the Stockholm Theory of Savings and Investment. In: *The Economic Journal*, Vol. 47 (1937), S. 53 - 69 und S. 221 - 240.
- Patinkin, Don* (1979): Die Geldlehre von John M. Keynes (1976). München 1979.
- Paulsen, Andreas* (1958): Neue Wirtschaftslehre. Einführung in die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung (1950). 4. Aufl., Berlin und Frankfurt am Main 1958.
- Putnam, Hilary* (1975): Mind, Language and Reality. Cambridge et al. 1975.
- Rieter, Heinz* (1971): Die gegenwärtige Inflationstheorie und ihre Ansätze im Werk von Thomas Tooke. Berlin und New York 1971.

— (1975): Geldwertstabilität aus der Sicht privater Haushalte. In: *Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft*. Hrsg. von H. K. Schneider, W. Wittmann, H. Würgler. Erster Halbband. Berlin 1975, S. 169 - 198.

— (1983): Zur Rezeption der physiokratischen Kreislaufanalogie in der Wirtschaftswissenschaft. In: *Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie III*. Hrsg. von Harald Scherf. Berlin 1983, S. 55 - 99.

*Schilcher, Rudolf* (1952): Das Konzept der Dauerarbeitslosigkeit in der neuen Wirtschaftstheorie, insbesondere bei Alvin H. Hansen und J. M. Keynes. Diss., Freie Universität Berlin 1952.

*Schmölders, G[ünter]* (1956): J. M. Keynes' Beitrag zur „ökonomischen Verhaltensforschung“. In: G. Schmölders, R. Schröder, H. St. Seidenfus: John Maynard Keynes als „Psychologe“. Berlin 1956, S. 7 - 24.

*Schneider, Dieter* (1980): Investition und Finanzierung. Lehrbuch der Investitions-, Finanzierungs- und Ungewißheitstheorie (1970). 5. Aufl., Wiesbaden 1980.

— (1981): Geschichte betriebswirtschaftlicher Theorie. München und Wien 1981.

— (1983): Marketing als Wirtschaftswissenschaft oder Geburt einer Marketingwissenschaft aus dem Geiste des Unternehmerversagens? In: *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung*, 35. Jg. (1983), S. 197 - 223.

*Schneider, Erich* (1960): Einführung in die Wirtschaftstheorie. II. Teil: Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft. 6. Aufl., Tübingen 1960.

*Schröder, R[udolf]* (1956): John Maynard Keynes als „Psychologe“. In: G. Schmölders, R. Schröder, H. St. Seidenfus: John Maynard Keynes als „Psychologe“. Berlin 1956, S. 25 - 95.

*Schulz, Walter* (1982): Der Wirklichkeitsbegriff — philosophische Aspekte. In: *Universitas, Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur*, 37. Jg. (1982), Heft 10, S. 1039 - 1045.

*Schumpeter, Joseph (A.)* (1906/52): Über die mathematische Methode der theoretischen Ökonomie. In: *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung*, Bd. 15 (1906); wiederabgedruckt in: J. A. Schumpeter: Aufsätze zur ökonomischen Theorie. Tübingen 1952, S. 529 - 548.

— (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. Leipzig 1908. Nachdruck Berlin 1970.

— (1914/52): Die „positive“ Methode in der Nationalökonomie. In: *Deutsche Literaturzeitung*, Jg. 35 (1914); wiederabgedruckt in: J. A. Schumpeter: Aufsätze zur ökonomischen Theorie. Tübingen 1952, S. 549 - 552.

— (1915): Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 39. Bd. (1915), S. 1 - 32.

— (1924): Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte. In: *Grundriß der Sozialökonomik*, I. Abt.: Historische und theoretische Grundlagen, 1. Teil: Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft (1914), 2. Aufl., Tübingen 1924, S. 19 - 124.

— (1925): Edgeworth und die neuere Wirtschaftstheorie. In: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 22. Bd. (1925 II), S. 183 - 202.

— (1926/31): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunktur-

- zyklus (1911/12). 3. Aufl. (unveränderter Abdruck der 2., neubearbeiteten Aufl. 1926), München und Leipzig 1931.
- (1931/82): The “Crisis” in Economics — Fifty Years Ago. In: *Journal of Economic Literature*, Vol. 20 (1982), S. 1049 - 1059.
  - (1936): Rezension: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, by John Maynard Keynes. In: *Journal of the American Statistical Association*, Vol. 31 (1936), S. 791 - 795.
  - (1939/61): Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses (1939). Übersetzung aus dem Amerikanischen von Klaus Dockhorn. Erster Band. Göttingen 1961.
  - (1942/50): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (1942). Übersetzung aus dem Englischen von Susanne Preiswerk. 2. Aufl., Bern 1950.
  - (1946): John Maynard Keynes, 1883 - 1946. In: *The American Economic Review*, Vol. 36 (1946), S. 495 - 518; wiederabgedruckt unter dem Titel „Keynes, the Economist“ in: *The New Economics. Keynes' Influence on Theory and Public Policy*. Ed. by Seymour E. Harris, New York 1947. Reprint London 1968, S. 73 - 101.
  - (1949): Science and Ideology. In: *The American Economic Review*, Vol. 39 (1949), S. 345 - 359.
  - (1950): Der Marsch in den Sozialismus. In: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, Bd. 1 (1950), S. 101 - 112.
  - (1965 a): Geschichte der ökonomischen Analyse. Nach dem Manuscript hrsg. von Elizabeth B. Schumpeter (1954). Aus dem Amerikanischen übersetzt von Gottfried Frenzel. 1. Teilband. Göttingen 1965.
  - (1965 b): Geschichte der ökonomischen Analyse. Nach dem Manuscript hrsg. von Elizabeth B. Schumpeter (1954). Aus dem Amerikanischen übersetzt von Gottfried Frenzel. 2. Teilband. Göttingen 1965.

*Seidenfus, H[ellmuth] St. (1956): Zur Theorie der Erwartungen. In: G. Schmölders, R. Schröder, H. St. Seidenfus: John Maynard Keynes als „Psychologe“. Berlin 1956, S. 97 - 158.*

*Shackle, G. L. S. (1949): Expectation in Economics, Cambridge 1949.*

- (1969): Nationalökonomie für Manager, Politiker, Journalisten, Pädagogen, Studenten (1968). Aus dem Englischen übertragen von Ute Müller-Seydlitz und Fritz Neske. München 1969.
- (1972): Epistemics and Economics. A Critique of Economic Doctrines. Cambridge 1972.
- (1973): Keynes and Today's Establishment in Economic Theory: A View. In: *Journal of Economic Literature*, Vol. 11 (1973), S. 516 - 519.

*Starbatty, Joachim (1985): Die Staatskonzeption bei Keynes und Schumpeter. In: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie IV. Hrsg. von Harald Scherf. Berlin 1985, S. 73 - 105.*

*Stegmüller, Wolfgang (1969): Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie. Bd. I. Berlin, Heidelberg, New York 1969.*

*Steiger, Otto (1971): Studien zur Entstehung der Neuen Wirtschaftslehre in Schweden. Eine Anti-Kritik. Berlin 1971.*

*Sully, James (1884): Die Illusionen. Eine psychologische Untersuchung. Leipzig 1884.*

- Thieme, H. Jörg (1982): Keynesianismus — Monetarismus: Was bleibt? In: Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft. Hrsg. von Joachim Starbatty. Tübingen 1982, S. 18 - 34.*
- Thoben, H. (1982): Mechanistic and Organistic Analogies in Economics Re-considered. In: Kyklos, Vol. 35 (1982), S. 292 - 306.*
- Timlin, Mabel F. (1942): Keynesian Economics. Toronto 1942. Reprint Toronto 1948.*
- Topitsch, Ernst (1966): Zum Gesetzesbegriff in den Sozialwissenschaften. In: Studium Generale, Jg. 19 (1966); wiederabgedruckt in: Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften. Hrsg. von H. Albert. 2. Aufl., Tübingen 1972, S. 317 - 330.*
- Weber, Wilhelm; Streißler, Erich (1961): Erwartungen, Unsicherheit und Risiko. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 3, 1961, S. 330 - 339.*
- Working, Holbrook (1949): The Investigation of Economic Expectations. In: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 39 (1949), S. 150 - 166.*
- Zinn, Karl Georg (1977): Konjunkturlehre für Praktiker. Einführung in die Konjunkturtheorie und die Grundzüge der Konjunkturpolitik (1969). 4. Aufl., Herne/Berlin 1977.*

# Die Staatskonzeption bei Keynes und Schumpeter

Von Joachim Starbatty, Tübingen\*

## I. Über britisches und kontinentales Staatsverständnis

Briten haben den „Staat“ immer mit anderen Augen betrachtet als Kontinentaleuropäer. Dies drückt sich auch im Sprachgebrauch aus. Im deutschen Sprachraum bedeutet „Staat“ zuallererst die Bündelung politischer Gewalten zu Nutz und Frommen der Bürger<sup>1</sup>, während man im englischen unter „state“ zunächst einmal den „Zustand, in welchem sich etwas oder jemand befindet“, versteht<sup>2</sup>. Die Briten sahen die gesellschaftlichen Kräfte als dauerhafter und auch als mächtiger an als Staatsakte<sup>3</sup>. Womöglich hängt dies mit der britischen Geschichte zusammen, die man vergröbernd als Sicherung der individuellen Rechte gegenüber der königlichen Prärogative interpretieren kann. Demgegenüber setzte sich auf dem Festlande eine gewissermaßen „preußische“ Interpretation durch, wonach man den Herrscher in der Rolle des Landesvaters sah<sup>4</sup>. Schumpeter hat in seiner Studie „Die Krise des Steuerstaates“ das unterschiedliche Staatsverständnis angesprochen: Während überall in ganz Europa die Fürsten den Kampf zur Eroberung des Staates aufnahmen und auch gewannen und ihre Bürokratie zur Staatsbürokratie machten — „jetzt stand er (der Fürst, J. St.) wirklich in sei-

---

\* Den Teilnehmern der Sitzung des Dogmenhistorischen Ausschusses am 24./25. März 1983 in Göttingen sei für eine Reihe wertvoller Anregungen zur mündlichen Fassung meines Beitrags herzlich gedankt. Sie haben in Struktur und Inhalt der hier vorgelegten schriftlichen Fassung ihren Niederschlag gefunden.

<sup>1</sup> In diesem Sinne: Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache, Bd. 6, Mannheim, Wien, Zürich 1981, S. 2465 („Staat“).

<sup>2</sup> Vgl. The Advanced Learner's Dictionary of Current English, London 1963, 2. Aufl., S. 984 („state“).

<sup>3</sup> Vgl. hierzu: E. Streissler, Macht und Freiheit in der Sicht des Liberalismus, in: Macht und ökonomisches Gesetz, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Bd. 74 II, Berlin 1973, S. 1400 ff.

<sup>4</sup> Daß der preußische König sein Amt so verstand, schildert Th. Fontane sehr anschaulich durch den Mund des Oberamtmanns Fromme, der den preußischen König, Friedrich II., mehrere Stunden auf einer Besichtigungsfahrt durch das Dosse-Bruch (Mark Brandenburg) begleitete: Das Dosse-Bruch, Friedrich II. Besuch im Rhin- und Dosse-Bruch, in: Wanderungen durch die Mark Brandenburg, verschiedene Ausgaben.

nem Lande wie der Gutsherr in seinem Gutshof“<sup>5</sup> —, endete in England der Kampf „auf dem Schafott Karls I.“<sup>6</sup>.

Daher röhrt wohl auch das unterschiedliche Selbstverständnis her, das die Bürokratie in Großbritannien und auf dem Festland lange Zeit beseelte. Schumpeter spricht bisweilen vom kontinentalen Staat als „Staatsmaschine“, womit ausgedrückt ist, daß die Bürokratie als willküriges Instrument staatlichen Willens betrachtet werden konnte<sup>7</sup>. Im Gegensatz dazu fühlte sich die britische Beamenschaft dem Prinzip des „limited government“ verpflichtet. Gerade daran hat Keynes Anstoß genommen, als die Beamten der „Treasury“ keine Notiz von der von ihm aufgedeckten Notwendigkeit und Möglichkeit staatlicher Regulierung der privatwirtschaftlichen Aktivität nehmen wollten<sup>8</sup>.

Wenn Keynes in der „General Theory“ vom „gemeinsamen Willen verkörpert in der Politik des Staates“ spricht<sup>9</sup>, fühlte er sich offensichtlich mehr der „landesväterlichen“ als „landesräuberischen“ Interpretation des Staates verpflichtet. Eine solche Interpretation deutete sich in seiner Bekenntnisschrift „Bin ich ein Liberaler?“ an und wurde in der programmatischen Schrift „Das Ende des Laissez-faire“ auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Aktivität übertragen.

Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, daß sich der durch und durch britische Keynes offensichtlich das kontinentale Staatsverständnis zu eigen gemacht hat, während der durch und durch kontinentale Schumpeter die aus einem solchen Verständnis fließende Annahme politischen Verhaltens — in den Worten Arthur Smithies' — für „höchst naiv“ gehalten hatte<sup>10</sup>.

Schumpeter sagt von Keynes, daß er „ein denkbar unpolitischer Mensch“ gewesen sei<sup>11</sup>. Dieses Urteil mutet einigermaßen überraschend

<sup>5</sup> J. A. Schumpeter, Die Krise des Steuerstaates, in: „Zeitfragen aus dem Gebiet der Soziologie“, 4. H. 1918, abgedruckt in: *Ders.*, Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, S. 17.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>7</sup> Schumpeter spricht von „einer Maschine, die bloß dienende und nicht herrschende Geister bemannen“ (ebenda, S. 22).

<sup>8</sup> Vgl.: J. M. Keynes, Democracy and Efficiency (From: The New Statesman and Nation, 28 January 1939), in: *Ders.*, The Collected Writings of John Maynard Keynes, Volume XXI (Activities 1931 - 1939), S. 496 f.

<sup>9</sup> J. M. Keynes, The General Theory of Employment, Interest, and Money, New York and London 1964 (Nachdruck), S. 377. (Deutsche Übersetzung: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München und Leipzig 1936, unveränderter Nachdruck Berlin 1974, S. 318).

<sup>10</sup> A. Smithies, Schumpeter and Keynes, in: Schumpeter Social Scientist, ed. by S. E. Harris, Cambridge (Mass.) 1951, S. 14.

<sup>11</sup> J. A. Schumpeter, J. M. Keynes (1883 - 1946), in: The American Economic Review, Vol. 36, 1946. Abgedruckt in: J. A. Schumpeter, Dogmenhistorische und biographische Aufsätze, Tübingen 1954, S. 306.

an, hat Keynes sich doch gern in politische Belange eingemischt — nicht ohne Erfolg — und strichsichere Politikerporträts gezeichnet. Bevor wir uns der Klärung dieses Sachverhalts zuwenden, wollen wir — die Vorliebe der hier zu Würdigenden aufnehmend, einen Sachverhalt mittels biographischer Notizen anzugehen — zunächst auf einige biographische Parallelen und auf das offensichtlich gespannte Verhältnis zwischen den beiden eingehen.

## II. Das persönliche Verhältnis zwischen Keynes und Schumpeter

Keynes und Schumpeter haben viel gemeinsam. Beide stammen aus ähnlichem gehobenen familiären Milieu. Ihre Elternhäuser sind geistigen Einflüssen gegenüber sehr aufgeschlossen. Sowohl Keynes als auch Schumpeter werden auf Eliteschulen unterrichtet und erzogen, beide ragen als Begabungen heraus. Sie genießen eine heutzutage unvorstellbare Bildung. Beide machen durch glänzende Veröffentlichungen früh auf sich aufmerksam, wobei die schöpferische Entfaltung Schumpeters in theoretisch-programmatischen Aufsätzen und einer gewaltigen theoriegeschichtlichen Monographie als Fünfundzwanzigjähriger geradezu phänomenal ist. Beide sind im Staatsdienst tätig gewesen, Keynes als Berater in vorderster Front und Schumpeter als Verwalter des Finanzressorts in schwierigsten Zeiten, beide haben sich privatwirtschaftlich betätigt.

Angesichts dieser Parallelen überrascht es, daß Keynes und Schumpeter sich persönlich nicht nähergekommen sind oder daß sie sich zumindest nicht ausgetauscht haben. Ein anderer jüngerer Wiener, F. A. v. Hayek, dessen reserviertes Verhältnis zur Keynesschen Lehre bekannt ist, hat dagegen in einem regen geistigen Austausch mit Keynes gestanden. Wenn wir das Keynessche Gesamtwerk durchgehen, so finden wir nur spärliche, ausgesprochen nebensächliche Hinweise auf Schumpeter<sup>12</sup>. Keynes hat Schumpeter wissenschaftlich kaum zur Kenntnis genommen. Keynes' Gleichgültigkeit können wir durch eine insulare Besonderheit erklären: Der Austausch mit dem „Cambridge-Circus“ war ihm Anregung und Bestätigung genug, alles andere war peripher.

Aber auch Schumpeter hat sich von Keynes nicht beeinflussen lassen. Seine Schriften wären kaum anders ausgefallen, wenn Keynes nicht gelebt und nicht geschrieben hätte. Darüber hinaus aber ist höchst be-

<sup>12</sup> Im „Treatise on Money“ wird Schumpeter von Keynes zustimmend zitiert, doch hat er seine Kenntnisse aus zweiter Hand (W. Mitchell und L. v. Mises). Ansonsten sind in den „Collected Writings“ bloß zwei Bestätigungs- bzw. Glückwunschschriften abgedruckt (Bk. XIII, S. 176 und 201) und ein Hinweis darauf, daß Keynes seine „General Theory ...“ an Schumpeter geschickt hat (XXIX, S. 207).

merkenswert, daß verschiedene Beobachter, die Schumpeter persönlich nahestanden, von Schumpeters distanziertem, ja sogar feindlichen Verhältnis zu Keynes sprechen. Smithies führt „Schumpeters Feindschaft gegenüber Keynes“ auf die unterschiedliche sozialphilosophische Einstellung zurück: Keynes stamme in direkter Linie von den englischen Utilitaristen ab, während Schumpeter kein utilitaristisches Blut in den Adern gehabt habe<sup>13</sup>. Das mag ja sein. Wieso soll daraus aber Feindschaft entstehen?

Erich Schneider, einer der besten Kenner des Schumpeterschen Werkes und auch persönlich mit ihm eng vertraut, sieht den „Grund für Schumpeters Feindschaft gegenüber Keynes . . . einzig und allein in der Tatsache, daß das Erscheinen des ‚Treatise‘ kurz vor der Vollendung des eigenen Werkes ihn um die Früchte jahrelanger Arbeit brachte“<sup>14</sup>. Auch Samuelson sieht im Erscheinen des „Treatise“ die Ursache für das gespannte Verhältnis Schumpeters gegenüber Keynes, charakterisiert es aber — wohl treffender — als Eifersucht<sup>15</sup>.

Doch greift beider Deutung zu kurz. Niemand, der wirklich ein großer Wissenschaftler zu nennen wäre, würde sich allein durch die Tatsache, daß vor ihm ein anderer über ein gleiches Thema publiziert hat, zu Eifersucht oder gar zu Feindschaft hinreißen lassen<sup>16</sup>. Es geht hier ja nicht um den Wettkampf zur Entdeckung des Südpols, wo allein der Zeitpunkt der Zielerreichung über Sieg und Niederlage entscheidet. Der „Treatise“ ist überdies kein Werk, das letzte Wahrheiten ausspricht. Ein gründliches Studium des Buches selbst und der Besprechungen machen klar, daß es sich hierbei um ein Werk handelt, das man als Stufe oder als Treppe zu tieferer Erkenntnis hätte nutzen können. Auch Schumpeter scheint später selbst so gedacht zu haben<sup>17</sup>. Ferner: Bei allem Respekt vor Schumpeter — sein nachgelassenes Buch über das Geldwesen ist kein Meisterwerk<sup>18</sup>.

---

<sup>13</sup> A. Smithies, S. 137.

<sup>14</sup> E. Schneider, Joseph A. Schumpeter, Leben und Werk eines großen Sozialökonomen, Tübingen 1970, S. 57.

<sup>15</sup> P. A. Samuelson, Diskussionsbeitrag, in: Keynes, Cambridge and The General Theory. The process of criticism and discussion with the development of the General Theory, ed. by D. Patinkin and J. Clark Leith, London and Basingstoke 1977, S. 88.

<sup>16</sup> Außerdem muß Schumpeter gewußt haben, daß von Keynes eine Publikation in Richtung des „Treatise on Money“ zu erwarten war. In „Die goldene Bremse an der Kreditmaschine“ (1927) schreibt Schumpeter: „Weiter noch ist Keynes vorgedrungen, in dessen bald zu erwartendem Buch über die Theorie des Kredits ich weitgehende Übereinstimmung zu finden hoffe.“ (In: Die Kreditwirtschaft, 1. Teil (Kölner Vorträge, Bd. I), Leipzig 1927, S. 95)

<sup>17</sup> Schumpeters späteres Urteil über den „Treatise on Money“ lautete: „. . . ein Jammer, daß die Ernte eingebracht wurde, ehe sie reif war“ (John Maynard Keynes 1883 - 1946, S. 320 und S. 315, Anm. 13).

Die im folgenden angedeutete Erklärung ist natürlich keineswegs fachpsychologisch abgesichert, doch könnte sie manches in Schumpeters Verhalten in klareres Licht tauchen. Schumpeters Abneigung wurzelt tiefer, als Smithies, Samuelson und Schneider vermuten. Es ist wohl eher die Abneigung dessen, der sich Keynes gegenüber, dem alle Siege wie reife Früchte in den Schoß zu fallen schienen, als Verlierer empfand. So glanzvoll Schumpeters akademische Karriere auch gewesen ist, die Lehrstühle in Wien oder Berlin, denen sein Trachten galt<sup>18</sup>, sind ihm versagt geblieben; Keynes dagegen behauptete von sich, daß er es sich finanziell nicht leisten könne, einen Lehrstuhl zu übernehmen<sup>19</sup>. Beide haben sich in der Politik umgetan. Keynes verließ sein Berateramt im Schatzamt, weil er den Kurs der Regierung nicht billigen konnte, und triumphierte in seinem Rechenschafts- und Erfahrungsbericht: „The Economic Consequences of the Peace“<sup>20</sup>. Schumpeter übernahm die Bürden des Finanzministers in schwierigen, inflationistischen Zeiten und mußte nach sieben Monaten einen wenig ehrenvollen Abschied nehmen. Er übernahm dann die Leitung einer Wiener Privatbank und war nach wenigen Jahren Bankrotteur. Nach glanzvollem Start war Schumpeter im Zenith seines Lebens — mit 41 Jahren — ein mit Schulden belastetes „Nichts“<sup>21</sup>. Keynes dagegen hielt sich auf seine spekulativen Fähigkeiten in Geldsachen viel zugute<sup>22</sup> — nicht zu Unrecht<sup>23</sup>.

In dieser Situation der Verzweiflung und der bittersten Resignation erhielt Schumpeter von der Universität Bonn einen Ruf auf den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft. Die neue Wirkungsstätte in Bonn gab seinem Leben Halt und Richtung<sup>24</sup>. Als Aufgabe wartete dort auf ihn die Weiterführung der in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwick-

<sup>18</sup> Das Buch, dessen Bearbeitung Schumpeter nach Erscheinen des „Treatise“ schlagartig einstellte und das im wesentlichen abgeschlossen war (E. Schneider, S. 56 f.), ist posthum von F. K. Mann herausgegeben worden: *Das Wesen des Geldes*, Göttingen 1970.

<sup>19</sup> Vgl. hierzu: E. Schneider, Joseph A. Schumpeter, S. 45 und S. 63.

<sup>20</sup> J. A. Schumpeter, John Maynard Keynes 1883 - 1946, S. 314 f.

<sup>21</sup> Schumpeter (ebenda, S. 310) schrieb: „Seine *Economic Consequences of the Peace* (1919) wurden in einer Weise aufgegriffen, die das Wort Erfolg abgedroschen und fad erscheinen läßt“.

<sup>22</sup> E. Schneider, Joseph A. Schumpeter, S. 46.

<sup>23</sup> F. Somary (*Erinnerungen aus meinem Leben*, Zürich o. J. (1955), S. 199) berichtet aus einem Gespräch mit Keynes: „Er (Keynes, J. St.) äußerte sich mir gegenüber geringschätzig über die Wissenschaft der Ökonomie und ihre Lehrer, wobei er ironisch sich nicht ausnahm, während er seinen Spekulationssinn mit sichtlichem Stolz hervorhob.“

<sup>24</sup> Erinnert sei in diesem Zusammenhang an Keynes' spekulative Erfolge an der Warenterminbörse.

<sup>25</sup> E. Schneider, J. Schumpeter, S. 46.

lung“ angelegten Ansätze zu einer Theorie sowohl des Geldwesens als auch des Konjunkturzyklus.

Da erschien zunächst der „Treatise“ (1930) und — wichtiger noch — im Jahre 1936 Keynes’ „General Theory“. Und das letztere ist nicht irgendein Werk, über dessen Leistung man zu höherer Erkenntnis gelangen kann. Nein — wenn die Welt auf Keynes’ Botschaft hört, dann hat sie für Schumpeters keine Ohren mehr. Schumpeter erlitt erneut eine vernichtende Niederlage: Die ökonomische Welt inhalierte Keynes’ „General Theory“ wie eine Droge; Schumpeters im Jahre 1938 erschienenes monumentales Werk, die „Business Cycles“, wurde auf ein Abstellgleis komplimentiert; dort steht es immer noch. Aber konnte Schumpeter in Harvard wenigstens getreuen Studenten seine Version der kapitalistischen Entwicklung vermitteln? Wieder eine Niederlage: Gerade die besten unter seinen Studenten zog es unwiderstehlich zu Keynes hin<sup>26</sup>.

Wenn Schumpeter von seiner Sicht der wirtschaftlichen und zugleich auch gesellschaftlichen Entwicklung überzeugt war — diese Sicht hat er in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ noch zur soziologischen Seite hin ausgebaut —, dann mußte er über Keynes und sich ähnlich denken, wie dies Keynes über Ricardo und Malthus getan hatte: „Wäre doch nur Malthus, statt Ricardo, die Stammwurzel der Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts geworden, ein wieviel weiserer und wohlhabenderer Platz wäre die Welt dann heute“<sup>27</sup>.

### **III. Wandel und Konstanz in Keynes’ Staatskonzeption**

#### **1. Die Auffassung des „jungen“ Keynes**

Schumpeters wie Keynes’ Denken kreist um die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Ihre Staatskonzeption ist dadurch maßgeblich beeinflußt. Beide sind bis zu einem gewissen Grade Deterministen. Sie sehen die kapitalistische Entwicklung in irgendeiner Form des Sozialismus enden. Doch ist dies nicht ein Sozialismus der landläufigen Art. Keynes glaubt, daß die Individualität des Menschen allein

---

<sup>26</sup> Samuelson als einer der Hauptbeteiligten erinnert sich: „He was jealous of Keynes, and he was very jealous of the fact that all his best students went tearing after this fellow. He genuinely didn’t see what there was that attracted them, so he blamed it on the Ricardian vice he was giving policy. Schumpeter misunderstood the mind of a graduate student who doesn’t really care a rip about policy but all he wants is an elegant model“ (A. Samuelson, Diskussionsbeitrag in: D. Patinkin and J. C. Leith, Eds., S. 87). — Was Samuelson nicht richtig sieht, ist, daß Schumpeter die Abwendung gerade der besten Schüler zu rationalisieren versucht.

<sup>27</sup> J. M. Keynes, Robert Malthus 1766 – 1835. Der erste der Cambridger Nationalökonomen, abgedruckt in: J. M. Keynes, Politik und Wirtschaft. Männer und Probleme, Tübingen—Zürich 1956, S. 153.

in einer Ära des „liberalen Sozialismus“ bewahrt bleiben könne<sup>28</sup>, während für Schumpeter die sozialistische Zukunft eher „faschistische Züge zeigen wird“<sup>29</sup>. Die in den Konjunktur- und Entwicklungstheorien involvierten Staatskonzeptionen sollen sichtbar gemacht werden.

Wie vereinbart sich die hier vertretene These, daß sich an Keynes und Schumpeter die konjunkturpolitischen Geister scheiden, mit der Feststellung von Keynes im „Treatise“<sup>30</sup>, daß er in der Ursachenanalyse der Schwankungen der Investitionstätigkeit der Erklärung Schumpeters folge? Dies gilt unter bestimmten Rahmenbedingungen: Immer wieder technische Erfindungen, die den internen Zins ansteigen lassen, und Gewerkschaften, die in ihrer Lohnpolitik Marktdaten akzeptieren. Der Schlüssel zu Keynes und Schumpeter ist die erwartete Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals. Der Keynes der „General Theory ...“ nimmt an, daß die großen Erfindungen gemacht seien; der interne Zins sinke ab, ohne daß der Geldzins in gleichem Maße heruntergehe; damit ist der Geldzins für ein Vollbeschäftigungsniveau zu hoch. Bei Schumpeter dagegen tun wagemutige Unternehmer gerade dann neue Investitionschancen auf, wenn alle Welt glaubt — und mit ihr alle Keynesianer —, daß der technische Fortschritt ausgeschöpft sei. Sicherlich gebe es Zeiten, in denen sich nicht viel tue, weil sich ein „Kondratieff“ seinem Ende näherte, doch folge auf ihn ein neuer „Kondratieff“. Daher lassen sich — entgegen der Auffassung von Arthur Smithies<sup>31</sup> — Schumpeter und Keynes auch nicht miteinander kombinieren.

Wenn Keynes glaubt — wie es in der „General Theory ...“ zum Ausdruck kommt —, daß der sich selbst überlassene ökonomische Prozeß auf eine sich verfestigende Unterbeschäftigung hinauslaufe — eine Situation, die die westliche Zivilisation auf Dauer nicht überstehe<sup>32</sup> —, dann muß er den Staat den stabilisierenden Part spielen lassen, womit dieser gleichsam unversehens in die Rolle des vorausschauenden und wohltätigen Landesvaters schlüpft. Oft wird angenommen, daß sich Keynes durch die zu seiner Zeit aktuelle Weltwirtschaftskrise zu seiner „General Theory ...“ habe inspirieren lassen, daß er also eine ad hoc gezimmerte Theorie zu einer allgemeinen aufgeputzt habe. Wir werden sehen, daß diese Interpretation so nicht zutrifft.

<sup>28</sup> J. M. Keynes, *Democracy and Efficiency*, S. 500.

<sup>29</sup> J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, 2. Aufl., S. 485. — Dabei sind beide von der Haltung her eher Konservative, wenngleich sie für den Konservativen als politischen Durchschnittstyp wenig übrig haben.

<sup>30</sup> J. M. Keynes, *Vom Gelde (A Treatise on Money)*, München und Leipzig 1932, S. 317 (27. Kap. A).

<sup>31</sup> Arthur Smithies, S. 136 f.

<sup>32</sup> J. M. Keynes, *The General Theory*, S. 381 (deutsche Übersetzung, S. 321).

Bei Keynes dreht sich alles um die Frage, welche „Agenda“ auf der politischen Tagesordnung stehen. In den „Ökonomischen Folgen des Friedensvertrages“ geht es ihm um die Wiederherstellung einer Weltwirtschaftsordnung, in der auch der Verlierer des Ersten Weltkrieges einigermaßen fair behandelt werde, nicht bloß, weil dies britischem „Fair play“ entspreche, sondern weil die ökonomische Knebelung des Besiegten auf Dauer allen Nationen schade<sup>33</sup>.

Keynes war aus den Diensten des Schatzamtes ausgeschieden, weil er die verhängnisvollen Konsequenzen eines Friedensvertrages sah, der aus der Sicht von Siegern konzipiert war, die sich Genugtuung für erlittene Unbill verschaffen, nicht aber an die Neuordnung der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit denken wollten. Keynes kannte sowohl die Arbeitsweise des bürokratischen Apparates — ein falsches Wort für die damals im Dienste der Regierung stehenden Beamten — als auch Gewohnheiten und Stil der eigentlich politisch Verantwortlichen aus eigener Erfahrung. Niemand unter den Volkswirten konnte also genauer wissen, womit er es zu tun hatte, wenn die Rede auf Staat und Politiker kam.

Diese Erfahrungen prägen die ausgesprochen skeptische Einstellung des „jungen“ Keynes zu Politik und parlamentarischer Demokratie:

- (1) Er teilt die gewissermaßen traditionelle Einstellung der Briten gegenüber ihren Politikern, die diesen alles mögliche zutrauen, nicht aber, daß sie das eigene Interesse hinter das Gemeinwohl hintanstellten<sup>34</sup>. Keynes ist sogar ein extremer Vertreter dieser Auffassung: „Die gewöhnlichsten Tugenden der Einzelnen fehlen oft den Wortführern der Völker. Ein Staatsmann, der nicht sich, sondern sein Land vertritt, kann sich, wie die Geschichte beweist, rachsüchtig, treulos und selbstisch zeigen, ohne sich übermäßigem Tadel auszusetzen“<sup>35</sup>.
- (2) Die zweite Erfahrung ist die Frucht der Erkenntnis eines Mannes, der — selbst die Hand am Pulsschlag des wissenschaftlichen Fortschritts — mit den theoretischen Auffassungen politischer Praktiker

<sup>33</sup> E. A. G. Robinson berichtet (John Maynard Keynes, 1883 - 1946, abgedruckt in: J. M. Keynes, Politik und Wirtschaft, S. 22), daß die Publikation der „Ökonomischen Folgen des Friedensvertrages“ Keynes den Vorwurf eingebbracht habe, „daß er pro-deutsch wäre, während er doch in Wirklichkeit pro-englisch und pro-Welt war.“

<sup>34</sup> E. Streissler (S. 1399) hat für diese Haltung ein sarkastisches Aperçu formuliert: „Ein ‚erster Diener seines Staates‘ paßte nicht in die Erfahrungswelt der Engländer; was sie kannten waren wohl verdienende (im Original hervorgehoben, J. St.) erste Diener ihrer selbst.“

<sup>35</sup> J. M. Keynes, Die ökonomischen Folgen des Friedensvertrages, München und Leipzig 1920, S. 49.

konfrontiert wird: „Man hat das Gefühl, das allgemeine volkswirtschaftliche und finanzielle Bildungsniveau der Politiker und Bankiers sei schwerlich hoch genug, um Neuerungen durchführbar oder unbedenklich erscheinen zu lassen“<sup>36</sup>. Gern zitiert wird die Schlußsentenz aus der „General Theory ...“ über den Einfluß der Theoretiker von gestern auf die Politiker von heute<sup>37</sup>.

- (3) Die dritte Erfahrung könnte man unter „Demokratiever sagen“ fassen: Die Wünsche eines verzogenen und verwöhnten Kindes (genannt „Volk“) zwingen die Politiker, wenn sie nicht aus dem Amte gejagt werden wollen, auch das Törchteste noch gutzuheißen: „Man lobe deshalb die Schönheit der Flammen, nach welchen es (das Kind ‚Volk‘, J. St.) greifen will ... ; ja, man sporne es noch an“<sup>38</sup>. Doch hat Keynes in die Zeichnung seines Politikerbildes auch hellere Farben gemischt. Auf die eben zitierte Passage des gefährlichen Spiels mit dem Feuer folgt: „Und (man) warte ... als kluger und väterlicher Retter der Gesellschaft mit wachsamer Sorge auf den richtigen Augenblick, um es (das Kind, J. St.) zurückzureißen, wenn es sich gerade die Finger verbrannt hat und daher nun ganz Ohr ist“<sup>39</sup>. Dies ist zwar nicht die Beschreibung des Durchschnittspolitikers, sondern herausragender Politiker, die — die Spielregeln der Demokratie beachtend — das Kind „Volk“ auf dem rechten Weg halten wollen.

Insgesamt geben die Werke des „jungen“ Keynes einen hervorragenden Steinbruch für Monetaristen ab, die auf der Jagd nach Bausteinen für eine Theorie des Politikversagens sind, um staatliche Konjunktursteuerung lächerlich zu machen. Keynes’ damalige Vorliebe für stabiles Geld rundet das Bild bloß ab<sup>40</sup>.

## 2. Eine Zwischenphase

Ein Wechsel in den „Agenda“ deutet sich im „Tract on Monetary Reform“ an, eine Schrift, die gewissermaßen auf der Kippe steht. Wir

<sup>36</sup> J. M. Keynes, Ein Traktat über Währungsreform, München und Leipzig 1924, S. 173.

<sup>37</sup> J. M. Keynes, The General Theory, S. 383 (deutsche Übersetzung, S. 325). — Es gibt hierzu im Schrifttum eine erstaunlich ähnliche Formulierung ausgerechnet bei Schumpeter: „Mag wer will den Wert der Theorie leugnen — der ‚Praktiker‘ jedenfalls darf es nicht. Denn er treibt immer Theorie, und seine Anschauungen sind meist nichts anderes als Theorien von vor 200 Jahren.“ (Das Grundprinzip der Verteilungstheorie, abgedruckt in: Ders., Aufsätze zur ökonomischen Theorie, Tübingen 1952, S. 321, Anm. 1)

<sup>38</sup> J. M. Keynes, Revision des Friedensvertrages. Eine Fortsetzung von „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“, München und Leipzig 1922, S. 1.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Vgl.: J. M. Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, S. 192, ferner: Ders., Ein Traktat ..., S. V.

finden hier wieder den Skeptiker, der die Finanzminister am liebsten an die Kette gelegt sehen möchte<sup>41</sup>, jedoch den Goldstandard ablehnt, weil damit der binnenwirtschaftliche Wert des Geldes von den unberechenbaren Bewegungen des Goldes abhänge<sup>42</sup>. Er plädiert für die *politische Stabilisierung* gegenüber einem bestimmten Warenbündel mittels geeigneter Instrumente. Er spricht daher von einer manipulierten Währung und er widmet sein Buch „bescheiden und ohne Erlaubnis den Leitern und dem Beirat der Bank von England, denen jetzt und in Zukunft eine sehr viel schwerere und kritischere Aufgabe anvertraut ist als in früheren Zeiten“<sup>43</sup>.

Die Betrauung der Leiter der Notenbank mit der Rolle der aktiven Stabilisierung des Geldes ist der Einstieg in eine umfassende Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität; über die endgültige ordnungs-politische Kehrtwendung in Keynes' Denken unterrichtet seine programmatische Bekenntnisschrift: „Bin ich ein Liberaler?“ Wenn er hier sagt<sup>44</sup>, daß er Freihandel zwar wegen des komparativen Kostenvorteils für vernünftig halte, aber nicht länger an die politische Philosophie, die die Freihandelslehre schmücke, glaube, dann ist immerhin dokumentiert, daß er bislang daran geglaubt hat.

Seine geänderte Auffassung basiert auf einer neuen Einsicht in die wirtschaftliche Entwicklung und der daraus resultierenden Ordnungspolitik. Er unterscheidet im Anschluß an Professor Commons drei Zeitabschnitte<sup>45</sup>:

- Das Zeitalter der Knappeit mit einem Höchstmaß kollektiver Überwachung durch körperlichen Zwang;
- das Zeitalter der Fülle mit einem Höchstmaß an persönlicher Freiheit: „Im neunzehnten Jahrhundert gipfelte diese Epoche herrlich in den Siegen des laissez-faire und des geschichtlichen Liberalismus“;
- das Zeitalter der Stabilisierung als „das wirkliche Gegenstück zum Marxschen Kommunismus“; in diesem Zeitabschnitt gebe es „eine Verminderung der persönlichen Freiheit, teilweise erzwungen durch Regierungsmaßnahmen, hauptsächlich aber durch wirtschaftlichen

---

<sup>41</sup> J. M. Keynes, Ein Traktat . . ., S. 173.

<sup>42</sup> J. M. Keynes, Ein Traktat . . ., S. 174 ff. und 5. Kapitel.

<sup>43</sup> Ebenda, S. VI.

<sup>44</sup> J. M. Keynes, Am I a Liberal? in: *Ders.*, The Collected Writings, Vol. IX: Essays in Persuasion, S. 298. Deutsche Übersetzung: Bin ich ein Liberaler? in: *Ders.*, Politik und Wirtschaft, S. 247. (Die Übersetzung ist nicht immer ganz zuverlässig: So wird der zentrale Begriff „Stabilisation“ als „Gleichgewicht“ übersetzt)

<sup>45</sup> Ebenda, S. 303 f. (deutsche Übersetzung, S. 252 f.).

Druck mit Hilfe verabredeten Handelns, sei es geheim, halb offen, offen, schiedsgerichtlich, durch Vereinigungen, Körperschaften, Verbände und andere gesamtheitliche Bewegungen von Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Arbeitern, Bauern und Bankiers“<sup>46</sup>.

Hier schimmert das Konzept des „korporativen Kapitalismus“ durch, für das neue Lenkungsinstrumente gesucht werden müssen. Keynes registriert nicht bloß offenkundige Veränderungen, sondern stellt sich auch positiv dazu: „Der Übergang von wirtschaftlicher Gesetzlosigkeit zu einer Ordnung, die bewußt auf eine Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte im Sinne gesellschaftlicher Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Gleichgewichts abzielt, wird ungeheure Schwierigkeiten sowohl technischer wie politischer Natur darbieten . . .“<sup>47</sup>. Auf wirtschaftlichem Gebiet bedeutet dies vor allem anderen, „daß wir eine neue Politik und neue Instrumente finden müssen, um die wirtschaftlichen Kräfte so anzufassen und zu kontrollieren, daß sie mit den zeitgenössischen Vorstellungen von dem, was im Interesse der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Gleichgewichts recht und billig ist, nicht unerträglich zusammenstoßen“<sup>48</sup>. Dieser programmatiche Satz zeigt die Häutung des „jungen“ zum „reifen“ Keynes.

Sollen diese Aufgaben dieselben Männer erledigen, die Keynes zuvor als gewissenlos und unfähig hingestellt hat? Keynes bleibt skeptisch: „Für diese Zwecke werden Minister und Parlament ungeeignet sein“<sup>49</sup>. Er schlägt andere Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse vor: „Unsere Aufgabe muß es sein, zu dezentralisieren und zu übertragen, wo immer es möglich ist; und vor allem halbunabhängige Körperschaften und Verwaltungsorgane einzurichten, denen die Pflichten der Regierung, alte und neue, anvertraut werden, ohne daß jedoch der demokratische Grundsatz oder die letztliche Oberhoheit des Parlaments beeinträchtigt wird“<sup>50</sup>.“ Keynes weiß also um die Schwierigkeiten der Legitimation der neuen Organe und um die Gefahr der faktischen Entmachtung des Parlaments.

Die dogmengeschichtlich und zugleich programmatisch angelegte Studie „The End of Laissez-faire“ ist die Übertragung dieser Ideen auf das Feld der Investitionssteuerung. Ausgehend von den unsicheren unternehmerischen Erwartungen, die zu falschen Investitionsentscheidungen größerem Ausmaßes verleiten könnten, gelangt Keynes zu der Schluß-

<sup>46</sup> Ebenda, S. 305 (deutsche Übersetzung, S. 253).

<sup>47</sup> Ebenda.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 306 (deutsche Übersetzung, S. 254).

<sup>49</sup> Ebenda, S. 301 f. (deutsche Übersetzung, S. 250).

<sup>50</sup> Ebenda.

folgerung, „daß das Heilmittel zum Teil in der Sammlung und weiteren Bekanntmachung geschäftlicher Statistiken liegt, einschließlich der vollen Publizität aller wissenswerten geschäftlichen Tatsachen, die, wenn nötig, gesetzlich erzwungen werden müßte“<sup>51</sup>. Keynes schlägt also eine Art obligatorisches Investitionsclearing vor. Seine zweite Schlußfolgerung betrifft die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Steuerung von Ersparnissen und Kapitalanlagen: „Ich glaube, daß wir zu einer gemeinsamen vernünftigen Entscheidung kommen müssen über den Umfang, in dem das Sparen innerhalb der Gemeinschaft erwünscht ist, und über den Umfang, in dem diese Ersparnisse im Ausland angelegt werden müssen“<sup>52</sup>.

Keynes' Skizzierung des hierzu erforderlichen institutionellen Arrangements — „die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit (liegt) irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat“<sup>53</sup> — und das damit zusammenhängende Procedere der Willensbildung gleicht dem eigentümlichen Rhythmus der Echternacher Springprozession:

- Der Wettstreit unterschiedlicher Interessen (gleich Laissez-faire) bringt gesellschaftlich unbefriedigende Ergebnisse mit sich; daher muß der Staat zusätzliche Aufgaben übernehmen.
- Da die Politiker hierzu aus den zuvor geschilderten Gründen außerstande sind, müssen die neuen Aufgaben halbautonomen Körperschaften überlassen bleiben. Hierzu ist ein gehöriger Schuß Altruismus notwendig, der von der heutigen Menschheit (noch) nicht erwartet werden kann. Daher muß Raum bleiben für die Realisierung von Gruppeninteressen<sup>54</sup>.
- Damit diese nun nicht wiederum dominieren, sind die halbautonomen Körperschaften, wenn alle Stricke reißen, der Verkörperung des Souveräns, dem Parlament, verantwortlich<sup>55</sup>.

Wer hält aber die Politiker, wenn sie sich tatsächlich so verhalten, wie Keynes sie geschildert hat, davon ab, sich mit den Vertretern von Gruppeninteressen gegen das Gemeinwohl zu verbünden?

---

<sup>51</sup> J. M. Keynes, The End of Laissez-faire, in: *Ders.*, The Collected Writings, Vol. IX: Essays in Persuasion, S. 292 (deutsche Fassung: Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinschaft, München und Leipzig 1926, S. 36).

<sup>52</sup> Ebenda.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 288 (deutsche Fassung, S. 31).

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 289 (deutsche Fassung, S. 32).

### 3. Der Staat als Verkörperung des gemeinschaftlichen Willens

Die Ungereimtheiten seines institutionellen Ansatzes hat Keynes in der ordnungspolitischen Konzeption der „General Theory“ überwunden. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe schreibt er, seine Theorie könnte besonders leicht den Verhältnissen eines totalen Staates angepaßt werden<sup>56</sup>. Damit will er aber keineswegs für eine umfassende staatliche Verantwortung plädieren; denn „die autoritären Staatsysteme von heute lösen das Problem der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Leistungsfähigkeit und der Freiheit“<sup>57</sup>. Er sieht in seiner Konzeption vielmehr den Versuch, soviel individuelle Freiheit wie möglich zu sichern, indem über die gesellschaftliche Kontrolle der Investition das Übel Arbeitslosigkeit angegangen wird. Er versteht seine Konzeption daher als systemstabilisierend. Mißverständlich ist seine Feststellung — vor allem in der deutschen Übersetzung —, „daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird“<sup>58</sup>. Keynes meint damit nicht, daß der Staat für jeden Investitionsakt Verantwortung tragen, sondern durch ein System von Incentives auf die Rentabilität im Sinne einer Optimumrate einwirken sollte: „Es ist nicht der Besitz der Produktionsmittel, deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Hilfsmittel und die grundlegende Rate der Belohnung an ihre Besitzer bestimmen kann, wird er alles erfüllt haben, was nötig ist“<sup>59</sup>. Der Begriff „comprehensive socialisation of investment“ meint also nicht „völlige Verstaatlichung der Investitionstätigkeit“, sondern „umfassende gesellschaftliche Veranlassung zur Investition“. Gewollt ist, einen *Gesamtausstoß* zu erzielen, der mit Vollbeschäftigung vereinbar ist. Wenn das gewährleistet sei, komme wieder die klassische Analyse ins Spiel: Privates Selbstinteresse würde bestimmen, wie die Aufteilung des vorgegebenen Produktionsvolumens zu vollziehen sei, in welchen Proportionen die hierzu notwendigen Produktionsfaktoren kombiniert würden und wie der Wert der Endproduktion auf sie aufgeteilt würde<sup>60</sup>.

Keynes hat sich jedoch Hinweise erspart, wie er die klassische Welt der Allokation und Verteilung mit der Keynesschen vereinbar machen will. Wenn der Staat sich in „gesellschaftlicher Veranlassung der In-

<sup>56</sup> J. M. Keynes, Allgemeine Theorie ..., S. IX.

<sup>57</sup> J. M. Keynes, The General Theory ..., S. 381 (deutsche Übersetzung, S. 321).

<sup>58</sup> Ebenda, S. 378 (deutsche Übersetzung, S. 319).

<sup>59</sup> Ebenda.

<sup>60</sup> Ebenda.

vestition“ zwecks Realisierung von Vollbeschäftigung versucht, dann müssen Investitionen getätigt werden, die aus einzelwirtschaftlicher Sicht unterlassen wurden, weil sie nicht gewinnbringend waren oder weil vielleicht die einzelwirtschaftlichen Kombinationen von Produktionsfaktoren nicht effizient genug waren. Der Vorschlag von Keynes, die grundlegende Rate der Belohnung an die Produzenten im Sinne der Vollbeschäftigung festzulegen, hieße, den Zinssatz so zu senken, daß auch die „Fußkranken“ noch zu Investitionen bereit sind. Dann ist aber damit zu rechnen, daß nicht alle Unternehmen, die sich wegen niedriger Zinsen zu Investitionen haben verleiten lassen, die Zins- und Tilgungsleistungen werden erwirtschaften können. Auf mittlere und längere Frist bedeutet die Bindung von Produktionsfaktoren in unrentablen Verwendungen, daß überfällige industrielle Flurbereinigungen unterbleiben. Damit werden die Expansionsmöglichkeiten der rentabel arbeitenden Betriebe beschnitten werden. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist geringer, als sie sonst wäre; darunter leidet auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Ein allgemeiner oder zumindest partieller Zollschutz wird zusätzlich erforderlich sein. Damit wäre das Prinzip des komparativen Kostenvorteils, an dem Keynes zehn Jahre vorher noch festhalten wollte, unterminiert. Es ist daher folgerichtig, wenn er nun der mercantilistischen Medizin in Außenhandelsfragen mehr Kredit gibt als der klassischen<sup>61</sup>.

Die dichter und komplexer werdende Regelungsmaterie auf der wirtschaftspolitischen Traktandenliste hinterläßt ihre Spuren in der Keynesschen Staatskonzeption und in dem Maße der Zuordnung von Verantwortung: Erst war die Stabilisierung der Notenbank anvertraut, dann sollten halbautonome Körperschaften für die Steuerung zuständig sein, schließlich müssen staatliche Organe — Exekutive und Administration — die stabilisierungspolitische Aufgabe übernehmen. In einem programmatisch angelegten Interview erläuterte Keynes die Notwendigkeit staatlicher Verantwortung für Vollbeschäftigung und führt dann bezüglich der Rolle, die die Ministerialbürokratie (Civil Service) dabei spielen müßte, aus: „Soll ich zu dem anderen Haupthindernis auf dem Wege zu der unumgänglichen Aktion übergehen? Ich sehe es in dem Tatbestand, daß die gegenwärtigen Spitzen unserer Ministerialbürokratie mit der Laissez-faire-Tradition groß geworden sind und ihr größtenteils noch verhaftet sind ... Wenn das aber nicht mehr unsere Sache ist, dann kann nichts schlimmer sein. Die Ministerialbürokratie wird heutzutage von der Denkschule des Schatzamts beherrscht, trainiert durch Tradition, Erfahrung und eine angeborene Fähigkeit zu

---

<sup>61</sup> Ebenda, S. 333 ff., besonders S. 334 (deutsche Übersetzung: S. 282 ff., besonders S. 283).

intelligenter Obstruktion“<sup>62</sup>. Hier ist der Weg konzeptionell vorgezeichnet, bei dessen Begehung die Ministerialbürokratie zwangsläufig zu einem Werkzeug staatlicher Beschäftigungstherapien werden mußte.

Keynes' letzte Publikation „The Balance of Payments of the United Staates“<sup>63</sup> kann als eine Korrektur an den ordnungspolitischen Schlußfolgerungen, die allgemein aus der „General Theory ...“ gezogen wurden, verstanden werden. Keynes schreibt: „Wir brauchen schnellere und weniger schmerzliche Hilfen (als die klassische Medizin, J. St.), von denen Wechselkursänderungen und umfassende Importkontrollen die wichtigsten sind. Aber auf lange Sicht werden diese Mittel besser arbeiten und wir werden sie weniger brauchen, wenn die klassische Medizin zugleich ihre Wirkung tut. Und wenn wir die klassische Medizin gänzlich aus unseren Systemen entfernen, werden wir womöglich von Hilfsmittel zu Hilfsmittel treiben und werden niemals wieder richtig fit werden ... Deshalb habe ich (bezüglich des Bretton-Woods-Abkommens, J. St.) in meiner Ansprache im House of Lords behauptet: ‚Hier ist ein Versuch, in die Tat umzusetzen, was wir aus moderner Erfahrung und moderner Analyse gelernt haben, die Weisheit von Adam Smith nicht zu zerstören, sondern einzubauen‘“<sup>64</sup>.

Zugegeben — hier paßt manches nicht zusammen, wie etwa die „unheilige Allianz“ *umfassender Importkontrollen und klassischer Medizin* oder die Erwartung, daß Politiker sich zur klassischen Medizin der Enthaltsamkeit bekehren lassen, wenn sie sich zuvor — mit Wechselkursen und Importkontrollen jonglierend — als Garanten der Vollbeschäftigung haben feiern lassen. Zweifelsfrei ist aber Keynes zu der Einsicht gelangt: Staatliche Interventionen in das Marktgeschehen sind für die gesamtwirtschaftliche Produktivität nachteilig, wenn sie auf lange Sicht die Marktgesetze außer Kraft setzen. Die Formulierung „treiben von Hilfsmittel zu Hilfsmittel“ erinnert geradezu an von Mises' Interventionsspiralen. Daraus kann man schließen, daß Keynes die Konsequenz unterlassener Flurbereinigungen zugunsten an der aktuellen Vollbeschäftigung orientierter Staatsaktivität in ihrer Wirkung auf mittel- und langfristige Sicht ähnlich wie hier geschehen beurteilen würde.

#### 4. Der feste Punkt

Spannen wir zum Schluß noch einmal den Bogen vom „jungen“ über den „reifen“ zum „alten“ Keynes. Er hat seine Staatskonzeption quasi als abhängige Variable betrachtet, seine Konjunkturschau als unabhängige

<sup>62</sup> J. M. Keynes, Democracy and Efficiency, S. 496 f. (eigene Übersetzung).

<sup>63</sup> J. M. Keynes, The Balance of Payments of the United States, in: The Economic Journal, Vol. 56, June 1946. Hier zitiert nach einem Reprint.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 15 (eigene Übersetzung).

Variable. Man kann ihm durchaus den Vorwurf machen, daß er vielleicht zu unbedenklich seine Staatskonzeption konjunkturpolitischen Erfordernissen angepaßt und die politische Dynamik, die Ideen entwickeln, wenn sie von Politikern erst einmal aufgegriffen und in die jeweiligen Debattenführungen einbezogen würden, übersehen habe. Nun ist ja von Keynes bekannt, daß er behende frühe Überzeugungen zum alten Eisen werden und von Minute zu Minute seine Auffassung ändern konnte<sup>65</sup>. Röpke spricht von „einer geradezu husarenhaften Unbekümmertheit“<sup>66</sup>.

Keynes' Denken kreiste bei aller Wendigkeit oder Unbekümmertheit immer um ein Problem: Wie erhalten wir in einer auf Privateigentum fußenden Gesellschaft bei der Notwendigkeit staatlicher Stabilisierungspolitik für das Individuum ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit? Er hat für dieses Anliegen die Formel „Liberaler Sozialismus“ geprägt<sup>67</sup>. Natürlich läßt diese Formel bei gestandenen Liberalen so gleich die Alarmglocke schrillen; die Argumentationsketten sind vorbereitet. Keynes will mit dieser Formel ein System beschreiben, „wo wir als eine organisierte Gesellschaft für gemeinschaftliche Zwecke wirken und soziale und ökonomische Gerechtigkeit anstreben können, während wir das Individuum respektieren und schützen — seine Freiheit der Wahl, seinen Glauben, seine Empfindung und ihr Ausdruck, sein Unternehmen und sein Eigentum“<sup>68</sup>. Das hört sich keineswegs sozialistisch an — Mitglieder der Mont Pèlerin Society vielleicht ausgenommen —, es könnte heutzutage das Motto jeder konservativen Partei sein.

Entscheidendes Licht auf Keynes' Haltung wirft sein Bekenntnis zum Privateigentum. Er tritt für Privateigentum in erster Linie nicht wegen der ökonomischen Effizienz einzelwirtschaftlicher Entscheidungen ein, sondern wegen des Schutzes des Individuums gegenüber staatlicher Allmacht: „Ja, ich bin mehr und mehr überzeugt, daß tiefe Weisheit jene Denker des 17. und 18. Jahrhunderts beseelte, die eine fundamentale Beziehung zwischen persönlicher und politischer Freiheit und den Rechten auf privates Eigentum und privates Unternehmertum entdeckten und predigten“<sup>69</sup>.

<sup>65</sup> Über ihn wird folgende Anekdote erzählt: Ein Premierminister äußert seine Verzweiflung über die nationalökonomische Zunft: Wenn man an fünf Nationalökonomen eine Frage richte, bekomme man fünf verschiedene Antworten; wenn sich Keynes darunter befände, wären zwei Antworten allein von Keynes.

<sup>66</sup> W. Röpke, Keynes und unsere Zeit, in: Neue Zürcher Zeitung, 5. Mai 1946, abgedruckt in: Ders., Gegen die Brandung, Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit, gesammelt und herausgegeben von A. Hunold, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1959, S. 363.

<sup>67</sup> J. M. Keynes, Democracy and Efficiency, S. 500.

<sup>68</sup> Ebenda (eigene Übersetzung).

<sup>69</sup> Ebenda, S. 493 (eigene Übersetzung).

Dies wiederum könnte als Motto über einer Tagung der Mont Pèlerin Society stehen. Wilhelm Röpke und F. A. v. Hayek<sup>70</sup> hätten nicht klarer und engagierter formulieren können. Vielleicht hatte auch Röpke mit seiner frühzeitig geäußerten Vermutung recht, daß Keynes kein Keynesianer geworden wäre, „daß er ... als ein allseitig beweglicher Geist wahrscheinlich, wäre ihm das Leben gegönnt gewesen, selber die wirksamste Korrektur des ‚Keynesianismus‘ geschrieben haben würde“. Röpke schreibt weiter: „Was für ihn rasch umschlagendes geistiges Betriebskapital war, ist für die weniger Beweglichen zu einem immobilen Anlagekapital geworden, dessen Rentabilität mit allen Mitteln verteidigt wird, einschließlich der monopolistischen Abschirmung“<sup>71</sup>.

#### IV. Die kapitalistische Entwicklung prägt Schumpeters Staatskonzeption

##### 1. Die freischwebende Intelligenz

Keynes wußte, wo sein Platz war. Schumpeter schien keiner Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung oder Weltanschauung zugehörig; als Betrachter wollte er den Gang der Entwicklung offenlegen. Diese Einstellung wird durch ein geradezu dramatisches Zusammentreffen mit Max Weber erhellt. Die Schilderung dieses Treffens verdanken wir Felix Somary: „Das Gespräch (zwischen Max Weber und Schumpeter, J. St.) war auf die Russische Revolution gekommen, und Schumpeter hatte darüber sein Vergnügen geäußert, da der Sozialismus nicht mehr eine Papierdiskussion bleibe, sondern seine Lebensfähigkeit erweisen müsse. Weber erklärte mit einiger Erregung den Kommunismus im russischen Entwicklungsstadium geradeaus für ein Verbrechen (er sprach russisch und hatte sich mit russischen Problemen viel befaßt); der Weg würde über unerhörtes menschliches Leid gehen und in einer furchterlichen Katastrophe enden. ‚Kann schon sein‘, sagte Schumpeter, ‚aber das wird für uns ein rechtes Laboratorium sein.‘ — ‚Laboratorium mit gehäuften Menschenleichen‘, fuhr Weber auf. ‚Das ist jede Anatomie auch‘, gab Schumpeter zurück. — Weber wurde heftig und lauter, Schumpeter sarkastischer und leiser, ringsum unterbrachen die Kaffee-

<sup>70</sup> Keynes hat seine sozialphilosophische Übereinstimmung mit F. A. v. Hayek in einem Brief anlässlich der Veröffentlichung von „The Road to Serfdom“ (Brief vom 28. Juni 1944) geäußert: „In my opinion it is a grand book. We all have the greatest reason to be grateful to you for saying so well what needs so much to be said. You will not expect me to accept quite all the economic dicta in it. But morally and philosophically I find myself in agreement with virtually the whole of it; and not only in agreement with it, but in a deeply moved agreement.“ Zitiert nach: R. F. Harrod, *The Life of John Maynard Keynes*, London 1952, S. 436.

<sup>71</sup> W. Röpke, Was lehrt Keynes? Die Revolution in der Nationalökonomie, in: *Universitas*, Dez. 1952. Abgedruckt in: *Ders.*, Gegen die Brandung, S. 265.

hausgäste ihre Spielpartien und hörten neugierig zu, bis Weber aufsprang und mit den Worten ‚das ist nicht mehr auszuhalten‘ auf die Ringstraße hinauseilte ... Schumpeter, der mit mir (Felix Somary, J. St.) zurückblieb, sagte nur lächelnd: ‚Wie kann man nur so in einem Kaffeehaus brüllen“<sup>72</sup>.

Die ausgeprägte Vorliebe Schumpeters, die Rolle des vorurteilslosen Betrachters zu spielen, der sich an nichts gebunden fühlt, kommt deutlich in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ zum Tragen. Hier sieht er den Kapitalismus „in Schönheit“ untergehen und den sozialistischen Morgen heraufziehen: Der Kapitalismus geht an seinen Erfolgen zugrunde. „Weltuntergangssthetiken“ hat man ihn deswegen genannt<sup>73</sup>.

Seine „Vision“<sup>74</sup> der sozialistischen Morgenröte ist nicht durch den tatsächlich ablaufenden Entwicklungsprozeß geprägt, also keine Interpretation und Verallgemeinerung eines zeitgebundenen Befundes, sondern Frucht seiner Erkenntnis des kapitalistischen Bewegungsgesetzes. In „Die Krise des Steuerstaates“ lässt er bereits die Grundmelodie anklingen: „Und doch ist die erste Voraussetzung für das sozialisierte Gemeinwesen, daß der Kapitalismus seine Arbeit getan hat und eine kapitalsatte, durch Unternehmergehirne streng rationalisierte Volkswirtschaft vorhanden ist, so daß man mit Ruhe der im Sozialismus unvermeidlichen Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung ... entgegensehen kann“<sup>75</sup>.

## **2. Staatliche Aktivität im Rahmen der kapitalistischen Konjunkturzyklen — fehl am Platz!**

Kapitalistische Entwicklung bedeutet Bruch mit dem Hergestrichenen. Unternehmer mit Weitblick und Durchsetzungsvermögen („dynamische Unternehmer“) reißen die Volkswirtschaft aus ihrem „Dornröschen-schlaf“; sie betreten wirtschaftliches Neuland (Realisierung „neuer

---

<sup>72</sup> F. Somary, Erinnerungen aus meinem Leben, Zürich o. J. (1955), S. 171 f.

<sup>73</sup> H. Höfer und M. Witte, Wozu privates Eigentum. Auffassungen über die Funktionen des privaten Produktiveigentums in der deutschsprachigen Nationalökonomie (Grundlagen-Eigentum und Politik, hrsg. vom Otto A. Friedrich-Kuratorium, Bd. 3), Köln 1978, S. 65.

<sup>74</sup> So pflegte Schumpeter sein umfassendes Gesamtbild des sozial-ökonomischen Prozesses zu nennen. Vgl. hierzu: G. Haberler, Joseph Alois Schumpeter, in: The Quarterly Journal of Economics, Bd. 64, 1950. Übersetzt und abgedruckt in: H. C. Recktenwald (Hrsg.), Lebensbilder großer Nationalökonomien. Einführung in die Geschichte der Politischen Ökonomie, Köln und Berlin 1965, S. 523.

<sup>75</sup> J. A. Schumpeter, Die Krise des Steuerstaates, in: Zeitfragen aus dem Gebiet der Soziologie, abgedruckt in: ders., Aufsätze zur Soziologie, Tübingen 1953, S. 57.

Kombinationen“) und bringen dadurch den Entwicklungsprozeß voran; sie brechen das Eis für andere dynamische Unternehmer. Sie konkurrieren den „statischen Wirten“, die im Rahmen des geläufigen Kreislaufs gerade die Abschreibungen erwirtschaften, die Produktionsmittel weg, und zwar mit Hilfe zusätzlicher Bankkredite, die ihnen wagemutige Bankiers eingeräumt haben. Die Tilgungen und Zinszahlungen werden aus den Sonderprofiten, die die neuen Kombinationen abwerfen, gezahlt. Wegen der „Verlängerung der Produktionsumwege“ geht in einer Übergangsphase der Ausstoß an traditionellen Produkten zurück; das Preisniveau steigt. Die Vergabe zusätzlicher Kredite zieht also einen unfreiwilligen Konsumverzicht nach sich. Die vermehrte Investitionstätigkeit und der allgemeine Preisanstieg, der bei zunächst gleichbleibenden Kosten eine höhere Rentabilität verspricht, rufen eine Welle allgemeiner Euphorie hervor. Dies veranlaßt auch die „statischen Wirte“ zu zusätzlichen Investitionen; ein allgemeiner Konjunkturaufschwung setzt ein. Sinken nun die Preise wieder, weil nach einer gewissen Ausreifungszeit das Produktionsvolumen steigt, und ziehen zugleich die Preise für Produktionsfaktoren (Löhne, Zinsen) an, so stellt sich ein Teil der Investitionen als Fehlkalkulation heraus. Die Investitionstätigkeit geht deutlich zurück; der Konjunkturabschwung hat begonnen, die Nachfrage fällt; die Investitionsgüterindustrie erweist sich als überdimensioniert. Der Abschwung ist zugleich ein Strukturreinigungsprozeß, in dem das Gesunde vom nicht Lebensfähigen geschieden wird. Die wirtschaftliche Entwicklung mündet in ein neues Gleichgewicht ein, in dem diejenigen „neuen Kombinationen“, die den Sturm der Rezession oder Depression überstanden haben, zum „Inventar“ des stationären Kreislaufs gehören.

In dieser Verkürzung des Schumpeterschen Konjunkturzyklus kommt stark die „sozialdarwinistische“ Grundströmung zum Vorschein. Die Wortwahl bei Schumpeter selbst — „Auslese“, „Absterben“, „Lebensfähiges“<sup>76</sup> — zeigt, daß er den Konjunkturzyklus als Überlebenskampf interpretiert. Bei einer solchen Sicht ist natürlich für die „sichtbare“ Hand des Staates wenig Platz.

Dies ist auch eine vorläufige Antwort auf die Frage, wieso bei Schumpeter die Rolle des Staates im Rahmen der Konjunktursteuerung so blaß geblieben ist, obwohl er doch praktische Erfahrungen gesammelt und in Bonn einen Lehrstuhl für Finanzwissenschaft innegehabt hatte. Dies dürfte Schumpeter jedoch eher in seiner Skepsis gegenüber der

<sup>76</sup> J. A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und Konjunkturzyklen, 5. Auflage Berlin 1926 (gedruckt 1952). Vgl. besonders die Abschnitte 5 und 6 des sechsten Kapitels.

„sichtbaren“ Hand des Staates bestärkt haben. Schumpeter hat unter seiner Tätigkeit als Chef des Finanzressorts sehr gelitten; er hatte mit den Aufräumungsarbeiten der inflationistischen Kriegs- und Nachkriegspolitik zu tun und sah sich gezwungen, das Nominalwertprinzip — „Krone ist Krone“ — aufrechtzuerhalten<sup>77</sup>, was ihm in Wien den Spitznamen „Schummelpeter“ eintrug<sup>78</sup>; zudem hatte er es mit einer renitenten Bürokratie zu tun<sup>79</sup>. Seine finanzgeschichtlichen Studien bestätigten seine persönlichen Erfahrungen, daß Regierungen dazu neigen, die Notenpresse in den Dienst ihrer politischen Ziele zu stellen.

Offenbar ist Schumpeter häufiger der Vorwurf des konjunkturpolitischen „Laissez-faire“ gemacht worden. Im Vorwort zu seinen „Konjunkturzyklen“ setzt er sich dagegen zur Wehr: „Ich empfehle keine Politik und schlage kein Programm vor. Leser, die nur danach suchen, sollten das Buch aus der Hand legen. Dennoch kann ich den Vorwurf nicht gelten lassen, daß mich dies der Gleichgültigkeit gegenüber der sozialen Verpflichtung der Wissenschaft überführe oder daß dieses Buch — einschließlich seiner historischen Teile — für die brennenden Tagesfragen belanglos sei. Das größte Bedürfnis unserer Zeit und zugleich ihr größter Mangel ist das Verständnis für den Prozeß, dessen Kontrolle sie mit leidenschaftlicher Entschlossenheit anstrebt“<sup>80</sup>. Schumpeter fährt fort: „Es wird sich zeigen ..., daß sich meine Analyse tatsächlich dazu eignet, praktische Schlüsse zu ziehen, und zwar konservativster wie auch revolutionärster Färbung, genau wie ein und derselbe technische oder medizinische Begriffsapparat den verschiedensten Zwecken dienstbar gemacht werden kann“<sup>81</sup>.

Diese Entgegnung ist zwar typisch für Schumpeters Bemühen, sich auf keine Politik oder Weltanschauung festlegen zu lassen, doch ist sie unzutreffend. Aus Schumpeters Analyse läßt sich sehr wohl der Stellenwert des Staates im Rahmen der Konjunktursteuerung ausmachen. Dies hängt mit seiner Sicht des Staates sowie mit seinem methodischen Ansatz zusammen.

Wenn Instabilität das Wesen des Kapitalismus ausmacht, dann muß — überspitzt formuliert — eine Politik, die auf Stabilisierung und soziale Gerechtigkeit aus ist, die Dynamik des Fortschrittsprozesses

<sup>77</sup> Felix Somary berichtet aus einem Gespräch mit Schumpeter: „Erinnerst du dich an mein Wort ‚Krone ist Krone‘? sagte Schumpeter. Es hat mich aus meinem Vaterland vertrieben. Ich mußte es damals sagen, gegen mein beseres Wissen“ (Erinnerungen, S. 335). Vgl. hierzu auch: G. Haberler, Joseph Alois Schumpeter, S. 515.

<sup>78</sup> Diesen Hinweis verdanke ich Gertrud Pütz-Neuhäuser.

<sup>79</sup> Vgl. hierzu E. Schneider, Joseph A. Schumpeter, wassim.

<sup>80</sup> J. A. Schumpeter, Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen 1961, Bd. 1, S. 6.

<sup>81</sup> Ebenda.

lähmen. Das Keynes'sche Credo der Notwendigkeit der Kontrolle und Steuerung der Wirtschaft im Dienste sozialer Gerechtigkeit und sozialer Stabilität wäre in Schumpeters Konzeption ein Fremdkörper.

Für Schumpeter sind die Stärke der Rezession oder gar das Abgleiten in die Depression die Konsequenz der Intensität des vorangegangenen Aufschwungs<sup>82</sup>. Dies war gleichsam ein „Wiener Axiom“. Der konjunkturpolitische Schwerpunkt liegt dann mehr auf der Prophylaxe als auf der Therapie. Also: Wenn das Überborden des Aufschwungs verhindert werden kann, dann fällt weniger den Stürmen der Reinigungskrise zum Opfer. Die für ihn wichtigste und keinen Einwendungen ausgesetzte Konjunkturtherapie ist die Verbesserung der Konjunkturprognose<sup>83</sup>. Die steigende Vertrautheit der Praxis mit dem Zyklus sei neben der fortschreitenden Vertrustung der Hauptgrund dafür, daß die eigentlichen Krisenerscheinungen von Wendepunkt zu Wendepunkt schwächer ausfielen. Damit meint wohl Schumpeter, daß die Konzerne, die Turbulenzen überschäumender Aufschwünge voraussehend, ihre Investitionen streckten oder zeitlich verlagerten und somit konjunkturglättend wirkten.

Auch die Geldpolitik könne konjunkturglättend wirken. Im bewußten Gegensatz zu Keynes plädiert Schumpeter für die Beibehaltung oder Wiedereinsetzung des Goldstandards<sup>84</sup>, damit die Geldpolitik klar erkennbaren Regeln unterliege. Schumpeter befürchtet, daß eine Währung, die staatlichem Zugriff ausgesetzt ist, verfällt. Bei der Bindung des Geldumlaufs am Goldvorrat liege der Eigenwert des Goldes wie ein „Schwerstein“ auf der Währung und hindere sie „am Verflattern“<sup>85</sup>. Wenn damit das Geldsystem auch der Willkür der Goldproduktion überantwortet werde, „so schließt es dafür andere und schlimmere Willkür aus, deren Folgen der Generation von heute zu unvergeßlich vor Augen stehen ...“<sup>86</sup>. Dieser „Schwerstein“ reguliere auch die Nachfrage nach Krediten. Wenn im Aufschwung beispielsweise die Nachfrage nach ausländischen Produkten zunehme und der Goldbestand bei der Notenbank zurückgehe, so werde damit automatisch die Kreditfähigkeit eingeschränkt. Dies nennt Schumpeter „die goldene Bremse an der Kreditmaschine“<sup>87</sup>. Damit steigt der Preis für Kredit; Investitionen werden gekürzt oder gestreckt, die Konjunkturentwicklung geglättet.

<sup>82</sup> J. A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen*, Bd. 1, S. 148 und Anm. 6.

<sup>83</sup> J. A. Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, S. 367.

<sup>84</sup> J. A. Schumpeter, *Die goldene Bremse an der Kreditmaschine*, S. 82 f.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 82.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 83.

<sup>87</sup> J. A. Schumpeter, *Die goldene Bremse an der Kreditmaschine*, S. 100.

Damit schaltet Schumpeter bewußt die therapeutische Möglichkeit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über die Geldpolitik aus. Ist es zum Konjunktureinbruch gekommen, so ist eine Politik des billigen Geldes mit der Gefahr allgemeiner Inflationierung verbunden: „Wahllose und allgemeine Kredit erleichterungen bedeuten Inflation schlechtweg, ganz so wie staatliche Papiergeldwirtschaft“<sup>88</sup>; überdies vernichtet sie „jenes Maß an Auslese, das der Depression immerhin zugeschrieben (werden) kann, ... und (belastet) die Volkswirtschaft mit den unsichtbaren Kosten des Fortschleppens des Unangepaßten und Lebensunfähigen“<sup>89</sup>. Schumpeter gesteht bloß zu, daß man durch Kreditgewährung jene Unternehmen retten solle, die selbst gesund durch sekundäre Umstände, Rückwirkungen, Zufälle gefährdet erschienen<sup>90</sup>. Er äußerte sich jedoch nicht zur institutionellen Ausgestaltung einer solchen selektiven Kreditpolitik.

Die konjunkturpolitischen Differenzen zwischen Keynes und Schumpeter röhren auch aus dem methodischen Ansatz her. In den „Konjunkturzyklen“ schildert Schumpeter die Wirkung der verschiedenen Kräfte und Faktoren, die nach einem Abschwung den Prozeß in ein neues Gleichgewicht einmünden lassen. Man könnte geradezu von einem mikrodynamisch orientierten methodischen Ansatz sprechen. Haberlers Charakterisierung des Konjunkturforschers Schumpeter als „Mikrodynamiker“ ist daher treffend<sup>91</sup>. Er analysiert auch die Möglichkeit der Qualitätsveränderung — die Reinigungskrise schlägt in eine Depression um —, doch weist er nach, daß dies kein Dauerzustand sein könne<sup>92</sup>. Die Möglichkeit einer allgemeinen Stagnation, wo einzelne Unternehmer keine lohnenden Anlagemöglichkeiten mehr finden könnten, hält er geradezu für absurd<sup>93</sup>. Man verstelle sich die Analyse des Konjunkturprozesses, sowohl was die Phase des Aufschwungs wie die des Abschwungs angehe, wenn einzelwirtschaftliche Aktivitäten — wie beispielsweise unternehmerische Investitionen — zu einem Aggregat „I“ zusammengefaßt würden. Schumpeter leugnet nicht, daß ein solches Vorgehen Sinn machen könne, doch lägen derartige Argumentationen vielen fehlerhaften Analysen der Konjunkturzyklen zugrunde: „Sie

<sup>88</sup> J. A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, S. 367.

<sup>89</sup> Ebenda. In den „Konjunkturzyklen“ (Bd. 1, S. 19) schreibt Schumpeter: „Überall finden wir Industrien, die ihr Dasein lediglich dem Schutz des Staates, staatlichen Zuschüssen und anderen politischen Reizmitteln verdanken, und andere, die infolge dieser Tatsachen überzüchtet sind oder jedenfalls keine gesunden Unternehmen mehr darstellen ...“

<sup>90</sup> J. A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, S. 368.

<sup>91</sup> So G. Haberler, Joseph Alois Schumpeter, S. 523.

<sup>92</sup> Vgl. hierzu: J. A. Schumpeter, Konjunkturzyklen, Bd. 1, S. 159 ff.

<sup>93</sup> Vgl. hierzu: J. A. Schumpeter, Konjunkturzyklen, Bd. 2, S. 1067 ff.

beschränken die Analyse auf die Oberfläche der Dinge und verhindern ein Vordringen bis zu den darunterliegenden industriellen Vorgängen, die das Wesen der Sache ausmachen“<sup>94</sup>. Und noch härter: „Sie laden zur mechanistischen und formalistischen Behandlung einiger weniger isolierter Umrißlinien ein und verleihen Sammelbegriffen ein Eigenleben und eine ursächliche Bedeutung, die sie nicht besitzen“<sup>95</sup>. Das liest sich wie ein gezielter Angriff auf Keynes’ „General Theory . . .“, obwohl dieses Buch nicht ausdrücklich erwähnt wird. Vor diesem Hintergrund hört man die Ironie, ja vielleicht den Spott aus dem Lob heraus, das er bewundernd dem Keynesschen System zollt: „Welch grandiose Leistung, aus so dürftigem Material solch eine ‚creme‘ zu bereiten!“<sup>96</sup>

### 3. Normative Elemente in Schumpeters Demokratietheorie

Schumpeters methodischer Ansatz, sein Augenmerk auf die Aktionen einzelner herausragender Persönlichkeiten im Rahmen eines gegebenen institutionellen Arrangements zu richten und die daraus resultierenden Konsequenzen für das System, die Gesellschaft, die wirtschaftliche Entwicklung abzuschätzen, erweist sich auch in der Analyse der Demokratie als außerordentlich fruchtbar. Schumpeter unterscheidet zwischen der bourgeois und sozialistischen Sicht der Demokratie, die beide ideologisch gefärbt seien. Die bourgeois Ideologie nehme an, daß eine Vertretung durch und für das Volk gewählt werde, die die allgemeinen Interessen erkenne, artikuliere und ihnen zum Durchbruch verhelfe<sup>97</sup>. Demgegenüber sehen die an Marx orientierten Sozialisten in den gewählten Repräsentanten nur die Interessenvertreter der besitzenden Klasse<sup>98</sup>. Allgemeines Wahlrecht bedeutet nach Marx in der kapitalistischen Gesellschaft, daß das Volk darüber entscheide, „welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und vertreten soll“<sup>99</sup>.

<sup>94</sup> Ebenda, Bd. 1, S. 50.

<sup>95</sup> Vgl. hierzu: J. A. Schumpeter, Konjunkturzyklen, Bd. 1, S. 50. — Später hat Schumpeter diesen Vorwurf wiederholt (John Maynard Keynes 1883 - 1946, S. 327): „Alle Phänomene, die mit der Schaffung und der Umgestaltung des Produktionsapparates in Zusammenhang stehen (d. h. die Phänomene, die den kapitalistischen Prozeß beherrschen), werden so von der Betrachtung ausgeschaltet.“

<sup>96</sup> Ebenda, S. 324.

<sup>97</sup> J. A. Schumpeter, Kapitalismus, S. 397 ff. (21. Kapitel).

<sup>98</sup> Immerhin hält es Schumpeter für ein wissenschaftliches Verdienst von Marx, daß er den Staat aus den Wolken in die Sphäre realistischer Analyse geholt habe, wenngleich er die Marxsche Vorgehensweise für „völlig unrealistisch und total inadäquat“ hält. (The Communist Manifesto in Sociology and Economics, in: The Journal of Political Economy, Vol. 57, 1949, S. 209)

<sup>99</sup> K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, abgedruckt in: Marx/Engels, Ausgewählte Werke, Bd. IV, Frankfurt/M. 1971, S. 76.

Weder die eine noch die andere Sicht erfasse nach Schumpeter, was die demokratische Methode in den kapitalistischen Ländern eigentlich bewirke: die Entscheidung über die Führung in einem Gemeinwesen. Diese Sicht war natürlich keineswegs revolutionär<sup>100</sup>. Auch wäre die Vermutung falsch, politische Theoretiker des bürgerlichen Lagers hätten nicht gesehen, daß die „Vertreterthese“ eine Fiktion gewesen wäre<sup>101</sup>. Das Entscheidende bei Schumpeter aber ist, daß er, ausgehend von seinem Konzept des „methodologischen Individualismus“, sein Augenmerk auf das Verhalten einzelner Politiker, die aus der politischen Masse herausragen, gelegt hat: „Dynamische“ Politiker spüren „Neuerungen“ — auch Interessen von Minderheiten — auf, um sie zu artikulieren und ihnen dadurch politische Resonanz zu verschaffen — all dies, um im Kampf um die politische Macht zu siegen. Wir sehen an folgendem berühmten Satz Schumpeters die Verwandtschaft zwischen Unternehmer und „dynamischem“ Politiker: „In ähnlicher Weise ist der soziale Sinn oder die soziale Funktion der parlamentarischen Tätigkeit ohne Zweifel die, Gesetze und teilweise auch Verwaltungsmaßnahmen hervorzubringen. Aber um zu verstehen, wie die demokratische Politik diesem Ziel dient, müssen wir vom Konkurrenzkampf um Macht und Amt ausgehen und uns klar werden, daß die soziale Funktion, so wie die Dinge nun einmal liegen, nur nebenher erfüllt wird — im gleichen Sinne wie die Produktion eine Nebenerscheinung beim Erzielen von Profiten ist“<sup>102</sup>. Wohlgemerkt — Schumpeter hat hier nicht irgendein Verhaltensaxiom unterstellt, sondern auf die sozialen Konsequenzen eines bestimmten institutionellen Arrangements hingewiesen: Wer in der Demokratie die Mehrheit der Stimmen erobern will, muß sich eines bestimmten Verhaltens befleißigen, ob er nun Machiavelli oder Franziskus heißt<sup>103</sup>. Der von Schumpeter als Beleg für die Richtigkeit seines Ansatzes herangezogene Ausspruch eines Politikers — „Was die Geschäftsleute nicht verstehen, ist, daß ich genau so mit Stimmen handele, wie sie mit Öl handeln“<sup>104</sup> — bedeutet gerade nicht, daß Politiker darauf aus sind, ihre eigenen Taschen zu füllen, sondern daß sich die Politiker bei ihrem „Geschäft“ genau wie Unternehmer bestimmten Regeln und Usancen zu unterwerfen haben, wenn sie nicht politischen Konkurs anmelden wollen. Schumpeter präsentiert dieses Zitat, um zu erhellen, warum Politiker so oft nicht dem Interesse ihrer Klasse oder der Gruppe, der sie persönlich verbunden sind, dienen können.

<sup>100</sup> Die Betonung des Kampfes um die politische Führung finden wir besonders bei V. Pareto, R. Michels, G. Mosca und auch bei M. Weber.

<sup>101</sup> Vgl. hierzu besonders W. Bagehot, *The English Constitution* (verschiedene Ausgaben) und die „Federalist-Papers“.

<sup>102</sup> J. A. Schumpeter, *Kapitalismus . . .*, S. 448.

<sup>103</sup> Vgl. hierzu die ähnliche Sicht von Keynes in: *Revision des Friedensvertrages*, S. 1.

<sup>104</sup> J. A. Schumpeter, *Kapitalismus . . .*, S. 453.

Die „Neue Politische Ökonomie“, die sich ausdrücklich auf Schumpeter als einen ihrer Stammväter beruft, hat dies zunächst nicht verstanden, sondern war fasziniert von der Möglichkeit, das ökonomische Paradigma der „Nutzenmaximierung“ auf die Politik zu übertragen: „Stimmenmaximierung“. Damit hatte sich die Ökonomie ein neues Arbeitsfeld erschlossen. Ausgehend vom makroökonomischen Denkanansatz wurden dann Parteien, Fraktionen, Kabinette wie Einzelpersonen<sup>105</sup> behandelt mit der Konsequenz, daß die innerparteilichen Willensbildungsprozesse und der Kampf um die Führung innerhalb der Parteien, Fraktionen, Kabinette, einschließlich der Konzepte der Machtbalance, analytisch zunächst vernachlässigt wurden. Der Vorwurf, daß die Aggregatbildung die Erkenntnis der Bewegungsform des kapitalistischen Prozesses verschüttet, trifft dann auch analog auf das frühe Stadium der „Neuen Politischen Ökonomie“ zu. Der „Neuen Politischen Ökonomie“ wäre manch unproduktiver Forschungsumweg erspart geblieben, wenn man genauer auf die Schumpetersche Botschaft gehört hätte.

Schumpeters Demokratietheorie ist jedoch nicht bloß eine positive Deutung dessen, was in der Demokratie vorgeht; sie birgt auch normative Elemente. Schumpeter folgert aus dem Phänomen der Führerauswahl mittels der demokratischen Methode, daß es die Hauptaufgabe der Demokratie sein muß, aktionsfähige Führungen hervorzu bringen. Dieser Schluß — auf das institutionelle Arrangement gewendet — bedeutet, daß das Verhältniswahlrecht, das die verschiedenen Interessen eines Wahlvolkes widerspiegeln will, ein Element der Instabilität in die Bestellung der Führung hineinbringe — siehe Italien oder Frankreichs vierte Republik —, und deshalb durch das Mehrheitswahlsystem ersetzt werden müsse<sup>106</sup>. Spätestens hier befinden wir uns nicht mehr in einer analytischen, sondern in einer politischen Diskussion.

Auch bei anderen Konsequenzen der Schumpeterschen Demokratietheorie können normative Elemente nicht geleugnet werden. Schumpeters „dynamische Politiker“ beherrschen das Geschäft des Stimmenfangs und der Menschenführung; erst in zweiter oder dritter Linie entscheidet ihre fachliche Kompetenz über ihren politischen Aufstieg<sup>107</sup>. Wir haben es also, wenn die politischen Führer ein Ressort übernehmen, mit Amateuren zu tun. Daraus folgt zweierlei:

---

<sup>105</sup> So bei dem „Ziehvater“ der „Neuen politischen Ökonomie“: A. Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968, S. 24 f.

<sup>106</sup> Bezeichnenderweise zieht dabei Schumpeter den wichtigsten Vertreter des Mehrheitswahlrechts unter den Politikwissenschaftlern, F. A. Hermens, als Zeugen heran. (*Kapitalismus ...*, S. 433)

<sup>107</sup> J. A. Schumpeter, *Kapitalismus ...*, S. 436, 458.

- Der Bereich politischen Handelns muß auf Grundsatzentscheidungen beschränkt bleiben<sup>108</sup>; auf die Konjunktursteuerung bezogen würde das bedeuten, daß die Politiker nach Regeln Ausschau halten sollten beziehungsweise etablieren müßten, die gewissermaßen automatisch den Konjunkturverlauf glätten — „die goldene Bremse an der Kreditmaschine“ beispielsweise —; ein „fine tuning“, wie es im Anschluß an die Keynesche Rezeptur entwickelt wurde, hätte danach niemals praktiziert werden dürfen — zu Recht, wie wir heute wissen —, aber unbestritten ist, daß die Antwort auf diese Frage nicht bloß analytischer Natur ist.
- Eine Bürokratie „von hohem Rang, guter Tradition, starkem Pflichtgefühl (Hervorhebung von mir, J. St.) und einem nicht weniger starkem *esprit de corps* (Hervorhebung im Original, J. St.) ... ist die Hauptantwort auf das Argument: Regierung durch Amateure“<sup>109</sup>. Hier sehen wir wieder die Diskrepanz zwischen der Schumpeterschen Demokratietheorie und der „Neuen Politischen Ökonomie“, die die Kunstfigur des „homo oeconomicus“ in die Sphäre der Bürokratie übertragen hat — vom „homo oeconomicus“ zum „homo bureaucraticus“ — und damit das Element der Prägung des Verhaltens durch Tradition und Auslese ausschaltet. Aber auch hier folgert Schumpeter nicht bloß, sondern postuliert wiederum.

Einen zentralen Punkt in Schumpeters Staatskonzeption stellt der allgemeine Konsens über die Grundlagen, auf denen der Kapitalismus ruht, und die damit verbundene ungleiche Vermögensverteilung dar<sup>110</sup>. Die demokratische Methode kann nur dann ihre Wirkung voll entfalten, wenn politische Mittel zwar während der Beratung umstritten sind, nach vollzogener Willensbildung aber allgemein akzeptiert werden. Schumpeter glaubt nun, daß gerade der Erfolg des Kapitalismus, die allgemeine Wohlfahrtssteigerung, seinen Untergang bewirke. Steigender Wohlstand ermögliche immer mehr Menschen, ihren Lebensunterhalt nicht durch ihrer eigenen Hände Arbeit zu verdienen, sondern sich dafür entlohnen zu lassen, daß sie über die Existenzbedingungen des Menschen im Kapitalismus nachdenken<sup>111</sup>. Dabei stoßen sie unweigerlich auf die Anstößigkeit der ungleichen Verteilung als Folge des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln. Ob sie nun entweder die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung selbst in Frage stellen oder die politischen Führer zwingen, ihren Aktionsradius in Richtung Gleichmachelei auszudehnen, auf jeden Fall untergraben sie die Basis und Funk-

---

<sup>108</sup> Ebenda, S. 463 f.

<sup>109</sup> Ebenda, S. 465.

<sup>110</sup> Ebenda, S. 469.

<sup>111</sup> J. A. Schumpeter, Kapitalismus . . . , besonders das 13. Kapitel.

tionsfähigkeit der Demokratie selbst. Schumpeter spricht anschaulich von den „bröckelnden Mauern“<sup>112</sup>, die von jenen unterminiert werden, die Lebensstandard und Lebensweise den Erfolgen des Kapitalismus zu verdanken haben.

Im Zuge der Entwicklung geht auch die eigentlich unternehmerische Funktion verloren. Die Unternehmen sind gewachsen. Die Organisation solcher Großgebilde hat sich gewandelt. Auf die Umsetzung technischer Entwicklungen spezialisierte Forschungsbüros sind immer mehr in der Lage, die Risiken von „neuen Kombinationen“ kalkulierbar zu machen und damit zum Routinegeschäft zu degradieren. In der bildhaften und zugleich präzisen Sprache Schumpeters: „Napoleons Gegenwart war auf seinen Schlachtfeldern tatsächlich fühlbar und mußte es sein. Das ist anders geworden. Rationalisierte und spezialisierte Bureaucratie wird am Ende die Persönlichkeit, das berechenbare Ergebnis die ‚Vision‘ verdrängen. Der Führende hat heutzutage keine Gelegenheit mehr, sich in den Kampf zu stürzen. Er wird zu einem Bureaucratie mehr, zu einem, den zu ersetzen nur selten noch schwer halten wird“<sup>113</sup>.

#### 4. Die notwendige Verformung der Demokratie im Sozialismus

Wenn Unternehmer überflüssig sind, besteht auch kein Bedarf an einer Ordnungsform, die solche Existenzien hervorbringt und erträgt. Auf einem anderen Blatt steht, ob mit dem Kapitalismus auch die Demokratie untergeht. Schumpeter beantwortet diese Frage nicht direkt, gibt aber zu erkennen, daß er an einen solchen Zusammenhang glaubt. Für ihn ist „die moderne Demokratie ... ein Produkt des kapitalistischen Prozesses“<sup>114</sup>. Ein entsprechender Analogieschluß liegt dann verführerisch nahe. Schumpeters Erfahrungsmaterial ist die Entwicklung der Demokratie in Großbritannien. Zwischen dem Großbritannien Ricardos, der sich noch einen Sitz im Unterhaus kaufte, und dem Marshalls, wo die Demokratie voll erblüht war, waren wenig mehr als fünfzig Jahre vergangen. Hier gilt, daß die Emanzipation der „Kapitalisten- und Arbeiterklasse“ eine Reform der politischen Verhältnisse erzwungen hat. Dieses Muster gilt jedoch nicht allgemein; es trifft eingeschränkt vielleicht noch auf die USA zu, kaum auf Frankreich, noch weniger auf das Deutsche Reich und Japan. Vielmehr haben sich in diesen Ländern Kapitalismus und Demokratie eher unabhängig voneinander entwickelt, wenngleich wechselseitige Beeinflussung nicht gelehnt werden kann. Doch können wir auf keinen Fall sagen: Weil

---

<sup>112</sup> Ebenda, 12. Kapitel.

<sup>113</sup> Ebenda, S. 216.

<sup>114</sup> Ebenda, S. 471.

kapitalistische Wirtschaftsordnung, daher bürgerliche Demokratie. Natürlich kann das wegen eines fehlenden Spezialstudiums nur tastend formuliert werden. Im Gegensatz dazu hat Schumpeter affirmativ formuliert, obwohl er — soweit erkennbar — ebenfalls kein Spezialstudium betrieben hat. Man hat den Eindruck, daß er manche Puzzlestücke so zurechtschnitt, daß sie in sein Bild paßten.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist für Schumpeter aus den zuvor skizzierten Phänomenen ableitbar. Insofern betrachtet er sein Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ als eine analytische Studie<sup>115</sup>. Er glaubt zu beschreiben, was sein wird, wenn die im Kapitalismus tätigen Wirkkräfte ihre Arbeit tun. Schumpeter ist daraufhin „Defaitismus“ vorgeworfen worden. Eine genauere Lektüre des letzten Kapitels ergibt jedoch, daß er weder als Defätilist angesehen werden kann noch daß er seinem Anspruch, eine analytische Arbeit zu liefern, gerecht wird.

Nachdem Schumpeter geschildert hat, welche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sich künftig verwirklichen wird, begründet er, warum das so sein muß und was getan werden muß, um die neue Ordnung funktionsfähig zu halten. Wenn eine Gesellschaft sich über die grundsätzlichen Fragen der sozialen Struktur uneins sei und Interessengruppen auf den verteilenden Staat im Sinne eigenen Vorteilstreibens einwirken, dann arbeite die demokratische Methode mit wachsenden Reibungsverlusten<sup>116</sup>. Der Sozialismus wäre dann auch eine Staatsform, in der sich die politisch Verantwortlichen nicht mehr um die Interessen einzelner Gruppen kümmern und um deren Wohlwollen sorgen müßten, sondern auf die Verfolgung des allgemeinen Wohls konzentrieren könnten: „Das politische Leben wäre gereinigt“<sup>117</sup>.

Dieser Satz ist natürlich keine analytische Feststellung mehr. Er drückt vielmehr eine deutlich wertende Überzeugung und Hoffnung aus. Die neue Staatsform baut ferner auf einer politischen Elite auf, die einerseits weitblickend das gemeinsame Wohl erkennt und sich von den Wünschen des Kindes „Volk“ nicht beirren läßt — Platons Philosophen im sozialistischen Gewande — und die sich andererseits aus lauter mittelmäßigen, politisch loyalen Helfern zusammensetzt, die darauf verzichten, zeitweilige öffentliche Unzufriedenheit oder die Artikulation von Interessen im Kampf um die politische Führung einzusetzen. Schumpeters Sozialismus setzt eine Änderung der politischen Moral voraus.

---

<sup>115</sup> Im Vorwort zur zweiten englischen Auflage („Kapitalismus . . .“, S. 491) klassifiziert er sein Buch als „analytische Arbeit“.

<sup>116</sup> J. A. Schumpeter, Kapitalismus . . ., S. 473.

<sup>117</sup> Ebenda, S. 479.

Gleichfalls hat sich im Sozialismus die politische Traktandenliste gewandelt. Standen früher politische Aufgaben obenan, die bloß genereller Natur waren und die die Spielregeln für die Entfaltung individueller Interessen festlegen sollten, so jetzt Aufgaben und Maßnahmen, die unmittelbar auf das materielle Wohl der einzelnen Bürger einwirken wollen, wie die Steuerung makroökonomischer Größen — zum Beispiel „Investitionsvolumen“ — oder die Aufteilung des Sozialprodukts<sup>118</sup>. Der Staat ist verantwortlich für Vollbeschäftigung und die Zuteilung von Lebenschancen. Damit stoßen wir auf einen Berührungs punkt zwischen Keynes und Schumpeter. Für Keynes ist eine solche Politik jedoch Voraussetzung für die Erhaltung eines Höchstmaßes an Freiheit für das Individuum in einer grundsätzlich kapitalistischen Gesellschaft, während sie für Schumpeter die Konsequenz der Überwindung der kapitalistischen Ordnung ist.

Jedoch hatte Schumpeter offensichtlich nicht im Sinn, den Politikern selbst so schwierige Aufgaben wie die Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Ablaufs einerseits und des inter- bzw. intrasektoralen Wandels andererseits anzutrauen. Fragen wie die „zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Klein- und Großindustrie, zwischen stahl-produzierenden und stahl-konsumierenden Industrien“ sollen nicht politisch entschieden werden, sondern: „Sie werden zu technischen Fragen, auf welche die Techniker leidenschaftslose und unzweideutige Antworten geben können“<sup>119</sup>. Abgesehen von den Fragezeichen, die schon auf der technischen Ebene zu machen sind, hätte sich Schumpeter fragen müssen, ob die Betroffenen auf technische Fragen wie die Stilllegung von Zechen und Hütten oder die Errichtung von Kernkraftwerken leidenschaftslos reagieren würden. Vielleicht konnte sich Schumpeter nicht vorstellen, daß bei immer rationelleren Produktionsverfahren geradezu ein Hang zur Irrationalität besteht. Er hätte sich aber fragen können und müssen, ob die moralische und fachliche Qualität seiner Bürokratie zur Erledigung solch schwieriger Aufgaben mit so weittragenden Folgen in der Lage sei. Schumpeter sah die Hauptschwierigkeit in der Einmischung der Politiker. Er spricht davon, daß die Bürokratie, der die Leitung einzelner Industrien oder Konzerne anvertraut sei, „vor der Einmischung von Politikern oder wichtigeren Kommissionen oder ihren eigenen Arbeitern hinlänglich gefeit“ sein müßten<sup>120</sup>. Die mit der Bürokratie verbundenen Unzulänglichkeiten wiederum könnten „durch ein System gutgewählter Antriebsmittel und Strafen, deren wichtigsten Teil die Methoden der Ernennung und Beförderung bilden“<sup>121</sup>, reduziert werden.

<sup>118</sup> Ebenda, S. 477.

<sup>119</sup> Ebenda, S. 479.

<sup>120</sup> Ebenda, S. 475.

<sup>121</sup> Ebenda.

Wir wissen, daß Schumpeter stark auf den „Corpsgeist“ der Bürokratie als handlungsleitendes Motiv vertraut; doch muß man berücksichtigen, daß eine im Sinne der Bürger oder im Sinne des Staatswohls operierende Bürokratie das Werk liberaler Reformen ist<sup>122</sup>, die den Staat auf die ordnungsstiftenden Funktionen beschränkten und damit die Bürokratie als verlängerten Arm der politischen Exekutive öffentlicher Kontrolle unterworfen haben. Dies bedeutete ferner, daß der Rekrutierungs- und Aufstiegsmechanismus von dem jeweiligen Amt selbst installiert und in Ordnung gehalten würde. Das Verfahren für die Beförderung in Bürokratien nennen wir „Ochsentour“. Neben offensichtlichen Mängeln, die in der für manches Ohr verächtlich klingenden Formel deutlich markiert sind, hat dieses Verfahren den unzweifelhaften Vorteil, daß politische Günstlinge nicht beliebig an den Kollegen vorbei befördert werden können. Damit ist politischer Speicheldeckerei zumindest ein gewisser Riegel vorgeschoben. Wenn aber Politiker die Beförderung im Amt zu einem Anreizmittel ausgestalten, daß Beamte sich verstärkt um das öffentliche Wohl bemühen sollen, so werden die Kriterien, die sich bei der Auswahl der Führungskräfte insgesamt bewährt haben, ausgetauscht. Kriterium der Beförderung würde das Maß der Bewährung beim Ausbau der sozialistischen Gesellschaft sein. Damit wäre die Bürokratie unweigerlich politisiert, und gerade das, was Schumpeter unbedingt vermeiden wollte — die politische Einmischung —, wäre gleichsam institutionalisiert worden.

Ferner gilt, daß die Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs für die moralische Qualität der Bürokratie von erheblicher Bedeutung ist. Wenn ein Beamter mittels der Zuteilung von Devisenkontingenten über das wirtschaftliche Schicksal von Unternehmen entscheiden kann, dann wächst natürlich die Korruptionsanfälligkeit. Auch eine gute Moral ist, wenn bestimmte finanzielle Schallmauern überwunden sind, eine Frage des Preises. Wenn Schumpeter zuvor die bürgerliche „Vertretertheorie“ als Ideologie klassifiziert hat, dann muß er diese Einschätzung jetzt auch für seine konzeptionellen Überlegungen gelten lassen.

Der Übergang zu einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsform heißt für Schumpeter nicht, daß damit auch die institutionellen Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie untergehen: „Allgemeine Wahlen, Parteien, Parlamente, Kabinette und Ministerpräsidenten mögen sich noch immer als die geeigneten Instrumente erweisen, um die Traktandenliste zu behandeln, die die sozialistische Ordnung der politischen Entscheidung vorbehalten mag“<sup>123</sup>. Doch müssen sie vielfach natürlich

---

<sup>122</sup> Vgl. hierzu: H. Willgerodt, Wirtschaftsordnung und Staatsverwaltung, in: *Ordo*, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 30, 1979, S. 199 ff.

<sup>123</sup> J. A. Schumpeter, Kapitalismus . . ., S. 477.

ihre eigentliche Funktion einbüßen und bloß noch als Attrappen herhalten. Schumpeter weiß das natürlich. In der ihm manchmal eigenen zynischen Manier prognostiziert er: „Praktische Notwendigkeit mag dazu führen, daß sich die sozialistische Demokratie letzten Endes als größerer Trug erweist, als es die kapitalistische Demokratie je gewesen ist“<sup>124</sup>. Immerhin scheint er diesen „Trug“ zu billigen, wenn er von „praktischer Notwendigkeit“ spricht. Das heißt natürlich auch, daß die Institutionen ihre Form ändern: „Letzten Endes bedeutet die wirksame Leitung der sozialistischen Wirtschaft nicht die Diktatur *durch*, sondern *über* (Hervorhebung durch Schumpeter, J. St.) das Proletariat in den Fabriken. Die Menschen, die dort in einer solch strengen Disziplin gehalten werden, wären zwar bei den Wahlen souverän. Doch genau so, wie sie diese Souveränität verwenden können, um die Disziplin der Fabrik zu lockern, so können die Regierungen — und gerade die Regierungen, denen die Zukunft der Nation am Herzen liegt —, von dieser Disziplin Gebrauch machen, um jene Souveränität zu beschränken“<sup>125</sup>.

Daraus folgt: In der sozialistischen Staatsordnung wird und muß die an der Macht befindliche Partei die Spielregeln zur Erlangung der politischen Führung — Parteigründung, öffentliche politische Auseinandersetzung, freie Wahlen — ändern; sie muß einer Ein-Parteien-Herrschaft den Weg bereiten, gerade wenn sie — wie Schumpeter glaubt — das Interesse der Nation verfolgt oder zu verfolgen vorgibt. Als Argumentationshilfe könnte ihr dabei die Schumpetersche Auffassung dienlich sein. Schumpeters Schlußkapitel in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ ist somit mehr Handlungsanweisung als Analyse. Spöttisch und vielleicht auch boshaft — aber nicht unberechtigt — können wir Christian Morgensterns Sentenz über „Palmströms Logik“ wie folgt abwandeln: „Das sein wird, was sein soll.“

##### 5. Schumpeters Verortung

Damit wäre Schumpeter nicht bloß Künster des unvermeidlichen sozialistischen Morgen, sondern auch ihr Jünger? Edgar Salin hat den Schumpeterschen Text so gelesen — sein Urteil: „Schumpeter ist Sozialist“<sup>126</sup>. Insofern wären auch die Vorwürfe, daß Schumpeter Defätist sei, falsch adressiert. Denn ein Defätist läßt seine Sache im Stich, wenn er nicht mehr an ihr Überleben glaubt. Im Schlußkapitel vermittelt Schumpeter jedoch nicht den Eindruck, daß der Kapitalismus noch seine Sache sei. Daher überrascht es, daß er sich gegen den Vorwurf des Defätismus so vehement zur Wehr setzt. Aber noch überraschender ist,

<sup>124</sup> Ebenda, S. 480.

<sup>125</sup> Ebenda.

<sup>126</sup> E. Salin, Einleitung zu J. A. Schumpeter, *Kapitalismus . . .*, S. 8.

wie er sich zur Wehr setzt: „Die Nachricht, daß ein bestimmtes Schiff im Sinken ist, ist nicht defaitistisch. Aber die Gesinnung, in der diese Nachricht aufgenommen wird, kann defaitistisch sein: die Mannschaft kann sich hinsetzen und sich betrinken. Jedoch sie kann auch zu den Pumpen stürzen“<sup>127</sup>. Daraus ist zu schließen, daß ein bestimmtes Schiff gerettet werden kann, wenn die Mannschaft zum Kampf gerüstet ist. Dann wäre Schumpeters Analyse des Untergangs des Kapitalismus als „Status-quo-Prognose“ zu verstehen<sup>128</sup>: Wenn ihr wie bisher nichts tut und nur an euren Terminen auf dem Golfplatz interessiert seid, dann ... Das würde auch heißen, daß Schumpeter Partei genommen hat? Daß sich die bislang „freischwebende Intelligenz“ verortet hat? Die Schlußsätze im Vorwort zur zweiten Auflage in den USA aus dem Jahre 1946 legen eine solche Vermutung nahe: „Freimüdig auch unheilschwangere Tatbestände aufzuzeigen, war noch nie so nötig wie heute; denn es scheint, wir haben den Escapismus, die Flucht vor der Wirklichkeit, zu einem Denksystem entwickelt ... Ein Defaitist ist, wer mit den Lippen sich zum Christentum und all den andern Werten *unserer* (Hervorhebung von mir, J. St.) Kultur bekennt und dennoch sich weigert, zu ihrer Verteidigung zu den Waffen zu greifen ... Denn heute ist eine jener Situationen, in denen Optimismus nichts ist als eine Form der Pflichtvergessenheit“<sup>129</sup>.

Wer so spricht, fordert zum Widerstand, zum Kampf auf. Wer so spricht, kann aber zugleich nicht so „analysieren“, wie es Schumpeter im Schlußkapitel getan hat. Was dachte Schumpeter nun wirklich? Die Antwort scheint sein letzter Artikel, „Der Marsch in den Sozialismus“<sup>130</sup>, zu geben.

Um es kurz zu machen: Wer vom Titel auf den Inhalt des Artikels schließt, wird enttäuscht sein. Im übrigen ist er im Vergleich zu Schumpeters anderen Arbeiten schlecht geschrieben und sprunghaft in der Argumentation; der Leser spürt, daß Schumpeter nicht mehr letzte Hand an den Text legen konnte<sup>131</sup>. Schumpeter referiert noch einmal die in „Kapitalismus ...“ genannten Gründe für den Übergang zum

---

<sup>127</sup> J. A. Schumpeter, Vorwort zur zweiten amerikanischen Auflage, Kapitalismus ..., S. 491.

<sup>128</sup> Ähnlich auch G. Haberler: „Zwar war Schumpeter pessimistisch, was die Überlebenschancen des Kapitalismus betrifft, aber er sagte nicht, daß der Sozialismus unvermeidlich sei“ (Joseph Alois Schumpeter, S. 643, Anm. 76).

<sup>129</sup> J. A. Schumpeter, Kapitalismus ..., S. 492.

<sup>130</sup> J. A. Schumpeter, The March into Socialism, in: The American Economic Review, Vol. 40, 1950, Papers and Proceedings, S. 446 ff.

<sup>131</sup> Schumpeter hielt den Vortrag frei — anhand einiger Notizen — vor der „American Economic Association“ in New York am 30. Dezember 1949. Er bereitete unmittelbar danach die Druckfassung vor, starb aber (8. Januar 1950), bevor er das Manuskript abschließen konnte.

Sozialismus, doch spielen sie in seinem Argumentationsgang keine Rolle mehr; sie hängen in der Luft. Die Gründe für den Sozialismus sucht er nun anderswo. Neben außergewöhnlichen Ereignissen wie Kriege, die die Tendenz zur Zentralisierung beschleunigen<sup>132</sup>, sind nach Schumpeter zwei politische Phänomene für die Entwicklung zum Sozialismus verantwortlich:

- Der sich auf die Keynes'sche Vollbeschäftigte-Rezeptur stützende Staatsinterventionismus<sup>133</sup>,
- die Inflation als eine der machtvollsten Faktoren sozialer Umwälzung: „Ein Zustand immerwährenden inflationären Drucks wird qualitativ all die Effekte der Schwächung des sozialen Rahmenwerks und der Stärkung subversiver Tendenzen haben“<sup>134</sup>.

Damit hat Schumpeter sein altes Analyseschema verlassen; darüber hinaus weicht er seinen Sozialismusbegriff dermaßen auf, daß Sozialismus alles sein kann, was nicht mehr „Laissez-faire-Kapitalismus“ des 19. Jahrhunderts ist<sup>135</sup>. Auch verlaufe der Marsch nicht kontinuierlich; es könne sogar Phasen geben, wo der Beobachter eine Umkehr vermuten könnte<sup>136</sup>. Mit dieser Relativierung hat Schumpeter seine These gegen Widerlegungen immunisiert. Sie ist immer noch stimulierend — jedoch mehr in der spekulativen als in der analytischen Sphäre.

Eigentlich — und hier schließt sich gewissermaßen der Kreis — ist der letzte Artikel Schumpeters endgültige Abrechnung mit Keynes und den Folgen. Der letzte Satz kann anders nicht verstanden werden: „Die Stagnationstheoretiker liegen falsch mit ihrer Diagnose der Gründe, warum der kapitalistische Prozeß stagnieren würde; sie mögen jedoch Recht behalten mit ihrer Prognose, daß er stagnieren werde — mit ausreichender Hilfe durch den öffentlichen Sektor“<sup>137</sup>. Dieser Satz ist nicht mehr von Schumpeter autorisiert worden, vielmehr hat ihn Schumpeters Witwe seinen Notizen entnommen und für den Druck freigegeben. Vielleicht hätte Schumpeter für die Veröffentlichung abwiegelnder formuliert. Aber gerade dieser in „Kladde“ geschriebene Satz zeigt deutlich, wie Schumpeter fühlte.

<sup>132</sup> J. A. Schumpeter, *The March ...*, S. 451.

<sup>133</sup> Ebenda, S. 449.

<sup>134</sup> J. A. Schumpeter, *The March ...*, S. 453 (eigene Übersetzung). — Hier trifft er sich auch mit dem „jungen“ Keynes. Vgl. dessen Passage über Lenins berühmtes Wort, daß man die bürgerliche Ordnung über die Inflationierung zerstören könne. (*Die ökonomischen Folgen des Friedensvertrages*, S. 192)

<sup>135</sup> J. A. Schumpeter, *The March ...*, S. 450.

<sup>136</sup> Ebenda.

<sup>137</sup> Ebenda, S. 456 (eigene Übersetzung).



## **Die Anfänge des ökonomischen Denkens von Karl Marx**

Von *Harald Scherf*, Hamburg

Karl Heinrich Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier geboren. Sein Vater Hirschel Marx und seine Mutter Henriette Preßburg stammten beide aus jüdischen Rabbinerfamilien. Der Vater, 1782 geboren, war Advokatsanwalt und später Justizrat in Trier und ließ ihn 1824 taufen; er selbst war schon vorher unter dem Namen Heinrich Marx zum christlichen Glauben übergetreten, da die rheinischen Juden, die unter Napoleon in den Staatsdienst eingetreten waren, nach dem Regierungsantritt Friedrich-Wilhelms III. den Staatsdienst verlassen mußten. Es ist offenkundig, daß der Vater, der ein sehr aufgeklärter Mensch war, nur noch eine schwache Verbundenheit mit der jüdischen Religion und zur Religion überhaupt hatte, so daß der Austritt aus dem Judentum ihm nicht besonders schwer gefallen ist, wenn ihn auch der Zwang dazu vielleicht empörte. Trotzdem war die Lossagung vom Judentum ein Akt sozialer Emanzipation. Sicher hat das Verhältnis des Vaters zum Judentum seinen Einfluß auf Karl Marx gehabt. In seiner Schrift über die Judenfrage hat er ziemlich eindeutig selbst Stellung bezogen. Sätze wie „der israelische Glaube ist mir widerlich“ scheinen für sich selbst zu sprechen, doch zeigt sein späteres Werk bis in die Sprache hinein doch eine intime Vertrautheit mit jüdischem Gedankengut. Karl besucht in Trier die Schule und geht nach dem Abitur 1835 zum Studium der Rechtswissenschaft nach Bonn. Überliefert ist uns sein Abitur-Aufsatz mit dem Thema „Betrachtungen eines Jünglings bei der Wahl seines Berufes“, in dem der bezeichnende Satz steht: „Wir können nicht immer den Stand ergreifen, zu dem wir uns berufen glauben. Unsere Verhältnisse in der Gesellschaft haben einigermaßen schon begonnen, ehe wir sie zu bestimmen imstande sind.“ Aber auch: „Wenn wir den Stand gewählt, in dem wir am meisten für die Menschheit wirken können, dann können uns Lasten nicht niederbeugen, weil sie nur Opfer für alle sind; dann genießen wir keine arme, eingeschränkte, egoistische Freude, sondern unser Glück gehört Millionen, unsere Toten leben still, aber ewig wirkend fort, und unsere Asche wird benetzt von den glühenden Tränen edler Menschen.“ Vom Wintersemester 1936 ab studierte Marx in Berlin und ergänzt das Studium der Jurisprudenz durch ein Philosophiestudium, das ihn sehr viel mehr fesselt. Dabei ist es vor allem die

Hegelsche Rechtsphilosophie, die sein Interesse erregt. In dem berühmten Brief vom 10. 11. 1837 an den Vater, in dem er über seine geistigen Irrfahrten berichtet, heißt es: „Immer fester kettete ich mich selbst an die jetzige Weltphilosophie, der ich zu entrinnen gedacht.“ Die Hegel-sche Schule ist in Berlin in zwei Lager zerfallen, die Alt- und die Jung-Hegelianer. Hier ist es besonders Bruno Bauer, der einen Kreis von jungen Philosophen um sich versammelt hat, der Einfluß auf Marx gewinnt. Die Jung-Hegelianer gerieten bald in Differenz zu der offiziellen philosophischen Lehre und insbesondere auch in Differenz zu dem preußischen konservativen Staat, und der Wunsch Marx', sich in Berlin für Philosophie zu habilitieren, konnte nicht realisiert werden. 1841 wird Marx an der Universität Jena mit einer Dissertation mit dem Titel „Differenz der kritischen und epikuräischen Naturphilosophie“ promoviert. Ökonomische Gründe und die Verlobung mit Jenny von Westphalen, der Tochter eines preußischen Regierungsrats in Trier, waren der Anlaß zu dem schnellen forcierten Abschluß der philosophischen Studien. Marx' Vater war 1838 gestorben. Der Plan von Marx, Bruno Bauer nach Bonn zu folgen und in Bonn eine Stellung als Philosophie-Dozent zu finden, ließ sich nicht verwirklichen. Er wird Redakteur bei der Rheinischen Zeitung in Köln, deren redaktionelle Leitung er bald übernimmt. Eine Reihe von Artikeln bringen ihn in wachsende Differenz zur Regierung. Die Zeitung wird im Januar 1843 verboten. Marx' Opposition ist politisch und gegründet auf philosophischen Vorstellungen der Links-Hegelianer. Liberal-oppositionelle Zeitungen hatten nach 1840 aber wenig Überlebenschancen. Marx schreibt an Hess 1843: „Das einzige Bündnis, wodurch die jetzige Philosophie Wahrheit werden kann, ist das Bündnis mit der Politik.“

Als Marx 1843 geheiratet hat, geht er nach Paris, von wo aus er die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ leiten soll. Marx schreibt an Ruge am 25. Januar 1843: „Ich sehe nur eine Konsequenz. Ich sehe in der Unterdrückung der Rheinischen Zeitung einen Fortschritt des politischen Bewußtseins und resigniere daher. Außerdem war mir die Atmosphäre schwül geworden. Es ist schlimm, Knechtsdienste selbst für die Freiheit zu verrichten und mit Nadeln statt mit Kolben zu fechten. Ich bin der Heuchelei, der Dummheit, der rohen Autorität unseres Schmie-gens, Biegens, Rückendrehens und Wortkluberei müde gewesen. Also die Regierung hat mich wieder in Freiheit gesetzt. In Deutschland kann ich nichts mehr beginnen. Man verfällt sich hier selbst.“ Der junge Philosoph und Politiker hat schon eine Ausstrahlung auf seine Umgebung. So schreibt Moses Hess schon am 2. September 1841 an Berthold Auerbach: „Du wirst Dich freuen, hier einen Mann kennen zu lernen, der jetzt auch zu unseren Freunden gehört, obgleich er in Bonn lebt, wo er bald dozieren wird. Es ist dies eine Erscheinung, die auf mich,

obgleich ich mich gerade auf demselben Feld bewege, einen imposanten Eindruck mache. Kurz, Du kannst Dich darauf gefaßt machen, den größten, vielleicht den einzigen jetzt lebenden eigentlichen Philosophen kennen zu lernen, der nächstens, wo er öffentlich auftreten wird (in Schriften, wie auf dem Katheder) die Augen Deutschlands auf sich ziehen wird. Er geht sowohl nach seiner Tendenz als seiner philosophischen Geistesbildung nach nicht nur über Strauß, sondern auch über Feuerbach hinaus und letzteres will viel heißen. Dr. Marx, so heißt mein Gott, ist noch ein ganz junger Mann (etwa 24 Jahre alt), der der mittelalterlichen Religion und Politik den letzten Stoß versetzen wird. Er verbindet mit dem tiefsten philosophischen Ernst den schneidendsten Witz. Denke Dir Rousseau, Voltaire, Holbach, Lessing, Heine und Hegel in einer Person vereinigt. Ich sage ‚vereinigt‘, nicht ‚zusammengeschmissen‘ — so hast Du Dr. Marx.“

Marx hat sich durchaus auch von Moses Hess anregen lassen. Nicht nur die Anstöße zur Ökonomie, auf die wir noch eingehen, sind dabei zu nennen, sondern auch viele anthropologisch-politische Gedanken von Hess tauchen bei Marx wieder auf: das „Verwirklichen“ von Philosophie, der Gegensatz Frankreich/Deutschland, der Stellenwert der Hegelschen Philosophie etc.<sup>1</sup>. Anknüpfungspunkt und Ausgangspunkt ist die Religionskritik, die mit David Friedrich Strauss' Buch „Das Leben Jesu“ (1835) und Ludwig Feuerbachs „Wesen des Christentums“ (1841) das Denken der Jung-Hegelianer bestimmte. Marx geht aber in dem programmatischen Aufsatz zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, die 1844 in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern erscheint, schon über Feuerbach hinaus. Ausgangspunkt ist die Feststellung „für Deutschland ist die Kritik der Religion im wesentlichen beendigt“ und „die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik“. Das Fundament dieser Religionskritik ist „der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen; und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat“. So weit reichte die Feuerbachsche Analyse aus dem Wesen des Christentums. Aber der Mensch, das ist nun Marx' Feststellung über Feuerbach hinaus, „der Mensch, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen“, „der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Soziätat. Dieser Staat, diese Soziätat produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt sind. Daher ist auch die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusion über

---

<sup>1</sup> Siehe dazu die Sammlung Moses Hess, Philosophische und Sozialistische Schriften 1817 - 50, Herausgeber A. Cornu und W. Mönke, Berlin 1961.

seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf. Die Kritik der Religion enttäuscht also den Menschen, damit er denke, handele, seine Wirklichkeit gestalte wie ein enttäuschter, zu Verstand gekommener Mensch, damit er sich um sich selbst und damit um seine wirkliche Sonne bewege. Daher verwandelt sich die Kritik des Himmels in eine Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.“ Der junge Marx, der in der Vorrede zu seiner Dissertation Prometheus den vornehmsten Heiligen und Märtyrer im philosophischen Kalender genannt hatte, hat also mit der Kritik der Religion den Ansatzpunkt zu seiner politischen Tätigkeit, die der Verbesserung der Verhältnisse dient, gefunden.

Marx wendet sich dann den Verhältnissen in Deutschland zu, denn er will ja einen Beitrag zu der Arbeit der Kritik der Politik und des Rechts in Deutschland leisten und muß das tun in der Form einer Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, weil er sich den Verhältnissen in Deutschland anschließen will. „Da Deutschland nur die Restaurationen der modernen Völker geteilt hat, ohne ihre Revolutionen zu teilen“, ist eine Anknüpfung an den realen deutschen Verhältnissen nur ein Anachronismus. Nur die deutsche Philosophie ist auf der Höhe ihrer Zeit. „Was bei den fortgeschrittenen Völkern des Westens, also Frankreich und England, praktischer Zerfall mit den modernen Staatszuständen ist, das ist in Deutschland, wo diese Zustände selbst noch nicht einmal existieren, zunächst kritischer Zerfall mit der philosophischen Spiegelung dieser Zustände. Die deutsche Rechts- und Staatsphilosophie ist die einzige mit der offiziellen modernen Gegenwart al pari stehende deutsche Geschichte. Das deutsche Volk muß daher diesen Traum mit zu seinen bestehenden Zuständen schlagen und nicht nur diese bestehenden Zustände, sondern zugleich ihre abstrakte Fortsetzung in Form der Philosophie der Kritik unterwerfen.“ Daher ist für Marx die Kritik der deutschen Staats- und Rechtsphilosophie, „welche durch Hegel ihre konsequenteste, reichste und letzte Fassung erhalten hat, beides, sowohl die kritische Analyse des modernen Staates und der mit ihm zusammenhängenden Wirklichkeit, als auch die entschiedene Verneinung der ganzen bisherigen Weise des deutschen politischen und rechtlichen Bewußtseins, dessen vornehmster, universellster, zur Wissenschaft erhobener Ausdruck eben die spekulative Rechtsphilosophie selbst ist, ... als entschiedener Widerpart der bisherigen Weise des deutschen politischen Bewußtseins verläuft sich die Kritik der spekulativen Rechtsphilosophie nicht in sich selbst, sondern in Aufgaben, für deren Lösung es nur ein Mittel gibt, die Praxis“. Die Frage, die Marx sich nun stellt, ist: kann Deutschland zu einer Praxis gelangen? Das heißt für ihn zu einer Revolution, „die es nicht nur auf das offizielle

Niveau der modernen Völker erhebt, sondern auch auf die menschliche Höhe, welche die nächste Zukunft dieser Völker sein wird“. Marx' Antwort ist berühmt geworden und enthält in nuce schon das Programm, das er in seinem kommunistischen Manifest und in seinen weiteren Schriften ausführen wird. Er sagt: „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt; allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Der eminente Beweis für den Radikalismus der deutschen Theorie, also für ihre praktische Energie, ist der Ausgang von der entschiedenen positiven Aufhebung der Religion. Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Auch 140 Jahre später hat diese Sprache nicht an Appellationskraft eingebüßt. Sie beflügelt den Leser wie den Schreiber, der sich von ihr weit tragen läßt.

Die Revolution in Deutschland beginnt also im Hirn des Philosophen. Die Philosophie kann aber nicht verwirklicht werden ohne eine materielle Basis. Theorie wird in einem Volk immer nur so weit verwirklicht, wie sie Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. Zwischen den Forderungen der deutschen Philosophie und der deutschen Wirklichkeit sieht Marx einen ungeheuren Zwiespalt. Es scheinen damit die Voraussetzungen für die radikale Revolution zu fehlen. Aber spekulativ ergänzt das Hirn des Philosophen Marx die Forderung nach der radikalen Revolution um die Möglichkeit. Er schreibt: „Nicht die radikale Revolution ist utopischer Traum für Deutschland, nicht die *allgemein menschliche* Emanzipation, sondern vielmehr die teilweise, die nur politische Revolution, die Revolution, welche die Pfeiler des Hauses stehen läßt. Worauf beruht eine teilweise, eine nur politische Revolution? Darauf, daß ein Teil der bürgerlichen Gesellschaft sich emanzipiert und zur allgemeinen Herrschaft gelangt. Darauf, daß eine bestimmte Klasse von ihrer besonderen Situation aus die allgemeine Emanzipation der Gesellschaft unternimmt. Diese Klasse befreit die ganze Gesellschaft, aber nur unter der Voraussetzung, daß die ganze Gesellschaft sich in der Situation dieser Klasse befindet, also z. B. Geld und Bildung besitzt oder beliebig erwerben kann. Keine Klasse der Bürgerlichen Gesellschaft kann diese Rolle spielen, ohne ein Moment des Enthusiasmus in sich und in der Masse hervorzurufen, ein Moment, worin sie mit der Gesellschaft im allgemeinen fraternisiert und zusammenfließt, mit ihr verwechselt und als deren allgemeiner Repräsentant empfunden

und anerkannt wird, ein Moment, worin ihre Ansprüche und Rechte in Wahrheit die Rechte und Ansprüche der Gesellschaft selbst sind, worin sie wirklich der soziale Kopf und das soziale Herz ist. Nur im Namen der allgemeinen Rechte der Gesellschaft kann eine besondere Klasse sich die allgemeine Herrschaft vindizieren. Zur Erstürmung dieser emanzipatorischen Stellung und damit zur politischen Ausbeutung aller Sphären der Gesellschaft im Interesse der eigenen Sphäre reichen revolutionäre Energie und geistiges Selbstgefühl allein nicht aus. Damit die Revolution eines Volkes und die Emanzipation einer besonderen Klasse der bürgerlichen Gesellschaft zusammenfallen, damit ein Stand für den Stand der ganzen Gesellschaft gilt, dazu müssen umgekehrt *alle Mängel* der Gesellschaft in einer anderen Klasse konzentriert, dazu muß ein bestimmter Stand, der Stand des *allgemeinen Anstoßes*, die *Inkorporation der allgemeinen Schranke* sein, dazu muß eine besondere soziale Sphäre für das *notorische Verbrechen der ganzen Sozietät* gelten, so daß die Befreiung von dieser Sphäre als die *allgemeine Selbstbefreiung* erscheint; damit ein Stand par excellence der *Stand der Befreiung*, dazu muß umgekehrt ein anderer Stand der *offbare Stand der Unterjochung* sein.“

So konkret diese Theorie formuliert scheint, so spekulativ ist sie schon in ihrer absoluten Wortwahl, auf die unser Sperrdruck hinweist. Es handelt sich eigentlich um ein Postulat, das der Philosoph erhebt, um die Möglichkeit der Verwirklichung seiner Philosophie anzugeben. Auch die polemische Steigerung, die scheinbar tatsächliche Verhältnisse vorführt, bleibt in der Sphäre der Spekulation; Marx schreibt: „Es fehlt aber jeder besonderen Klasse in Deutschland nicht nur die Konsequenz, die Schärfe, der Mut, die Rücksichtslosigkeit, die sie zum negativen Repräsentanten der Gesellschaft stempeln könnte. Es fehlt ebensosehr jedem Stande jene Breite der Seele, die sich mit der Volksseele, wenn auch nur momentan, identifiziert, jene Genialität, welche die materielle Macht zur politischen Gewalt begeistert, jene revolutionäre Kühnheit, welche dem Gegner die trotzige Parole zuschleudert: Ich bin nichts, und ich müßte alles sein!“ Marx räumt ein, daß seiner Meinung nach für Frankreich genügt, daß einer etwas sei, damit er alles sein will. In Deutschland aber, meint er, darf einer nichts sein, wenn er nicht auf alles verzichten soll. „In Frankreich ist die partielle Emanzipation der Grund der universellen. In Deutschland ist die universelle Emanzipation conditio sine qua non jeder partiellen. In Frankreich muß die Wirklichkeit, in Deutschland muß die Unmöglichkeit der stufenweisen Befreiung die ganze Freiheit gebären.“

Wenn der auf Verwirklichung seiner Philosophie sinnende Philosoph auf eine Revolution sinnt, kann er nicht unmittelbar an deutsche Ver-

hältnisse anknüpfen. Wenn er die Hegelsche Lösung der Versöhnung der Widersprüche im Geiste verschmäht, muß er für das Praktisch-werden der Philosophie zumindest die Bedingungen antizipieren können. Konsequent schließt und postuliert der junge Marx denn auch in ebenso kräftiger wie spekulativer Sprache die Bedingung der Möglichkeit einer radikalen Revolution in Deutschland: „In der Bildung einer Klasse mit *radikalen Ketten*, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche *keine Klasse* der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen *universellen Charakter* durch ihre *universellen Leiden* besitzt und kein besonderes Recht in Anspruch nimmt, weil kein besonderes Unrecht, sondern *das Unrecht schlechthin* an ihr verübt wird, welche nicht mehr auf einen historischen, sondern nur noch auf den menschlichen Titel provozieren kann, welche in keinem einseitigen Gegensatz zu den Konsequenzen, sondern in einem *allseitigen Gegensatz* zu den Voraussetzungen des deutschen Staatswesens steht, einer Sphäre endlich, welche sich nicht emanzipieren kann, ohne sich von allen übrigen Sphären der Gesellschaft und damit alle übrigen Sphären der Gesellschaft zu emanzipieren, welche mit einem Wort der *völlige Verlust* des Menschen ist, also nur durch die *völlige Wiedergewinnung* des Menschen sich selbst gewinnen kann. Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat.“

Marx weiß, auch ohne daß er bisher konkrete ökonomisch-soziologische Studien unternommen hat, daß in Deutschland dieses Proletariat (noch) nicht vorhanden ist. Sein Werden muß aber gefordert, darf (?) erwartet werden. Die frohe Botschaft kann daher herausfordernd verkündet werden. „Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen. Das gründliche Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne von Grund auf zu revolutionieren. Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats. Das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie. Wenn alle inneren Bedingungen erfüllt sind, wird der deutsche Auferstehungstag verkündet werden durch das Schmettern des gallischen Hahnes.“

Marx weiß, daß dieser große Entwurf, dieser Vor-Wurf in konkreter Gesellschaftsanalyse, in der wirklichen Geschichte festgemacht, gesichert werden muß. Er arbeitet schon an dieser Aufgabe, die sein

Lebenswerk werden und bleiben wird. Aber festzuhalten für die Interpretation dieses Werkes ist, daß Marx vor der soziologischen und vor allem vor der polit-ökonomischen Analyse seine Revolutionstheorie, Hoffnung und Erwartung hat, einen spekulativen Überschuß, fast ein Axiom, das die künftige Arbeit lenken, das die Analyse bestätigen, sicher machen muß, wenn der spekulativen und der politischen Absicht genügt werden soll. Das soll nicht heißen, daß seine Analysen im Sinne einer *petitio principii* verlaufen, daß er nur mit heißem Kopf an die ökonomische Analyse herangehen wird, aber an dem Ziel wird er festhalten, und er muß daher herausarbeiten, daß das Proletariat die behaupteten Charakteristika aufweist, der totale Verlust des Menschseins und die totale Vereindlung der Gesellschaft bedeuten wird und daß die sozialen Verhältnisse sich so zuspitzen, daß die Philosophie verwirklicht werden kann, indem ihr Gedanke die Massen ergreift und sie als Philosophie aufgehoben wird.

Erkennbar ist aber auch, welche Rolle das Studium und die Kritik der politischen Ökonomie spielen muß und wird: Ökonomie wird als eine Dimension des geschichtlichen Lebens begriffen, die die Bedingungen des gesellschaftlichen politischen Lebens bestimmt — und nicht als die Analyse der Frage, welche Güter in welcher Qualität und Menge wo produziert und von wem verbraucht werden sollen. Seine erste Orientierung steht stark unter dem Einfluß von Friedrich Engels, der sein lebenslanger Freund und Mitkämpfer wird. In den „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“, 1844 in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern veröffentlicht, hatte Engels schon eine Kritik der herrschenden Nationalökonomie (Smith, Ricardo, Malthus) versucht und dafür als Basis das Privateigentum gewählt. Von diesem soll gezeigt werden, daß es eine Bewegung zu immer stärkerer Kapitalakkumulation und -konzentration hervorruft, die von immer neuen Krisen begleitet ist und durch die erzeugten sozialen Spannungen zur Revolution treibt, die mit der Aufhebung des Privateigentums endigt. Auch findet sich hier schon die These von der reaktionären und apologetischen Rolle der bürgerlichen Ökonomen, dem gegenüber die kritische sozialistische Theorie gerade in der Ökonomie die Triebfeder der künftigen Revolution entdeckt. Auch auf die chaotische Natur der Produktion als Folge der Konkurrenz, die notwendige Folge des Privateigentums ist, wird von Engels hingewiesen. Er spricht von einem „Naturgesetz“, das auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten beruht und das schließlich die Revolution erzeugt.

Marx hat 1844/45 im Anschluß an die Begegnung mit Engels und dessen Schrift einen ersten Versuch gemacht, seinen eigenen geschichtsphilosophischen Entwurf ökonomisch zu füllen. Die erst 1932 erstmals

publizierten sog. ökonomisch-philosophischen Manuskripte geben von dieser Bemühung Zeugnis. Sie bleibt noch in der Sphäre der philosophischen Analyse, versucht aber die geforderte Kritik der Erde zu leisten im Sinne der erkannten Konsequenz aus der Feuerbach-Überbindung. Schlüsselbegriffe sind dabei Privateigentum, das er als Verhältnis analysiert und Entfremdung. Um diesen Begriff bei Marx zu verstehen, muß man die Entwicklung des Begriffes Entfremdung von Hegel über Feuerbach zu Marx kennen. Ich will versuchen, diese Entwicklung so scharf wie möglich zu skizzieren.

Für Hegel ist die Geschichte der Prozeß der Entwicklung des Selbstbewußtseins, wobei der Mensch in diesem Prozeß sein Wesen immer vollkommener entfaltet. Dieses Wesen erfaßt Hegel im Denken. Die zunehmende Entfaltung findet so statt, daß das Selbstbewußtsein sich zunächst entäußert, in dem Produkt der Arbeit äußere, fremde Gestalt annimmt, sich also entfremdet, aber auch in seinem Produkt vergegenständlicht, so daß es sich durch sein Denken in seinem Produkt wiedererkennt. Dadurch wird also die Entfremdung im Denken aufgehoben und das Selbstbewußtsein auf eine höhere Stufe gehoben.

Für Marx ist das Wesen des Hegelschen Entfremdungsbegriffes und die Aufhebung dieser Entfremdung nun so darstellbar (Kritik der Hegelschen Dialektik und Philosophie überhaupt)<sup>2</sup>: bei Hegel gelte als das gesetzte und als das aufzuhebende Wesen der Entfremdung nicht etwa, daß das menschliche Wesen sich unmenschlich im Gegensatz zu sich selbst vergegenständlicht, sondern daß das menschliche Wesen im Unterschied von und im Gegensatz zum abstrakten Denken sich vergegenständlicht. Aus diesem Grunde sei auch bei Hegel die Aneignung der zu Gegenständen und zu fremden Gegenständen gewordenen Wesenskräfte des Menschen nur eine Aneignung, die im Bewußtsein, im reinen Denken vor sich geht. Der als dialektischer Prozeß dargestellte Selbsterzeugungsprozeß des Menschen hat daher bei Hegel für Marx auch nur eine formale, keine wirkliche Aufhebung der Entfremdung zum Ergebnis. Denn die im reinen Denken vor sich gehende Aufhebung der Entfremdung berührt in keiner Weise die außerhalb des Bewußtseins real existierenden entfremdenden Lebensbedingungen der Menschen, sondern läßt sie bestehen.

Feuerbach hatte dagegen die Entfremdung im ideologischen Bereich angesiedelt, die die Form der Religion annimmt. Anders als Hegel, der ja im Bereich des Denkens keine Entfremdung annimmt, da ja dort der

<sup>2</sup> Zur Kritik der Nationalökonomie — Ökonomisch-philosophische Manuskripte, drittes Manuskript. — Karl Marx frühe Schriften, erster Band, herausgegeben von H. J. Liebert u. P. Furth. Darmstadt 1962, S. 637 - 65.

Geist bei sich selbst ist und für sich selbst ist, gibt es für Feuerbach keine Entfremdung in der sinnlichen Wirklichkeit des Seins, das er als natürlich, unabhängig vom Menschen bestehend dachte und nicht als der vom Menschen selbst wesentlich mitbestimmte Umweltbegriff. Dabei hatte er gerade das Wesen des Menschen in seinem Gattungsvermögen und seiner Tätigkeit, also in seinem gesellschaftlichen Verhalten erkannt. Nach Feuerbach entfremdet der Mensch sich sein Gattungswesen, indem er die menschlichen Eigenschaften in ein übernatürliches Wesen entäußert, sich also in seiner Vorstellung Gott schafft. Dieses Geschöpf gewinnt aber Macht über den Menschen, der sich zu ihm als einem fremden Wesen verhält, es anbetet, in Umkehrung der wirklichen Verhältnisse als seinen Schöpfer ansieht und sich ihm unterwirft. In diesem Entfremdungsprozeß geht dem Menschen sein Gattungsleben verloren, er entfremdet sich auch dem Menschen. Daher kann auch nur die Aufgabe der Religion die Selbstentfremdung und die Entfremdung der anderen Menschen, die Störung des Gattungslebens aufheben.

Marx versucht nun unter Benutzung des Begriffes der Entfremdung die Kritik an Hegel und Feuerbach zu einer Analyse der wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse zu führen (Manuskript die entfremdete Arbeit). Er möchte daher von einem gegenwärtigen ökonomischen Faktum ausgehen. Die Arbeit unter der Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln habe die Konsequenz, daß der Arbeiter um so ärmer wird, je mehr Reichtümer er produziert, je mehr seine Produktion an Macht und Umfang zunimmt. Marx schreibt: „Das Produkt der Arbeit ist die Arbeit, die sich in einem Gegenstand fixiert, also sachlich gemacht hat. Es ist die Vergegenständlichung der Arbeit. Die Verwirklichung der Arbeit ist also ihre Vergegenständlichung. Diese Verwirklichung der Arbeit erscheint in dem nationalökonomischen Zustand der industriellen Gesellschaft als Entwickelung des Arbeiters, die Vergegenständlichung als Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes, die Aneignung als Entfremdung, als Entäußerung. Die Verwirklichung der Arbeit erscheint so sehr als Entwickelung, daß der Arbeiter bis zum Hungertode entwicklicht wird. Die Vergegenständlichung erscheint so sehr als Verlust des Gegenstandes, daß der Arbeiter der notwendigsten Gegenstände, nicht nur des Lebens, sondern auch der Arbeitsgegenstände beraubt ist. Ja, die Arbeit selbst wird zu einem Gegenstand, dessen er nur mit der größten Anstrengung und mit den unregelmäßigsten Unterbrechungen sich bemächtigen kann. Die Aneignung des Gegenstandes erscheint so sehr als Entfremdung, daß je mehr Gegenstände der Arbeiter produziert, er um so weniger besitzen kann und so mehr unter die Herrschaft seines Produktes, des Kapitals gerät“.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Karl Marx, Zur Kritik der Nationalökonomie, a. a. O. Erstes Manuskript. S. 561.

Anders als für Hegel ist es für Marx nicht die Tatsache, daß Menschen arbeitend ihr Wissen im Produkt vergegenständlichen, sich in ihrer Arbeit also entäußern, die die Entfremdung bewirkt, sondern die Entfremdung passiert durch die Produktionsverhältnisse, die unter der Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln den Arbeiter zwingen so zu arbeiten, daß ihm Arbeit und Produkt nicht gehört. In diesem Begriff von Entfremdung ist die Kritik an Feuerbach und Hegel bewahrt. Marx schreibt<sup>4</sup>: „Der Arbeiter legt sein Leben in den Gegenstand, aber nun gehört es nicht mehr ihm, sondern dem Gegenstand. Die Entäußerung des Arbeiters in seinem Produkt hat die Bedeutung nicht nur, daß seine Arbeit zu einem Gegenstand, zu einer äußeren Existenz wird, sondern daß sie außer ihm unabhängig fremd von ihm existiert und eine selbständige Macht ihm gegenüber wird, daß das Leben, das er dem Gegenstand verliehen hat, ihm feindlich und fremd gegenübertritt. Die Entfremdung des Arbeiters in seinem Gegenstand drückt sich nach nationalökonomischen Gesetzen so aus, daß je mehr der Arbeiter produziert, er um so weniger zu konsumieren hat, daß je mehr Werte er schafft, er um so wertloser, um so unwürdiger wird, daß je geformter sein Produkt, um so mißförmiger der Arbeiter, daß je zivilisierter sein Gegenstand, um so barbarischer der Arbeiter, daß um so mächtiger die Arbeit, um so ohnmächtiger der Arbeiter wird, daß je geistreicher die Arbeit, um so geistloser der Arbeiter wurde.“

Mit der Entfremdung des Produktes seiner Arbeit geht dem Arbeiter aber auch der Sinn des Arbeitens selbst verloren. Marx nennt daher die entfremdete Arbeit auch die „tätige Entäußerung“. Die Lohnarbeit ist äußerlich, weil der Arbeiter sich in ihr nicht bejaht, sondern verneint, sich unglücklich statt wohl fühlt: „Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich selbst und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Hause. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um die Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird.“ Er gehört sich in der Arbeit nicht selbst, sondern einem anderen. Er entfremdet sich selbst in ihr, wie ihm sein Produkt entfremdet ist. Mit der Selbstentfremdung ist ihm aber auch das „menschliche Gattungsleben“ entfremdet, denn Produktion ist das menschliche Gattungsleben. Damit wird ihm aber der andere Mensch entfremdet. „Wenn das Produkt der Arbeit mir fremd ist, mir als fremde Macht gegenübertritt, wem gehört es dann? Wenn meine eigene Tätigkeit nicht mir ge-

<sup>4</sup> Karl Marx, Zur Kritik der Nationalökonomie, a. a. O., Erstes Manuskript. S. 564.

hört, eine fremde, eine erzwungene Tätigkeit ist, wem gehört sie dann? Einem anderen Wesen als mir. Wer ist dieses Wesen, das fremde Wesen? Wem die Arbeit und das Produkt der Arbeit gehört, in dessen Dienst die Arbeit und zu dessen Genuß das Produkt der Arbeit steht, kann nur der Mensch selbst sein. Wenn seine Tätigkeit ihm Qual, so muß sie einem anderen Genuß und die Lebensfreude eines anderen sein. Nicht die Götter, nicht die Natur, nur der Mensch selbst kann diese fremde Macht über den Menschen sein<sup>5</sup>.“ Das Verhältnis des Menschen zu sich selbst ist ihm erst gegenständlich wirklich durch sein Verhältnis zu dem anderen Menschen. Wenn er sich also zu dem Produkt seiner Arbeit, zu seiner vergegenständlichten Arbeit als einem fremden, feindlichen, mächtigen, von ihm unabhängigen Gegenstand verhält, so verhält er sich zu ihm so, daß ein anderer, ihm fremder, feindlicher, mächtiger, von ihm unabhängiger Mensch der Herr dieses Gegenstandes ist. Wenn er sich zu seiner eigenen Tätigkeit als einer unfreien verhält, so verhält er sich zu ihr als der Tätigkeit im Dienst unter der Herrschaft, dem Zwang und dem Joch eines anderen Menschen. Jede Selbstentfremdung des Menschen von sich und der Natur scheint also in dem Verhältnis, welches er sich und der Natur zu anderen von ihm unterschiedenen Menschen gibt. Wenn er seine eigene Tätigkeit sich entfremdet, eignet er dem Fremden die ihm nicht eigene Tätigkeit an. Also erzeugt der Arbeiter durch die entfremdete entäußerte Arbeit das Verhältnis eines der Arbeit fremden und außer ihr stehenden Menschen zu dieser Arbeit. Das Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit erzeugt das Verhältnis des Kapitalisten zu der Arbeit. „Das Privateigentum ist also das Produkt, das Resultat, die notwendige Konsequenz der entäußerten Arbeit, des äußerlichen Verhältnisses des Arbeiters zu der Natur und zu sich selbst. Das Privateigentum als der materielle resümierte Ausdruck der entäußerten Arbeit umfaßt beide Verhältnisse, das Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit und zum Produkt seiner Arbeit und zum Nicht-Arbeiter und das Verhältnis des Nicht-Arbeiters zum Arbeiter und dem Produkt seiner Arbeit<sup>6</sup>.“

Philosophisch scheint damit Marx' Konstruktion gelungen. Der Lohnarbeiter unter der Herrschaft des Privateigentums, der Proletarier, ist nach dieser Analyse der total verehelte Mensch, den er in der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie als eine Basis der Revolutionserwartung in Deutschland bestimmt hatte. Aber auch hier handelt es sich noch um eine spekulative Konstruktion, so sehr die Argumentation den Leser auch ergreift. Es muß ja gezeigt werden, daß der Arbeiter in dem Arbeitsprozeß unter der „Herrschaft des Kapitals“

<sup>5</sup> a. a. O. S. 570.

<sup>6</sup> a. a. O., S. 574.

immer ärmer und unglücklicher wird, wie behauptet, und daß sein Schicksal das Schicksal der großen Mehrheit der Gesellschaft ist, um die Revolutionstheorie zu erhärten. Marx weiß, daß diese Arbeit noch nicht getan ist — das Manuskript über die entfremdete Arbeit ist ein Durchgangsstadium. Marx hat es nicht veröffentlicht. Wichtig ist aber die Feststellung, wie Marx schon hier versucht, die Philosophie praktisch werden zu lassen, indem sie an konkrete Situationen anknüpft. Entfremdung ist für ihn ja gebunden an ein bestimmtes Produktionsverhältnis und er fragt ausdrücklich nach dem historischen Prozeß, der zu den Produktionsverhältnissen geführt hat. Er meint, man habe schon viel gewonnen, „wenn man die Frage nach dem Ursprung des Privateigentums in die Frage nach dem Verhältnis der entäußerten Arbeit zum Entwicklungsgang der Menschheit verwandelt“. Mit dieser Frage wird auf die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft verwiesen und auf die Möglichkeit, daß die Menschen einmal die Entfremdung aufheben können, denn sie ist für Marx nicht notwendig, sondern Ausdruck dafür, daß der Mensch die Teilung der Arbeit, seinen gesellschaftlichen Zusammenhang, noch nicht beherrscht, sondern von ihm beherrscht wird, daß er also sein gesellschaftliches Leben noch nicht bewußt gestaltet. Die weitere Analyse im Sinne seiner Revolutionstheorie und -hoffnung muß also dem Nachweis gelten, daß die Entwicklung der Entfremdung, also des kapitalistischen Produktionsverhältnisses, die objektiven und subjektiven Voraussetzungen ihrer Aufhebung erzeugt. Ein solcher Nachweis kann nicht mehr auf dem Boden der Philosophie erfolgen, die Analyse muß vielmehr der kapitalistischen Produktion, ihren Gesetzen und der historischen Entwicklung gelten, die diese Gesetze erzeugt und schließlich obsolet macht.

In der Vorrede<sup>7</sup> zu den Manuskripten hatte Marx verkündet, er wolle der Kritik der Nationalökonomie eine Kritik des Rechts, der Moral, Politik etc. in verschiedenen selbständigen Broschüren folgen lassen und schließlich in einer besonderen Arbeit wieder den Zusammenhang des Ganzen, das Verhältnis der einzelnen Teile zu geben versuchen. Deshalb fände man in der vorliegenden Schrift den Zusammenhang der Nationalökonomie mit Staat, Recht, Moral, bürgerlichem Leben etc. gerade nur so weit berührt, als die Nationalökonomie ex professo diese Gegenstände berühre. Er versichert, er habe seine Resultate „durch eine ganz empirische, auf ein gewissenhaftes kritisches Studium der Nationalökonomie gegründete Analyse gewonnen“. Er verweist als Quelle auf Arbeiten englischer und französischer Sozialisten, als deut-

<sup>7</sup> Die Reihenfolge der Manuskripte wie der zugrunde liegende Plan und Zusammenhang ist nicht endgültig geklärt, doch haben sich die von den Herausgebern der MEGA gewählten Überschriften und Einteilungen in späteren Editionen durchgesetzt.

sche „inhaltsvolle und originale“ Arbeiten „dieser Wissenschaft“ gelten ihm Weitlings Schriften und die Aufsätze von Moses Hess in den von Herwegh herausgegebenen „Einundzwanzig Bogen“.

Die Analyse ist gegenüber den Exzerptheften<sup>8</sup> weiterentwickelt. Dort hat er vor allem gegen die Ricardosche Arbeitswertlehre kritische Fragen. Er läßt, ohne selbst weit in eine ökonomische Analyse einzusteigen, nur den Marktwert als Preisbestimmung gelten, weil die sog. Produktionskosten selbst schon durch die Konkurrenz (auch der Arbeitslohn!) bestimmt seien. Grundrente und Profit gelten ihm als überflüssig, können nicht als Bestandteil des „Wertes“ betrachtet werden. Schon hier findet sich auch die Feststellung, daß die Nationalökonomie das Privateigentum einfach als Voraussetzung unterstelle — „Faktum ohne Notwendigkeit“<sup>9</sup> — damit wird aber für ihn die geschichtliche Bewegung eliminiert. Diese wird in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten erstmals entfaltet.

Daß die Begegnung mit Engels, ihr intensives Gespräch („als ich [Friedrich Engels] Marx im Sommer 1844 in Paris besuchte, stellte sich unsere vollständige Übereinstimmung auf allen theoretischen Gebieten heraus, und von da an datiert unsere gemeinsame Arbeit“), Marxens ökonomische Analyse stark beeinflußte, zeigt sich vor allem darin, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten zu Ausgang und Basis der Erörterung wird. In einer ersten Auseinandersetzung mit den englischen Klassikern, die er in französischen Übersetzungen liest, lernt Marx und versucht gleichzeitig ihrer Theorie kritisch das Moment geschichtlicher Bewegung vom Feudalismus bis zur kommunistischen Revolution entgegenzusetzen.

Die Physiokratie habe die Arbeit in Form der Agrikultur schon zur Basis des Reichtums gemacht in einer nationalökonomischen Auflösung des Feudaleigentums. Durch die Bindung der produktiven Arbeit an die Erde sei es noch nicht die allgemeine Arbeit, Grundeigentum nur eine erste Form des Privateigentums. Erst die Industrie ist für Marx die „vollendete“ Arbeit und das „industrielle Kapital die vollendete objektive Gestalt des Privateigentums“. Damit kann sich die „Herrschaft des Privateigentums über den Menschen vollenden und in allgemeinster Form zur weltgeschichtlichen Macht werden“<sup>10</sup>.

Wieder treibt er die Analyse spekulativ über die ökonomische Analyse hinaus: In dem Abschnitt „Privateigentum und Kommunismus“

<sup>8</sup> Karl Marx, Ökonomische Studien (Exzerpte), Marx/Engels-Gesamtausgaben, Erste Abteilung, Band 3, Berlin 1932.

<sup>9</sup> a. a. O., S. 449.

<sup>10</sup> Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, a. a. O., III. Manuskript, Privateigentum und Arbeit, S. 589.

verfolgt er Stufen der Aufhebung der Selbstdarfremdung, der Abschaffung der Herrschaft des Privateigentums. Kommunismus ist zunächst „in seiner ersten Gestalt“ nur eine Verallgemeinerung und Vollendung des Privateigentums als *allgemeines Privateigentum*. „Der Kommunismus gegenüber der großen Herrschaft des *sachlichen* Eigentums will zunächst alles vernichten, was nicht fähig ist als *Privateigentum* von allen besessen zu werden; er will auf *gewaltsame* Weise von Talent etc. abstrahieren; die Bestimmung des Arbeiters wird nicht aufgehoben, sondern auf alle Menschen ausgedehnt; das Verhältnis des Privateigentums bleibt das Verhältnis der Gemeinschaft zur Sachenwelt<sup>11</sup>.“ Man darf sagen, daß „dieser Gedanke der Weibergemeinschaft das ausgesprochene Geheimnis dieses noch ganz rohen und gedankenlosen Kommunismus ist“.

Erst die positive Aufhebung des „Sinns des Habens“ in einer vollständigen *Emanzipation* aller menschlichen Sinne und Eigenschaften schafft die Selbstdarfremdung ab, vergesellschaftet den Menschen; „dieser Kommunismus ist als vollendet Naturalismus = Humanismus, als vollendet Humanismus = Naturalismus, er ist die *wahrhafte* Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen ... er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als diese Lösung“<sup>12</sup>.

Der philosophisch-politische Revolutionär ist also aus der Analyse der Wirkungen des Privateigentums Kommunist geworden, der Entfremdungsbegriff hat in seiner Analyse zu einer visionären Auffüllung der Idee des Kommunismus geführt, doch bleibt die ökonomische Analyse selbst noch rudimentär, beschränkt durch die noch geringen Kenntnisse. Das wird deutlich im sog. ersten Manuskript, in dem er Arbeitslohn, Profit des Kapitals und Grundrente untersucht. Arbeitslohn sei bestimmt durch den Kampf zwischen Kapitalist und Arbeiter, indem die Kapitalisten „habituell“ verbunden, die Arbeiter aber isoliert seien. Nachfrage nach Menschen regele die Produktion von Menschen wie jeder anderen Ware. Seltsamerweise schließt Marx, daß das Schwanken der Marktpreise den Arbeitslohn stärker treffe als den Profit, diesen aber stärker als die Grundrente, und doch, ein wenig später: „die Arbeitspreise sind viel konstanter als die Preise der Lebensmittel“<sup>13</sup>. Es sei ein Nachteil des Arbeiters, daß die Arbeitspreise der verschiedenen Arten von Arbeitern viel verschiedener als die Gewinne der verschiedenen Zweige, worauf das Kapital sich legt, seien<sup>13</sup>. Dies ist deut-

<sup>11</sup> a. a. O., S. 591.

<sup>12</sup> a. a. O., S. 594, III. Manuskript.

<sup>13</sup> Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, a. a. O., Erstes Manuskript, S. 512.

lich ein Widerspruch zu der Behauptung des Subsistenzlohns. Zunehmender Reichtum der Gesellschaft sei für den Arbeiter günstig, führe aber zur Überarbeitung und Verkürzung der Lebenszeit. Gleichzeitig verstärke er die Arbeitsteilung, damit würde die Maschine zum Konkurrenten des Arbeiters und der Lohn würde zum kümmerlichsten Minimum reduziert. Die Nationalökonomie, d. i. für Marx hier das, was später ihm politische Ökonomie heißt, nehme an dem Schicksal des einzelnen Menschen keinen Anteil.

Auch der Profit des Kapitals interessiert Marx schon in seiner Entwicklung: er sieht einen Konzentrationsprozeß voraus mit zugehöriger Abnahme des Geldzinses und Senkung der Zahl der Rentiers. Damit verbunden ist auch eine Vertiefung des kapitalistischen Produktionsprozesses, indem auch der Grundbesitz in die Hand des Industriekapitals fällt, Grundeigentum zur Ware wird und alle persönlichen Beziehungen des Eigentümers zur Scholle aufhören. Die bisherigen Grundbesitzer werden zum Teil vollständig ruiniert, die Konkurrenz mit der ausländischen Produktion wird die Arbeitslöhne noch unter das Minimum reduzieren. „Das führt notwendig zur Revolution<sup>14</sup>.“

Wie Marx für „Arbeitslohn, Profit, Grundrente“ Smith, Ricardo, Say, und als deutsche Quelle Schulz’ „Bewegung der Produktion“ (1843) nach ihren Antworten durchmustert, viele ihrer Analysen affirmativ bestätigt, um sie dann aber unter dem Gesichtspunkt der geschichtlichen Bewegung kritisch zu überholen, versucht er es auch unter der Überschrift „Bedürfnis, Produktion und Arbeitsteilung“. Unter der Herrschaft des Privateigentums bestimme nicht das Bedürfnis die Produktion, sondern das Ziel der Kapitalakkumulation, ein maßloses Ziel. Luxus, überhaupt Genuß, ist Frevel, „die Wissenschaft der wunderbaren Industrie ist zugleich die Wissenschaft der Askese“. Ungleichgewicht, das es angeblich nicht geben kann, weil sich Zufuhr und Nachfrage immer decken, findet seinen „entschiedensten Ausdruck“ in dem Überangebot an Arbeitskräften, also schon hier der Blick auf die industrielle Reservearmee.

Auch das, was er später den Grundwiderspruch des Kapitalismus nennen wird, die (gesellschaftliche) arbeitsteilige Produktion und die private Aneignung wird schon hier (1844) bemerkt. Die Nationalökonomen, die er liest, übersehen das vollständig: „Teilung der Arbeit und Austausch sind die beiden Erscheinungen, bei denen der Nationalökonom auf die Gesellschaftlichkeit seiner Wissenschaft pocht und den Widerspruch seiner Wissenschaft, die Begründung der Gesellschaft

---

<sup>14</sup> Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, a. a. O., Erstes Manuskript, I. Grundrente, S. 558.

durch das ungesellschaftliche Sonderinteresse, in einem Atemzug bewußtlos ausspricht<sup>15</sup>.“

Es ist eine faszinierende Beobachtung, die Marxsche Aneignung und Verkennung der nationalökonomischen Literatur zu verfolgen. Von Anfang an scheint sein kritisches, aber auch aufklärerisches Interesse den Sieg über die Einsicht in die Funktionalität des Systems, den Regelungsmechanismus davonzutragen — Ökonomiestudium zur Stütze des Revolutionspostulats, der spekulativen Hoffnung. Manche späteren „Marxisten“ haben das als „Klassenstandpunkt“ verherrlicht und gerechtfertigt, für Marx wird diese Ausrichtung aber schließlich zur Fixierung, zur Selbstfesselung, die ihn trotz der großen analytischen Fähigkeiten, grandiosen und herkulischen Forschungsanstrengungen um Theorie und Empirie zuletzt den Blick in die tatsächliche Entwicklung verstellen wird, indem er die Verbesserung des Loses der arbeitenden Menschen im Kapitalismus nicht zur Kenntnis nimmt, nicht sehen will. Vielleicht ist er aber auch durch diese Tatsache so irritiert, daß sein Werk schließlich nicht fertig wird, nicht fertig werden kann, weil das Revolutionsziel nicht aufgegeben werden kann, es aber auch nicht sicher in den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaft nachgewiesen werden kann.

---

<sup>15</sup> a. a. O., S. 630.